

# 115. Sitzung

am Dienstag, dem 11. Dezember 2012, 14.00 Uhr,  
in München

Geschäftliches..... 10693

**Geburtstagswünsche** für die Abgeordnete **Ulrike Müller** und für den Parlamentsstenografen **Hans Treschwig** ..... 10693

**Haushaltsplan 2013/2014;  
Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags**

hierzu:

**Änderungsantrag** der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/14624)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses  
(Drs. 16/14945)

Beschluss zum Einzelplan 01..... 10693

Erledigung des GRÜNEN-Änderungsantrags 16/14624..... 10693

Berichtigungsermächtigung für das Finanzministerium..... 10694

**Haushaltsplan 2013/2014;  
Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofs**

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses  
(Drs. 16/14999)

Beschluss zum Einzelplan 11..... 10694

Berichtigungsermächtigung für das Finanzministerium..... 10694

**Haushaltsplan 2013/2014;  
Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei**

hierzu:

**Änderungsantrag** von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drs. 16/14898),  
**Änderungsanträge** von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/13820 mit 16/13825),  
**Änderungsanträge** der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/13806 mit 16/13809) sowie  
**Änderungsanträge** der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/13810 mit 16/13819)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses  
(Drs. 16/14946)

Ministerpräsident Horst Seehofer..... 10694  
Markus Rinderspacher (SPD)..... 10703  
Georg Schmid (CSU)..... 10712 10714  
Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER)..... 10719  
Margarete Bause (GRÜNE)..... 10729  
Thomas Hacker (FDP)..... 10734

Namentliche Abstimmung zum Einzelplan 02.... 10739

Bekanntgabe des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 02 (s. a. Anlage 1) ..... 10740

Erledigung gem. § 126 Abs. 6 GeschO der zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge (s. a. Anlage 2)..... 10740

Berichtigungsermächtigung für das Finanzministerium ..... 10740

Erledigung des CSU-/FDP-Änderungsantrags 16/14898 ..... 10740

**Gesetzentwurf** der Staatsregierung  
**zur Änderung des Bayerischen Besoldungsge-**  
**setzes (Drs. 16/15035)**

- Erste Lesung -

Verweisung in den Dienstrechtausschuss..... [10739](#)

**Gesetzentwurf** der Abgeordneten

Dr. Manfred Weiß, Dr. Florian Herrmann, Alexan-  
 der König u. a. (CSU),

Markus Rinderspacher, Harald Schneider, Helga

Schmitt-Bussinger u. a. und Fraktion (SPD),

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch

u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.

a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Dr. Andreas Fischer, Jörg Rohde, Julika Sandt

und Fraktion (FDP)

**zur Änderung des Bayerischen Verfassungs-**  
**schutzgesetzes (Drs. 16/14712)**

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Kommunalausschusses  
[\(Drs. 16/15098\)](#)

Beschluss..... [10740](#)

Schlussabstimmung..... [10740](#)

**Mitteilung** gem. § 26 Abs. 2 GeschO betr. Aus-  
 schussumbesetzung..... [10740](#)

Schluss der Sitzung..... [10740](#)

(Beginn: 14.03 Uhr)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 115. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegeheimung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich zwei Geburtstagsglückwünsche aussprechen:

Am 7. Dezember feierte Frau Kollegin Ulrike Müller einen runden Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Ich wünsche Ihnen im Namen des gesamten Hauses und persönlich alles Gute und weiterhin viel Erfolg für Ihre parlamentarische Arbeit.

Der zweite Geburtstagsglückwunsch stellt eine Ausnahme dar. Er geht nicht an einen Kollegen, sondern an einen unverzichtbaren Helfer hier im Plenum: Am 9. Dezember feierte der Parlamentsstenograf Hans Treschwig seinen 80. Geburtstag; er protokolliert das soeben.

(Lebhafter Beifall)

Herr Treschwig ist seit mehr als 30 Jahren regelmäßig als Gaststenograf im Bayerischen Landtag tätig. Er wird nicht nur wegen seiner langen Berufserfahrung, sondern auch wegen seines präzisen Umgangs mit der deutschen Sprache sehr geschätzt. Und er gibt ein eindrucksvolles Beispiel dafür, dass man auch noch mit 80 Jahren mit voller Kraft und Präsenz seinen Beruf kompetent ausüben kann.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Treschwig, auch Ihnen wünsche ich im Namen des gesamten Hauses und persönlich alles Gute, Gesundheit und noch viele Einsätze bei uns im Bayerischen Landtag.

Jetzt lassen Sie mich noch ganz besondere Gäste bei uns hier im Plenum begrüßen, nämlich unsere bayerischen Produktköniginnen und -prinzessinnen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich heiße die über 40 bayerischen Produktköniginnen und -prinzessinnen herzlich willkommen. Sie sind ein eindrucksvoller Beweis für die Vielfalt der bayerischen landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Produkte. Wir wünschen Ihnen für Ihre Arbeit viel Erfolg, auch im Interesse unseres Landes, und noch einen schönen Aufenthalt hier im Bayerischen Landtag.

(Allgemeiner Beifall)

Bevor wir in die Haushaltsberatungen eintreten, gebe ich ein paar kurze Hinweise zum Ablauf der Plenarwoche: An den drei Plenartagen werden alle Einzelpläne sowie das Finanzausgleichsänderungsgesetz und das Haushaltsgesetz in Zweiter und gegebenenfalls auch in Dritter Lesung beraten. Parlamentarischer Tradition entsprechend finden die politische Grundsatzdebatte wie bisher beim Einzelplan 02 des Ministerpräsidenten und die finanzpolitische Schwerpunktdebatte am Ende im Rahmen der Beratung des Haushalts- und des Finanzausgleichsänderungsgesetzes statt. Hinsichtlich des Zeitpunkts der Beratung der jeweiligen Einzelpläne und der dazu festgelegten Fraktionsredezeiten verweise ich auf die Tagesordnung.

Heute werden wir zunächst über die Einzelpläne 01 und 11, zu denen keine Aussprache stattfindet, abstimmen und dann den Einzelplan 02 beraten. Anschließend werden wir noch über zwei Tagesordnungspunkte, zu denen keine Aussprache stattfindet, abstimmen.

Morgen finden vorweg die Erste Lesung zum interfraktionellen Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern, dann die Abstimmung über die Antragsliste und anschließend die Beratung der Einzelpläne 03A/03B, 04, 05, 07, 10 und 12 statt.

Am Donnerstag werden nach der Beratung der Einzelpläne 06, 08 und 15 die Haushaltsberatungen mit der Beratung des Einzelplans 13 zusammen mit den Zweiten Lesungen zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2013 und zum Haushaltsgesetz 2013/14 abgeschlossen.

Nun rufe ich Tagesordnungspunkt 1 auf:

**Haushaltsplan 2013/2014;  
Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des  
Bayerischen Landtags**

hierzu:

**Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES  
90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/14624)**

Hierzu findet keine Aussprache statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung.

Der Einzelplan 01 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen unverändert zur Annahme empfohlen. Wer Einzelplan 01 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Gegenstimmen! – Enthaltungen? – Der Einzelplan 01 ist einstimmig angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gilt zugleich der vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagene Änderungsantrag auf Drucksache 16/14624 als erledigt.

Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen schlägt noch folgende Beschlussfassung vor – ich zitiere -:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Sehe ich keine. Das ist einstimmig so beschlossen.

Die Beratung des Einzelplans 01 ist damit abgeschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

**Haushaltsplan 2013/2014;  
Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des  
Bayerischen Obersten Rechnungshofs**

Hierzu findet ebenfalls keine Aussprache statt. Wir kommen deshalb wiederum zur Abstimmung. Der Einzelplan 11 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 11 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Einzelplan 11 ist einstimmig angenommen.

Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen schlägt noch folgende Beschlussfassung vor – ich zitiere erneut -:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch dies ist einstimmig beschlossen.

Die Beratung des Einzelplans 11 ist damit abgeschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

**Haushaltsplan 2013/2014;  
Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des  
Bayerischen Ministerpräsidenten und der  
Staatskanzlei**

hierzu:

**Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drs. 16/14898),  
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/13820 mit 16/13825),  
Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/13806 mit 16/13809) sowie  
Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/13810 mit 16/13819)**

Zu diesem Einzelplan wurde in den zurückliegenden Jahren folgende Redezeitregelung getroffen: Die Gesamtredezeit und die Zahl der Redner sind nicht begrenzt. Jeder Redner darf bis zu 15 Minuten sprechen. Auf Antrag einer Fraktion erhält ein Redner der Fraktion bis zu 45 Minuten Redezeit. Diese Redezeit kann bis zu 15 Minuten auf damit maximal 60 Minuten verlängert werden.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst der Herr Ministerpräsident. - Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort. Bitte sehr.

**Ministerpräsident Horst Seehofer:** Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Fast wöchentlich gibt es von unabhängigen Stellen Erfolgsmeldungen zum Freistaat Bayern. Gestern hat der Bayerische Rundfunk seine neue Bayernstudie für das Jahr 2012 veröffentlicht. Danach leben 98 % der Menschen gerne in Bayern. Die Menschen bewerten ihre Lebensqualität wiederum deutlich höher als vor drei Jahren, und auch der Stolz auf die Heimat ist weiter gewachsen. Diese Ergebnisse zeigen, meine Damen und Herren: In Bayern lässt es sich gut leben; die Menschen sind stolz auf "ihr" Bayern. Dass dies so ist, verdanken wir auch den anwesenden Produktköniginnen, weil sie unsere Kultur vorantreiben.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir leben andererseits in einer Zeit der zwei Realitäten. Bayern und Deutschland geht es so gut wie seit Langem nicht mehr, und gleichzeitig spüren wir bei jeder Begegnung mit der Bevölkerung: Es herrschen Sorge und Unsicherheit über die Zukunft der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa und der Welt. Die Menschen wissen ganz genau: Was auch immer in der Welt geschieht – wir in Bayern und Deutschland sind mit betroffen.

Mich hat ein Befund besonders elektrisiert, der nach meiner Auffassung an die Grundfesten des Vertrau-

ens in die Zukunft und in unsere soziale Marktwirtschaft rührt. Das Emnid-Institut hat die Bürger gefragt: Werden es unsere Kinder einmal besser oder schlechter haben? – Diese Frage gibt es übrigens seit dem Zweiten Weltkrieg, und sie ist in etwa immer gleich beantwortet worden. Noch vor wenigen Jahren haben 70 % der Befragten in Deutschland wie in allen Jahrzehnten vorher geantwortet: Unsere Kinder werden es besser haben. Im Jahr 2011 haben nur noch 38 % der Gefragten so geantwortet. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg gibt es eine solche Beunruhigung und langfristige Unsicherheit aufgrund der Globalisierung, der Vernetzung, der Finanzkrise, der Weltwirtschaftskrise und der unsicheren Währung. Trotz bisher unerreichter materieller Sicherheit spüren die Menschen: Die Zeiten sind rau. Schuldenkrise, weltweit neue Konkurrenten: Europa ist nicht mehr der Nabel der Welt. In den Krisenländern gerade in Südeuropa können wir sehen, was für die Menschen auch in Deutschland immer wichtiger wird: Sicherheit, Stabilität und Zukunftsvorsorge. Diese drei Leitbegriffe sind für die Menschen von besonderer Bedeutung.

Mit unserem Haushalt, den wir in diesen Tagen beraten, werden wir genau diesen Bedürfnissen und Herausforderungen gerecht: Sicherheit, Stabilität, Zukunftsvorsorge. Der Doppelhaushalt für die Jahre 2013 und 2014 steht für Finanzkompetenz und Wirtschaftskompetenz, für Zukunftskraft und soziale Sicherheit.

Meine Damen und Herren, zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern haben wir Bayern zur Top-Region in Europa gemacht, krisenfest und chancenreich. In Bayern geht es den Menschen besser, und vor allem können die Menschen in Bayern mit mehr Vertrauen in die Zukunft blicken als anderswo. Deshalb lautet meine erste Botschaft: Bayern gehört zu den wohlhabendsten Regionen in der Welt.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Noch nie gab es im Freistaat so viele Beschäftigte. 4,91 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte - das ist ein neues Allzeithoch. Ich betone: Das sind nicht prekäre Arbeitsverhältnisse, sondern sozialversicherungspflichtige, vollwertige Arbeitsplätze, das Grundarbeitsverhältnis in einer sozialen Marktwirtschaft. Wir sind in Bayern mit einer Arbeitslosigkeit von 3,4 % nah an der Vollbeschäftigung und haben mit Abstand die niedrigste Arbeitslosenquote in ganz Deutschland. In fast der Hälfte unserer Kreise und Städte liegt die Arbeitslosenquote unter 3 %: Das ist Vollbeschäftigung, und, meine Damen und Herren, das ist soziale Sicherheit. Das Bundesländer-Ranking in der "Wirtschaftswoche" spricht Bände. Im zehnten

Jahr liegt Bayern zum neunten Mal auf dem ersten Platz. Ich meine, darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Was uns besonders mit Stolz erfüllen sollte, ist die Entwicklung im Vergleich des Landes. Schweinfurt hatte vor 20 Jahren noch eine Arbeitslosenquote von fast 20 %. Das war westdeutscher Höchstwert. Im Jahr 2007 hat es Schweinfurt im Prognos-Zukunftsatlas von Platz 439 auf Platz 1 geschafft. So sieht Strukturwandel in Bayern aus.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Schere zwischen dem stärksten und dem schwächsten Regierungsbezirk schließt sich. Der Unterschied beträgt gerade noch etwas über 1 %. Das ist eine der wichtigsten Bestätigungen für unsere Chancenpolitik überall im Land und beweist: Auch in der Politik gilt der Grundsatz: Das Leben belohnt Anstrengungen und nicht Nörgeleien.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Alexander König (CSU): Sehr gut! - Zurufe von der CSU: Bravo!)

Wir betreiben im Freistaat Bayern traditionell eine aktive Wirtschaftspolitik. Wir haben in der Krise 4.400 Unternehmen geholfen und damit 77.000 Arbeitsplätze erhalten, Unternehmen, bei denen wir gefragt haben: Haben Sie Produkte, die zukunftsträchtig sind, mit denen Sie die Zukunft erobern können? Wir mussten ihnen dann nur vorübergehend, temporär helfen; ohne jede Öffentlichkeit haben wir eine wirksame und aktive Wirtschaftspolitik gemacht. In den letzten sieben Jahren haben wir in engem Schulterschluss mit unseren bayerischen Unternehmerinnen und Unternehmern rund 600.000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse geschaffen. Was uns wichtig ist: Das gilt überall im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Für diesen Erfolg danke ich allen Beteiligten, insbesondere dem dafür verantwortlichen Minister, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Wirtschaftsminister Martin Zeil und der Staatssekretärin Katja Hessel.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Jugendarbeitslosigkeit ist in Bayern praktisch nicht vorhanden. Sie liegt bei 2,6 %. Das bedeutet für unsere jungen Leute: Sie haben beste Chancen im Vergleich zu den Jugendlichen im restlichen Teil Europas. Ich bin immer wieder erschüttert, wenn ich zum Beispiel nach Spanien schaue. Dort liegt der Anteil ar-

beitsloser junger Menschen bei über 50 %. Wir haben am Sonntagabend mit Ministerpräsident Samaras gesprochen: Die Jugendarbeitslosigkeit liegt in Griechenland aktuell bei 57 %. Die hohen Arbeitslosenraten bei Jugendlichen in Europa sind eine Tragödie. Es ist eine Tragödie, wenn das Feuer in unseren jungen Menschen mit Hoffnungslosigkeit ausgelöscht wird, wenn jungen Leuten signalisiert wird: Wir brauchen dich nicht, statt ihnen zu sagen: Du bist die Zukunft unseres Landes, wir brauchen dich. In Bayern gilt: Wir brauchen jeden – Erfahrene, Junge, Frauen, Männer, Facharbeiter, Akademiker, Handwerker, Dienstleister, Arbeitnehmer und Selbstständige: Jeder ist für uns wertvoll und deshalb ist Bayern das Chancenland Nummer 1 und das Zukunftsland Nummer 1.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bin überzeugt – ich sagte es bereits in meiner ersten Regierungserklärung im Jahr 2008 –: Je stärker das wirtschaftliche Bayern ist, desto stärker kann das soziale Bayern sein, denn die beste Sozialpolitik ist immer noch ein sicherer Arbeitsplatz. Dafür steht unsere aktive Wirtschaftspolitik. Wir haben ein partnerschaftliches Verhältnis zu unserer Wirtschaft in Bayern, keine Planwirtschaft. Dafür steht unser christliches Menschenbild und dafür steht die soziale Marktwirtschaft. Der angelsächsische Spekulationskapitalismus ist ebenso gescheitert wie der real existierende Sozialismus. Keine andere Gesellschaftsordnung – das ist mir wichtig, weil es der Kompass für unser Handeln war – garantiert so wie unsere soziale Marktwirtschaft nachhaltigen sozialen Frieden, wirtschaftlichen Erfolg und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb haben wir gemeinsam – CSU und FDP, Martin Zeil und ich – im Jahre 2008 eine Renaissance der sozialen Marktwirtschaft gefordert und für Bayern angekündigt. Ich kann heute bestätigen: Diese Renaissance der sozialen Marktwirtschaft hat in Bayern stattgefunden und sie ist von Bayern ausgegangen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Kein anderes Land hat so festen Boden unter den Füßen wie Bayern. Wir haben nämlich vor allem solide Finanzen. Wir sind auch in guten Zeiten nicht übermütig geworden. Wir haben nicht das Geld mit vollen Händen ausgegeben. Wir haben in die Zukunft investiert und vorgesorgt. Ich halte es vor Wahlkampfzeiten für bemerkenswert, wenn eine Koalition die Kraft aufbringt, trotz voller Kassen zukunftsgerichtete Politik zu machen und nicht das Geld mit vollen Händen auszugeben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es wäre ein Leichtes gewesen, bei den sprudelnden Steuereinnahmen Geschenke zu verteilen. Wir haben uns dazu nicht hinreißen lassen, und dafür danke ich unserem Finanzminister Dr. Markus Söder und seinem Staatssekretär Franz Josef Pschierer.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich habe als Ministerpräsident auch den beiden Regierungsfractionen zu danken und insbesondere den beiden Haushaltssprechern, die für eine Regierung, genauso wie die Fraktionsvorsitzenden, harte Prüfsteine sind, aber sehr kooperativ, kameradschaftlich und kollegial zusammengewirkt haben: Danke den beiden Haushaltssprechern Georg Winter und Karsten Klein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich danke den beiden Fraktionsvorsitzenden, die sehr dazu beitragen, dass diese Koalition frisch und handlungsfähig ist, Georg Schmid und Thomas Hacker.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Was mir im Rahmen der Finanzpolitik auch sehr wichtig ist – etwas, das wir beide, Martin Zeil und ich, übernommen haben – ist, dass auch die Bayerische Landesbank auf den Erfolgskurs zurückgekehrt ist. Die Rückzahlung von 351 Millionen Euro an staatlichen Hilfgeldern ist ein gutes Zeichen.

(Harald Güller (SPD): Aus Rücklagen!)

Mir liegt nach vier harten Restrukturierungsjahren heute sehr daran, Folgendes festzuhalten: Wir von der Bayerischen Staatsregierung haben im Zusammenhang mit der Bayerischen Landesbank in jedem Punkt Wort gehalten. Wir haben die Fehler der Vergangenheit vollständig aufgeklärt und wir haben ein tragfähiges Zukunftsmodell entwickelt, weshalb die Europäische Kommission im Beihilfeverfahren die Bayerische Landesbank im Unterschied zur WestLB nicht zerschlagen hat. Sie hat uns dabei bestätigt: Wir haben ein zukunftsfähiges Geschäftsmodell. Wir können heute sagen: Die Landesbank verursacht ab jetzt keine Kosten mehr für den Staat. Sie trägt sich selbst. Die Bank hat in Aussicht gestellt – das ist eine Folge des Beihilfeverfahrens –, dass sie in den nächsten Jahren Rückzahlungen in Höhe von 5 Milliarden Euro an den Freistaat Bayern leisten wird. So schaut ehrliche, offene und erfolgreiche Finanzpolitik aus.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Harald Güller (SPD): Wo sind die Schadensersatzklagen?)

Solide Finanzen sind auch eine Frage der Gerechtigkeit. In Spanien zahlen die jungen Menschen heute die Zeche für die Verschuldungspolitik ihrer Väter. Heute zahlt der junge Grieche mit seiner Perspektivlosigkeit für die bequeme Verschuldung seiner Großeltern und Eltern. Ich kann die junge Generation in diesen Ländern verstehen, wenn sie protestiert. Immer weniger werden an immer mehr Lasten beteiligt. Wir müssen nach meiner festen Überzeugung heute eine neue Gerechtigkeitsfrage stellen. Es geht nicht nur – auch, aber nicht nur – um die Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich, sondern es geht zunehmend auch um die Gerechtigkeit zwischen heute und morgen, Gegenwart und Zukunft. Das ist die Gerechtigkeitsfrage des 21. Jahrhunderts.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Neue Schulden für Konsumausgaben sind eine Umverteilung zulasten der Schwächeren, nämlich unserer Kinder, und das ist ungerecht. Gerechtigkeit hat eine Zukunftsdimension und die heißt Generationengerechtigkeit. Deshalb schaffen wir zum achten und neunten Mal in Folge einen allgemeinen Haushalt ohne Neuverschuldung. Der Gesamthaushalt umfasst 46,8 Milliarden Euro für das Jahr 2013 und 48,2 Milliarden Euro für das Jahr 2014. Das ist ein Konjunkturmotor mit 95 Milliarden PS in Bayern.

Wir tilgen in den nächsten beiden Jahren erneut Schulden, und zwar über eine Milliarde Euro. Das sind dann über zwei Milliarden Euro Tilgung in drei Jahren,

(Volkmar Halbleib (SPD): Auf Kosten der Vorsorge!)

rund zehn Prozent der Altschulden im allgemeinen Haushalt. Wir bleiben bei dem großen und ehrgeizigen Ziel: Bayern wird 2030 schuldenfrei.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

So war es immer in Bayern. Auch mein Vorgänger hat mir das erzählt. Als er das Ziel "ausgeglichener Haushalt" ausrief, rief die Opposition genau wie jetzt wieder: nicht machbar, nicht vermittelbar, utopisch.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Stimmt auch!)

Und wir holen Sie jedes Mal in der Realität schneller ein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Jetzt hören Sie gut zu, weil das in den nächsten Monaten noch einmal eine große Rolle spielen wird. Wir

tilgen. Wir vermeiden neue Schulden. Wir zahlen alte Schulden zurück – und gleichzeitig haben wir die Kraft für Reserven. Wir haben trotz dieser Weichenstellung noch Reserven von deutlich über zwei Milliarden Euro als Vorsorge für schlechtere Zeiten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Landesbank!)

Ich sprach eingangs davon. Wir werden sehen, wie wir jetzt konjunkturell über den Winter kommen. Im Frühjahr des nächsten Jahres werden wir dann, je nach Entwicklung, entscheiden, ob wir neue Impulse für die Konjunktur durch Investitionen setzen müssen oder ob wir eine zusätzliche Schuldentilgung durchführen können. Vielleicht sind wir sogar in der Lage zu sagen: Wir können neue Impulse setzen und Schuldentilgung betreiben. Jetzt sagen Sie mir mal ein Land in ganz Europa – die Welt kann ich nicht so intensiv beurteilen -, wo dies der Fall ist.

(Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Schweiz, Österreich!)

Meine Damen und Herren, darauf kann diese Regierungskoalition stolz sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben noch eine gute Philosophie. Schuldentilgung steht oft im Verdacht: Jetzt werden Leistungen gekürzt. Ich möchte Ihnen gar nicht alles vorlesen, was nach Ihren Behauptungen den Kommunen alles zusammengestrichen wird, was an Sozialleistungen gekürzt wird. Nicht mit einem Euro ist das passiert.

Wir haben etwas verbunden, was nach unserer Überzeugung zusammengehört und was wir auch den Krisenstaaten in Südeuropa und der Europäischen Union raten: Wir tilgen und gleichzeitig investieren wir, wie es jeder gute Betrieb macht. Er organisiert solide Finanzen, aber gleichzeitig investiert er, weil solide Finanzen ohne Investitionen auf Dauer nicht möglich sind. Deshalb werden wir jedes der beiden nächsten Jahre weit mehr als fünf Milliarden Euro in die Zukunft investieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Investitionsquote liegt auch im nächsten Jahr bei über zwölf Prozent. Auch da dürfen Sie Länder suchen, wo dies der Fall ist. Das ist deutlich über dem Durchschnitt der Flächenländer West in Deutschland. Wir steigern unsere Investitionsausgaben auf insgesamt über elf Milliarden Euro.

Gelegentlich wird gefragt: Welcher Anteil daran, dass wir in Bayern sichere sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse haben, ist auf die Politik zurückzuführen? Das liegt auch an dieser hohen Investitionstä-

tigkeit in Bayern durch den Freistaat Bayern, die so hoch ist wie noch nie.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir sorgen vor – dies ist ein weiteres Element: Schuldenvermeidung, Schuldentilgung, Zukunftsinvestitionen -, indem wir jährlich 100 Millionen Euro in den Bayerischen Pensionsfonds fließen lassen. Meine Damen und Herren, das ist wichtig, weil wir nur durch diese Vorsorge für unsere Beamtenpensionen gewährleisten können, dass wir die Beamtenpensionen in 20, 30 Jahren nicht wie in Südeuropa kürzen müssen, sondern sie mithilfe unseres Pensionsfonds auch bezahlen können.

(Beifall bei der CSU und der FDP – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Das haben unsere Beschäftigten auch verdient. Ich sage heute, nach einer viereinhalbjährigen Erfahrung mit der bayerischen Staatsverwaltung: Wir haben eine wirklich exzellente Staatsverwaltung. Sie ist ein riesiges Plus für Bayern. Wir haben viel für sie getan, weil sie, die Beschäftigten, viel für unser Land getan haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir sorgen vor – und gleichzeitig haben wir noch die Kraft, neues Personal einzustellen, zum Beispiel für die Justiz insgesamt 226 Stellen für Gerichte und Staatsanwaltschaften und für die Sicherheit an Gerichten mehr Wachtmeister. Auch da haben wir Wort gehalten. 2013 und 2014 werden 2.200 neue Polizisten ihren Dienst im Freistaat Bayern antreten. Wir verwirklichen auch hier einen Grundsatz vom Beginn der Legislaturperiode. Damals habe ich gesagt: Wir brauchen in Bayern nicht mehr Paragrafen, sondern mehr Polizisten. Das haben wir verwirklicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wichtig ist mir, dass wir trotz neuer Stellen für Lehrkräfte, Polizisten und Justizmitarbeiter, also für staatliche Dienstleistungen, eine Personalquote haben, die nicht steigt. Das ist verantwortliche Personalpolitik. Dort, wo die Bürger Personalzuwächse mit mehr Bürokratie verbinden, sparen wir, bauen wir ab, und dort, wo der Staat als Dienstleister für die Bürger auftritt, bauen wir auf. Das ist richtig so.

Bayern ist deshalb eines der sichersten Länder auf der Welt, und dafür möchte ich heute dem Innenminister Joachim Herrmann, seinem Staatssekretär Gerhard Eck und unserer Justizministerin Beate Merk danken.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ein weiteres Juwel Bayerns sind die Kommunen. In Bayern gilt der Satz: Starke Kommunen, starkes Bayern. Unsere Kommunen erhalten im kommunalen Finanzausgleich im Jahr 2013 die Rekordsumme von 7,8 Milliarden Euro. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine Steigerung um 7,8 %. Dieser Zuwachs liegt wiederum höher als der Zuwachs des Gesamthaushalts.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Alexander König (CSU): Hervorragend!)

Das schafft – man kann es nicht oft genug sagen – nicht nur Kommunalfreundlichkeit in Bayern – das ist ein Wert an sich, das ist richtig -, aber noch wichtiger ist, dass wir damit in den Kommunen und Regionen Investitionskraft und Aufträge für Handwerk und Mittelstand schaffen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Alexander König (CSU): CSU-Politik!)

Was mich besonders freut, ist eine strukturelle Weiterentwicklung des Finanzausgleichs in diesem Jahr für das nächste Jahr. Mit Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen in beachtlicher Größenordnung unterstützen wir gezielt Kommunen, die von strukturellen Härten und finanziellen Notlagen besonders betroffen sind. Zum Beispiel haben wir 2012 für die Region Wunsiedel 6,8 Millionen Euro über diesen Weg bewilligt und weitere Kommunen, gerade in Oberfranken, besonders gefördert. Für Oberfranken insgesamt sind dies zusätzlich 15 Millionen Euro.

(Beifall des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Für 2013 haben wir einen weiteren Kraftakt der Solidarität geleistet und den Ansatz für Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen von 25 Millionen auf 100 Millionen Euro vervierfacht. Kein anderes Land in Deutschland ist so kommunalfreundlich wie Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir in Bayern beweisen: Stabilität und Dynamik gehören zusammen, ich sagte es. Tilgung und Wachstum gehören zusammen. Deshalb hat, wie ich eingangs sagte, kein anderes Land diese Zukunftskraft wie Bayern.

Gelegentlich wird von Ignoranz, bayerischer Besserwisserei geredet. Ich sage Ihnen: Bayern ist der moralische Maßstab, aber nicht aus Arroganz, sondern aus Verantwortung für unsere Kinder und Enkel.



(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb, meine Damen und Herren, findet unsere konsequente und solide Haushaltspolitik so großen Rückhalt bei den Menschen in Bayern und löst auch Stolz auf dieses Land aus. Diese wertgebundene, verantwortungsvolle Grundhaltung macht Bayern so besonders.

(Margarete Bause (GRÜNE): Aber nicht von Ihnen!)

Uns in Bayern steht die Zukunft offen, weil wir auch das Grundprinzip der Eigenverantwortung realisieren und groß schreiben. Dieses Prinzip sollte auch in Europa gelten, genauso wie in anderen deutschen Ländern. Deshalb fordern wir von Ländern wie Berlin, dass sie die gleichen Anstrengungen unternehmen, die die Menschen in Bayern leisten. Wir in Bayern stehen für Solidarität. Ich sage aber klar: Der Länderfinanzausgleich war als Hilfe zur Selbsthilfe gedacht,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Darum wird jetzt auch geklagt!)

nicht als Dauersubvention.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bayern hat 2011 mehr als die Hälfte des Länderfinanzausgleichs gezahlt, rund 3,7 Milliarden Euro von insgesamt 7,3 Milliarden Euro. Das ist ein schöner Zahlendreher und deshalb leicht zu merken. Wir als Bayern haben allein in den vergangenen drei Jahren mehr in den Länderfinanzausgleich einbezahlt, als wir vorher in vierzig Jahren bekommen haben. Deshalb muss uns in Sachen Solidarität niemand Nachhilfeunterricht geben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Doppelhaushalt 2013/2014 hat Finanzminister Söder für den Länderfinanzausgleich 8,2 Milliarden Euro eingestellt. Das sind knapp 10 % unseres Haushaltes. Knapp 10 % unseres Haushaltes wenden wir für andere Länder auf. Baden-Württemberg macht zur gleichen Zeit über 3 Milliarden Euro neue Schulden. Gleichzeitig muss Baden-Württemberg als Geberland Berlin mitfinanzieren. Gleichzeitig leistet sich Berlin eine milliarden schwere Rückverstaatlichung der Wasserwerke, ein Begrüßungsgeld für Studenten und kostenlose Kitas.

(Zuruf von der CSU: Hört! Hört!)

Vom Flughafen, wenn er denn einmal fertig wird, will ich gar nicht reden. Das kann nicht so weitergehen, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Bayern – das werden wir gleich wieder hören – hat in der Tat vor über zehn Jahren dem Länderfinanzausgleich zugestimmt. Dieser Länderfinanzausgleich ist aber aus dem Ruder gelaufen. Deshalb kann ich Ministerpräsident Kretschmann nur recht geben. Er sagte wörtlich – er nimmt kein Wort davon zurück -: Das ist ein absolut bescheuertes System.

(Beifall bei der CSU und der FDP – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Ihr habt es unterschrieben!)

Wir werden für einen gerechteren Länderfinanzausgleich kämpfen. Da die Verhandlungen, die auch für uns immer das Mittel erster Wahl sind, gescheitert sind, bleibt uns Bayern nur der Klageweg. Wir klagen beim Bundesverfassungsgericht. Wir befinden uns in der Endphase der Klagevorbereitung. Dann werden wir hier im Bayerischen Landtag den Patriotismustest machen. Wenn die Opposition da nicht mitzieht, fehlt ihr eben das Bayern-Gen, und dann müssen wir alleine vorwärtsgehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Margarete Bause (GRÜNE): Lächerlich!)

Weil wir solide Finanzen haben, können wir Reserven bilden und für die junge Generation Spielräume schaffen. Weil wir solide Finanzen haben, können wir dauerhaft in die Zukunft investieren. Mit unserem Programm "Aufbruch Bayern", einem Erfolgsmodell, investieren wir wie kein anderes Land in Familie, Bildung, Innovation, in den Umbau der Energieversorgung, in den ländlichen Raum und in die digitale Revolution. Das ist Wachstum und Dynamik.

Familie ist die Grundlage jeder zukunftsfähigen Gesellschaft. Auch hier gibt es beeindruckende Zahlen, die im Grunde die Gesellschaftspolitik in Bayern ausdrücken. Wir investieren in den Jahren 2013 und 2014 jeweils 2,8 Milliarden Euro in die Familienpolitik. Das ist eine Steigerung um 75 % gegenüber 2008. Drei Viertel mehr in nur einer Legislaturperiode für die Familien – das ist ein Kraftakt, und das ist auch ein glaubwürdiges Bekenntnis zur Familienpolitik in Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir unterstützen die Kinder und Jugendlichen durch mehr Sozialarbeit an den Schulen. Wir verbessern die Beratungsangebote für Familien. Wir zahlen das Landeserziehungsgeld weiter. Baden-Württemberg will es abschaffen, auch die GRÜNEN in diesem Hohen Hause. Damit treffen sie genau die kleinen Leute,

nämlich die Geringverdiener und die Bedürftigen; denn für sie ist das Landeserziehungsgeld gedacht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir stärken die Wahlfreiheit der Familien. Wir fördern die Kinderkrippen in einem Maße wie kein anderes Bundesland, und wir haben das Betreuungsgeld durchgesetzt. Ich nenne Ihnen einmal eine Zahl. Die Zahl der Krippenplätze hat sich seit 2006 von über 23.000 auf rund 92.000 vervierfacht. Wir haben ein Förderprogramm ohne Deckelung aufgelegt. Das heißt: Für jeden Krippenplatz, den eine Kommune schaffen will, tragen wir bis zu 80 % der Investitionskosten. 680 Millionen Euro für Krippenplätze geben wir ausschließlich aus der Landeskasse aus. Das ist Spitze in Deutschland. Wir leiten also nicht nur das Geld des Bundes für die Krippenplätze an die Kommunen weiter, sondern wir legen 680 Millionen Euro aus dem Freistaatshaushalt für die Kommunen, für die Krippenplätze drauf.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Unser Kraftakt für die Krippen hat zu einer riesigen Ausbaudynamik geführt. Ich danke den hoch engagierten Kommunen, und ich danke unserer Staatsministerin Christine Haderthauer und ihrem Staatssekretär Markus Sackmann.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Viele Gemeinden haben bereits Bedarfsdeckung signalisiert. Im nächsten Jahr gibt es den Rechtsanspruch. Nur Nürnberg und München hinken hinterher. Mehr als auf dem Silbertablett servieren können wir aber nicht. Wir können nur garantieren, dass wir sie fördern;

(Beifall bei der CSU)

handeln müssen sie dann aber schon selbst. Hinsichtlich des Krippenausbaus sollen unsere Kritiker zu nächst einmal ihre eigenen Hausaufgaben machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Was auch zum sozialen Klima, zum gesellschaftlichen Klima in Bayern gehört, das sollte über Parteigrenzen hinweg gelten: Jede Familie verdient unseren Respekt, unsere Hochachtung und unsere Unterstützung. Wie Familien ihr Leben gestalten, ist ihre Sache – individuell, vielfältig, von Fall zu Fall unterschiedlich. Dieser Vielfalt müssen wir bestmöglich gerecht werden. Das ist moderne Familienpolitik. Der Staat ist nicht Vormund, sondern die Menschen gestalten ihr Leben selbst.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nicht zuletzt durch die Krise in Europa wird immer klarer: Grundlage für Arbeit, Wohlstand und Teilhabe sind Bildung und Wettbewerbsfähigkeit. Alle Gäste aus Europa erkundigen sich nach unserem erfolgreichen Bildungssystem. Gerade die berufliche Bildung ist den Krisenländern besonders wichtig, weil sie ahnen, dass die Überwindung der Jugendarbeitslosigkeit mit Quoten von über 50 % nur mit beruflicher Bildung zu erreichen ist. Das hat uns auch der griechische Ministerpräsident Samaras bei unserem Gespräch vor zwei Tagen gesagt. Ich darf darauf hinweisen – das darf man in einem solchen Gespräch auch vermitteln -: Die bayerischen Schülerinnen und Schüler sind bundesweit Rekordmeister in allen Leistungsvergleichen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bayern ist Bildungsland. Das können wir gut begründet sagen. Wir geben mehr als ein Drittel unserer Staatsausgaben für die Bildung aus – das sind 33,6 Milliarden Euro in diesem Doppelhaushalt.

Meine Damen und Herren, neben dem Kraftakt, den wir für die anderen Bundesländer erbringen, neben der Solidarität gegenüber unseren eigenen bayerischen Kommunen geben wir noch mehr als jeden dritten Euro in Bayern für die Bildung aus, weil wir überzeugt sind, dass die Bildungspolitik die beste Sozialpolitik für die Zukunft ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Alein in dieser Legislaturperiode haben wir fünfzehn neue Realschulen und zehn neue Gymnasien ermöglicht.

(Zuruf von der SPD: Aber nur in Oberbayern!)

- Eines der zehn neuen Gymnasien, das ich ermöglicht habe, war in Buchloe, das bekanntlich in Schwaben liegt. Das nur zum Zwischenruf.

Mit dem neuen Doppelhaushalt stellen wir in Bayern noch einmal 1.300 Lehrerstellen für zusätzliche Aufgaben bereit. Das bedeutet mehr Ganztagsangebote, weniger Unterrichtsausfall, mehr individuelle Förderung. Wir sichern die Durchlässigkeit und ein wohnortnahes Schulangebot in ganz Bayern. Und was mich besonders freut: Wir steigen in die Inklusion von Schülern mit Behinderung stark ein. Insgesamt haben wir seit Beginn dieser Legislaturperiode 8.200 Lehrerstellen für neue Aufgaben bereitgestellt. Noch nie gab es in der Geschichte des Freistaates Bayern so viele Lehrkräfte im Verhältnis zur Schülerzahl.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf von der SPD: So wenige!)

Zum Vergleich: Baden-Württemberg baut 2.200 Lehrerstellen ab und streicht langfristig 11.600 Lehrerstellen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Noch besser als bei uns!)

Auch für unsere Hochschulen nehmen wir viel zusätzliches Geld in die Hand. Wir schaffen jetzt nochmals 10.000 neue Studienplätze zusätzlich zu den 38.000, die wir seit 2008 geschaffen haben. Die bayerischen Hochschulen fahren beste Zeugnisse ein. Heute studieren mehr junge Menschen in Bayern als je zuvor. Allein im letzten Jahrzehnt hat die Zahl der Studierenden um ein Drittel auf jetzt 320.000 zugenommen. An den Fachhochschulen ist die Zahl der Studierenden um knapp 80 % gestiegen. Das ist eine Abstimmung für Qualität. Dabei betone ich: Berufliche Bildung und Studium sind für uns gleichgewichtig. Über 40 % aller Studienberechtigten in Bayern haben nicht das Gymnasium besucht, sondern eine berufliche Schule. Auch das ist eine Sonderstellung Bayerns, auf die wir stolz sind.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir bieten für jeden jungen Menschen, für jeden Gipfelstürmer ein gutes Basislager und die beste Ausrüstung, egal, welchen Gipfel sich der junge Mensch aussucht und welche Route er wählt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wir schaffen Chancen für die junge Generation. Das ist unser Markenzeichen. Und dafür, dass dieses besonders glänzt, danke ich Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle, dem Staatssekretär Bernd Sibler und unserem Wissenschafts-, Forschungs- und Kunstminister Dr. Wolfgang Heubisch.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wovon wollen wir morgen leben, wenn China genauso gute Autos bauten sollte, wenn Brasilien genauso gute Maschinen herstellt? Unsere Antwort ist seit Jahren klar: Ideen, Innovationen, Mut zu Neuem für sichere Arbeitsplätze! Wir brauchen ein selbsttragendes, qualitatives Wachstum. Deshalb investieren wir in die Megatrends der Zukunft: Biosystemforschung, Elektromobilität, Umwelttechnik, Karbonfaser, erneuerbare Energien und Hightechmedizin.

Und wir alle wissen: Digitales Know-how ist eine Schlüsselqualifikation des einundzwanzigsten Jahrhunderts. Mit "Bayern digital" fahren wir eine umfas-

sende Strategie, vom Ausbau des schnellen Internets bis zur Befähigung jedes Einzelnen. Wir verdoppeln den Bewilligungsrahmen für das Hochgeschwindigkeitsinternet von 100 Millionen Euro auf jeweils 200 Millionen Euro im Jahr. Das sind 400 Millionen Euro in zwei Jahren für ein schnelles Internet.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Kein anderes Bundesland hat auch nur annähernd ein vergleichbares Investitionsprogramm.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wir wollen alle wichtigen digitalen Zukunftsfelder voranbringen: Lernen, Arbeiten, Mobilität, Gesundheit, Wohnen, Verwaltung und sicheres Datenmanagement. Meine Damen und Herren, auch hier noch einmal eine Zahl: Zwei Milliarden Euro stehen für "Bayern digital" in den Jahren 2012 bis 2014 zur Verfügung.

(Zwiesgespräch zwischen den Abgeordneten Thomas Hacker (FDP) und Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER) - Alexander König (CSU): Zuhören, sonst wisst ihr wieder nichts!)

Wir werden als Freistaat Bayern innerhalb der nächsten fünf Jahre an der Weltspitze stehen, wenn es um die Digitalisierung unseres Landes geht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Für das neue Energiezeitalter und für den Klimaschutz werden wir im neuen Doppelhaushalt über 260 Millionen Euro investieren, insgesamt eine Milliarde Euro zusätzlich bis 2016. Der Aufbruch in ein neues Energiezeitalter ist eine riesige Chance für Bayern. Wir bleiben Produktionsstandort und wir halten bei der Energieversorgung die Wertschöpfung im Land. Wir sind ein Land der Bürgerenergie: Energie aus der Heimat für die Heimat! Und wir stehen zu unseren kleinen und mittelständischen Unternehmern. Wir wissen, dass viele Arbeitsplätze an den Energiepreisen hängen. Deshalb arbeiten wir für sichere und bezahlbare Energie.

(Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Stimmt doch nicht!)

Wir in Bayern – da danke ich allen Beteiligten, auch der Energieagentur – sind auf Kurs. Dafür danke ich neben dem federführenden Wirtschaftsminister Martin Zeil auch unserem Umweltminister Dr. Marcel Huber und seiner Staatssekretärin Melanie Huml.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich möchte im Rahmen dieses Doppelhaushalts auch ein Wort zur bayerischen Forst- und Landwirtschaft sagen. Sie ist Vorbild für unsere Nachhaltigkeit und Generationenverantwortung. Unsere Land- und Forstwirte leisten einen wichtigen Dienst für die besondere Lebensqualität in Bayern. Meine Damen und Herren, wann immer wir über den ländlichen Raum diskutieren, die Landwirte und die Forstwirte sind das Rückgrat des ländlichen Raums. Wir haben im Jahre 2011 Agrarprodukte im Wert von 7,8 Milliarden Euro exportiert, so viel wie nie zuvor. Die Land- und Forstwirtschaft ist der viertgrößte Wirtschaftszweig in Bayern. Mit jeweils knapp 1,3 Milliarden Euro für den Haushalt des Landwirtschaftsministeriums sichern wir auch in den kommenden beiden Jahren verlässliche Grundlagen für eine Nahrungsmittelproduktion im Einklang von Qualität, Ökologie und Ökonomie. Mein Dank gilt für seine praxisnahe und zukunftsorientierte Arbeit Helmut Brunner, unserem Staatsminister.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

"Aufbruch Bayern – Aktionsplan demografischer Wandel" – das ist unsere Strategie für den ländlichen Raum. Wir geben von 2012 bis 2016 dafür 1,3 Milliarden Euro als Investitionen aus. Wir vernetzen unsere Stärken. Und unser Staatsminister Thomas Kreuzer kümmert sich intensiv um die Kommunen und Regionen, die von der Bundeswehrreform betroffen sind. Wir lassen als Bayerische Staatsregierung und als bayerische Koalition keine Kommune alleine. Deshalb möchte ich unserem Staatsminister Thomas Kreuzer für seinen unermüdlichen Dialog mit Bürgermeistern und Landräten Danke sagen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn es um den ländlichen Raum geht, geht es natürlich auch um Förderung. Ich habe die Zahlen genannt. Meine Damen und Herren, es geht aber auch um die Fortsetzung des Weges, den wir im Zusammenhang mit Quelle Fürth besritten haben, nämlich verstärkt darauf zu achten, die Arbeitsplätze in die ländlichen Räume zu bringen. Wir können viel an Daseinsvorsorge fördern, betreiben und unterstützen. Ohne Arbeitsplätze wird es uns nicht gelingen, die ländlichen Räume zu stabilisieren. Deshalb werde ich zu Beginn des nächsten Jahres unsere Bemühungen verstärken, die da lauten, sich mit Experten aus Wirtschaft und Verwaltung sowie mit betroffenen Abgeordneten vor allem aus Nordbayern und Franken weiterhin darüber zu unterhalten, welches Konzept wir für die nächsten Jahre entwickeln können, damit wir auf der einen Seite über die Wirtschaft Arbeitsplätze nach Nordbayern bekommen, auf der anderen Seite aber

auch überlegen, welche öffentlichen Einrichtungen wir in Nordbayern noch ansiedeln können, damit Arbeitsplätze entstehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bayern ist bekanntlich in der ganzen Welt vernetzt und zu Hause. Bei all meinen Besuchen im Ausland schlagen mir großer Respekt und Anerkennung für Bayern entgegen. Bayern ist ein international hoch geschätzter Gesprächspartner. Deshalb danke ich allen Abgeordneten in diesem Hohen Hause, die sich unermüdlich für die internationale Zusammenarbeit und die Pflege dieses Netzwerkes einbringen, und ich danke stellvertretend für die Staatsregierung unserer Staatsministerin Emilia Müller, die sich gerade in der Europapolitik besonders engagiert.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Gemeinsam mit allen Menschen in Bayern haben wir unser Land zu einer Insel der Lebensqualität und der Zukunftskraft gemacht – und das ist nicht nur ökonomisch, sondern auch sozial und kulturell zu verstehen. Deshalb geht mein Dank auch an die Regierungskoalition für das Kulturkonzept, das unser Engagement in der Breite des Kulturstaates Bayern ausweitet.

Meine Damen und Herren, mir ist am 3. Oktober, als wir Gastgeber für den Tag der Deutschen Einheit waren und, wie ich glaube, eine gute Visitenkarte für Bayern abgegeben haben, durch den Kopf gegangen: Wir profitieren von vielem, was unsere Vorfahren im Bereich von Kultur und Architektur an Bleibendem geschaffen haben. Deshalb sind dieser Begriff "Kulturstaat Bayern" und unser Konzept für den Zusammenhalt und die innere Identität unseres Landes so unheimlich wichtig. Damit schaffen wir über den Tag hinaus Bleibendes für unsere Kinder und für unsere Enkel.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir werden auch unserer Verantwortung für die Schöpfung und für die künftigen Generationen gerecht. Eine ganz besondere Herausforderung wird dabei die Anfang des nächsten Jahres anstehende Entscheidung zum Donauausbau sein. Dabei geht es nicht nur um Technik, Zahlen und Ähnliches, sondern auch um eine Grundentscheidung zwischen Maximierung und Optimierung. Es geht auch um eine Grundentscheidung zwischen qualitativem und quantitativem Wachstum. Darüber müssen wir in diesem Zusammenhang diskutieren.

Wir müssen einen vernünftigen Ausgleich zwischen ökonomischen und ökologischen Interessen finden. Wir sollten dies auf einer vernünftigen geistigen

Grundlage tun. Der gestrige Tag und die Qualität der Diskussion haben mich ermutigt. Dies gilt nicht nur für die Diskussion mit den Experten, sondern auch für die Diskussion mit der Bevölkerung, der ich für ihre ungeheure Sachlichkeit danken möchte. Ich habe gestern zur Bevölkerung gesagt, dass ich den ehrlichen Eindruck habe, dass alle, die sich hier versammelt haben – und es waren nicht wenige –, ihre Heimat und auch die Donau lieben. Bei unserer Entscheidung sollten wir auch die Emotionen der Bevölkerung ausreichend berücksichtigen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwan-ger (FREIE WÄHLER): Das gilt auch für Attaching!)

Mit diesem Doppelhaushalt und unserer Politik der letzten Jahre haben wir alle Ankündigungen in meiner Regierungserklärung vom 10. Dezember 2008 und des Koalitionsvertrages umgesetzt. Diese Regierungskoalition hat die lebenswerte Gesellschaft in Bayern mit einem klaren Wertekompass gesichert und vorgebracht. Gerade wo es um Bleibendes geht, haben wir Maßstäbe für Verlässlichkeit und Beständigkeit gesetzt: Familie, Bildung, Generationengerechtigkeit und Kultur. Kein anderes Land hat in den letzten vier Jahren eine solch verlässliche, beständige und wertgebundene Zukunftsvorsorge für die Menschen geschaffen wie wir im Freistaat Bayern.

Der Doppelhaushalt 2013/2014 steht einerseits für Generationengerechtigkeit und andererseits für Zukunftskraft. Ich bitte das Hohe Haus um Zustimmung zum vorliegenden Haushaltsentwurf, über den heute und in den nächsten Tagen verhandelt wird. Ich bitte Sie, stimmen Sie diesem Haushalt zu, damit Bayern zu einem Land der unbegrenzten Möglichkeiten wird.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident. Als nächstem Redner erteile ich dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Kollegen Markus Rinderspacher, das Wort.

(Beifall bei der SPD)

**Markus Rinderspacher (SPD):** Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst vor wenigen Tagen hat der frühere CSU-Staatssekretär Dr. Bernd Weiß öffentlich eine legitime Frage gestellt – fast schon pünktlich zur Regierungserklärung –, die sich auch heute wieder stellt: "Ich frage mich", so Bernd Weiß in der "tz", "was hat die CSU inhaltlich die letzten vier Jahre auf den Weg gebracht?" Der ehemalige Staatssekretär – 25 Jahre Mitglied in der CSU, Ortsvorsitzender, Kreisverbandsvorsitzen-

der – hat diese Frage weitgehend beantwortet: "Viel ist das nicht."

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident konnte dieses Urteil aus den eigenen Reihen gewiss nicht widerlegen. Im Gegenteil, er hat es bestätigt. Stattdessen sonnt sich der Ministerpräsident heute wie ein von sich selbst beseelter Monarch darin, dass die Menschen in Bayern ihre Heimat lieben, die Berge und Seen, die Schlösser und Denkmäler, unsere Kunst und Kultur. Sie schätzen unsere Produktkö-niginnen und sie lieben die bayerischen Dialekte, das Brauchtum, die Festungen und die Musik. Sie lieben den FC Bayern, den FCA, die Kleeblätter aus Fürth und die Clubberer.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Den FC Ingolstadt!)

- Meinetwegen auch den FC Ingolstadt, Herr Ministerpräsident.

(Tobias Thalhammer (FDP): Die Spielvereinigung Unterhaching!)

Herr Ministerpräsident, bei allem Respekt: Sie mögen ein stattlicher und auch attraktiver Mann sein, aber Sie haben nicht die bayerischen Alpen aufgeschüttet. Sie haben nicht die bayerischen Seen eigenständig ausgehoben. Sie haben nicht den FC Bayern zum Rekordmeister gemacht. Sie haben nicht den FCA und die Fürther zum Aufstieg in die Bundesliga geführt. Das Wittelsbacher Kulturerbe haben Sie wie wir alle geschenkt bekommen.

(Beifall bei der SPD - Tobias Thalhammer (FDP): Die SPD hat 1860 München auch nicht wieder in die erste Liga gebracht!)

Nach dieser Regierungserklärung muss man fast den Eindruck gewinnen: Je banaler die Botschaften der Staatsregierung, desto pathetischer werden die Gebärden und desto einfallsreicher wird die Selbstreklame. Je kurzatmiger das politische Hinterherhecheln nach Stimmungen und Strömungen, desto größer die Gesten. Je kleinteiliger das politische Lavieren, desto großspuriger der Auftritt. Auch das haben wir heute wieder erlebt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der Ministerpräsident hat den bayerischen Staatshaushalt heute als Grabbeltisch beschrieben und sich selbst als Kaufhausdirektor. Das war der Schlussverkauf von Horst Seehofer. Die schwarz-gelbe Saison geht zu Ende. Jetzt gibt es noch ein bisschen was für

alle und einen Schluck Freibier obendrauf. Das ist es, was der Ministerpräsident heute mit diesem Staatshaushalt zum Ausdruck gebracht hat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war ein durcheinandergewürfeltes Themensortiment aus einem Gemischtwarenkatalog, vermarktet mit selbstherrlichem Werbegesäusel. Eigentlich hätten wir heute vom Ministerpräsidenten klare politische Zielsetzungen mit klaren politischen Prioritäten erwartet. Eine solche Erklärung ist uns der Ministerpräsident jedoch schuldig geblieben.

(Beifall bei der SPD)

Einmal mehr ist deutlich geworden: Diese Regierung steht für alles, und sie steht zugleich für nichts. Ihre Beschlüsse haben keine lange Halbwertszeit. Was heute noch stürmisch begrüßt wird, wird morgen schon verneint. Kann man bei diesem Ministerpräsidenten und bei dieser Regierung wirklich sicher sein, dass ein klares Ja zu einer politischen Position nicht morgen schon ein ebenso kraftvolles Nein wird?

(Thomas Hacker (FDP): Dafür gibt es die FDP!)

Wohl selten zuvor in der Geschichte Bayerns hat es eine Regierung gegeben, die so wenig einen Anspruch an sich selbst erhoben hat, Leitlinien für das eigene Handeln zu zeichnen und Orientierung zu geben. Die Regierungszeit von Horst Seehofer ist von solchen Ansprüchen weit entfernt. Sie wird als Zeit der permanenten Wendemanöver in Erinnerung bleiben mit einer Politik, die sich von Umfragen leiten lässt und sich an den Schlagzeilen der Tageszeitungen orientiert.

Ich zitiere nochmals Bernd Weiß, Staatssekretär im Seehofer-Kabinett.

(Tobias Thalhammer (FDP): Instrumentalisieren Sie doch nicht den Herrn Dr. Weiß!)

Er ist seit einem Vierteljahrhundert CSU-Mitglied und stellvertretender Bezirksvorsitzender:

Statt zu regieren, drehen wir uns seither nach dem Wind, rufen ins Volk: "Sagt ihr uns halt, was wir denken sollen, damit ihr uns wieder wählt" und garnieren das Ganze mit Begriffen wie "Mitmach-Partei". Sobald wir Stimmungen im Volk gegen uns spüren, schwenken wir um.

Dr. Weiß führt weiter aus:

Das Lavieren wird regelrecht zur Kunstform erhoben. Man meint inzwischen, es geht gar nicht

mehr darum, Mehrheiten für irgendetwas Inhaltliches zu gewinnen. Die Mehrheit für die CSU ist für sich genommen Grund genug für Politik.

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat heute mit großem Gestus von einem Wertekompass gesprochen, von Verlässlichkeit und Beständigkeit. Das glaubt ihm noch nicht einmal mehr der Abgeordnete in den eigenen Reihen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist doch ein Fakt!

(Beifall bei der SPD)

Tatsächlich fällt es mittlerweile schwer, Themen zu identifizieren, bei denen der Ministerpräsident Kurs und Wort gehalten hätte. Er ist mit seinen politischen Verrenkungen mittlerweile bundesweit berühmt. Die beliebteste politische Turnübung des Ministerpräsidenten ist der Seehofer-Salto. Unter Experten gilt er mittlerweile als besonders schwindelerregende akrobatische Meisterleistung und Drehbewegung; denn sie entspricht nicht den physikalischen Gesetzmäßigkeiten. Das ist ein Salto, dessen Bewegungsablauf sowohl nach vorne als auch nach hinten, seitwärts, nach links und rechts und auch diagonal geht. Das ist eine halsbrecherische Übung, und die CSU hat mittlerweile dabei eine bestimmte Routine.

Hier nenne ich einige Beispiele, Pflicht und Kür, bunt gemischt, ohne Chronologie und Vollständigkeit, das heißt, auch ohne Bewertung von technischen Haltungsfehlern. Ich nenne die Top Zwölf der spektakulärsten Salti mortali des CSU-Chefs und Ministerpräsidenten Horst Seehofer, also desjenigen, der heute hier ernsthaft behaupten wollte, er habe alles umgesetzt und habe immer Wort gehalten.

Salto eins, mehr Netto vom Brutto: Versprochen haben Horst Seehofer und Schwarz-Gelb den Menschen im Land mehr Netto vom Brutto für alle.

(Thomas Hacker (FDP): Rentenversicherungsbeiträge werden zum 1. Januar gesenkt!)

Heraus kamen Zusatzbelastungen für die Mehrheit, unter anderem durch die Kopfpauschale.

(Zurufe von der CSU und der FDP)

Im Jahr 2011 - liebe FDP, da dürfen Sie auch gerne zuhören - musste die arbeitende Bevölkerung so viele Abgaben an Staat und Sozialkassen zahlen wie nie zuvor. Insgesamt zahlte ein Durchschnittsverdiener im vergangenen Jahr an Staat und Sozialkassen

9.943 Euro, damit knapp 600 Euro mehr als im Vorjahr. Das war der stärkste Anstieg seit 1995.

(Thomas Hacker (FDP): Weil die Gehälter steigen! - Zurufe von der CSU)

Dafür gab es einige sündhaft teure Steuergeschenke für die Hotellerie

(Zurufe von der FDP)

- da darf die FDP gerne wieder laut werden -, für schwerreiche Erben und für gewinnstarke Finanzinstitute. Mehr Netto vom Brutto – das war nach der Wahl so schnell vergessen, wie es vor der Wahl hastig und konzeptlos propagiert wurde. Der Netto-Purzelbaum: eine CSU-Wahlilüge par excellence.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Was soll das? – Weitere Zurufe von der CSU und der FDP)

- Es kommen noch elf Beispiele; ich kann es Ihnen nicht ersparen.

Beispiel zwei, die Atomkraft: Noch im Februar 2011 verlautbarte Horst Seehofer: Solange die Kernkraftwerke unsere hohen Sicherheitsstandards erfüllen und solange sie für unseren Energiemix unverzichtbar sind, werden wir sie am Netz lassen. Horst Seehofer hat als treibende Kraft dafür geworben, die Laufzeiten der Atomkraftwerke nicht, wie von Herrn Röttgen vorgeschlagen, um 8, 10 oder 12 Jahre zu verlängern, sondern sie unbegrenzt zu lassen. Er hatte damit die Maximalposition der Atomlobbyisten eingenommen, ohne irgendeine Kompromissbereitschaft zu zeigen. Die rot-grüne Energiewende sei ein Irrweg; das Licht werde ausgehen; mit Rot-Grün müssten die Menschen frieren; der Industriestandort Deutschland sei dem Untergang geweiht, intonierte der Ministerpräsident.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Gänzlich ungeniert übernahm er dann über Nacht all jene Argumente von Rot-Grün, die er selbst jahrzehntelang bekämpft hatte. Meine Damen und Herren, kein Wunder, dass wir mit dieser CSU bei der Energiewende noch nicht viel weiter sind. Seehofers Atomkraftüberschlag fand bisher noch keine Landung auf dem Boden einer echten Energiewende.

(Beifall bei der SPD)

Beispiel drei, gleich im Kontext, das Bayernwerk: Im Mai dieses Jahres stellte Herr Seehofer medienwirksam die Rückkehr zu einem eigenen staatlichen Energieversorger in Aussicht. Wenn die Berliner Koalition

nicht zu schnellen Lösungen komme, dann gründen wir ein Bayernwerk, sagte der CSU-Chef. Er bestätigte auch einer großen Tageszeitung, es würde eine Rückkehr zur Stromwirtschaft bedeuten, wie sie vor der Privatisierungspolitik von Stoiber Bestand hatte. Zwei Tage später – es dauerte gerade einmal 48 Stunden – kam die Korrektur per CSU-Pressemitteilung: Seehofers Vorschlag – Herr Strepp war damals noch im Amt – habe mit dem Bayernwerk alter Art nichts zu tun, das sei ein Missverständnis gewesen; der Freistaat solle nicht als Unternehmer tätig werden; vielmehr gehe es darum, die ganzen Player in einem modernen Bayernwerk zusammenzufassen; bis zum Herbst solle über die Gründung entschieden werden. Entschieden ist, wie wir wissen, bis heute gar nichts, allenfalls das Gegenteil ist der Fall. Seehofers Bayernwerk war zwar nur einer der üblichen Knallfrösche, aber das reichte immerhin für eine halbe Seite in einer großen Tageszeitung. Das eigentliche Ziel war erreicht, nämlich politische Dominanz durch schiere Medienpräsenz vorzutäuschen.

Beispiel vier, die Wehrpflicht: Noch wenige Tage vor der spektakulären Ankündigung von Verteidigungsminister zu Guttenberg, einen Parteitagsbeschluss der SPD aus einigen Jahren vorher umzusetzen – Aussetzung der Wehrpflicht aus Gerechtigkeitsgründen –, machte Herr Seehofer Front gegen alle Kritiker. Am 7. Juni 2010 hieß es: Wir sagen Ja zur Wehrpflicht; wir können nicht alle paar Monate unsere politischen Entscheidungen ändern.

(Lachen bei der SPD)

Sie können das nicht alle paar Monate, aber alle paar Tage.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Immerhin!)

Die Wehrpflicht sei ein Markenkern der CSU. Es dauerte tatsächlich nicht lange, bis die CSU markenentkernt von der Wehrpflicht Abschied nahm. Wenn es einen Grundsatz gibt, den Horst Seehofer befolgt, dann den, dass es im Grundsatz keinen Grundsatz gibt, wonach Grundsätze nicht grundsätzlich auch schon ins grundsätzliche Gegenteil zu verkehren wären: die Bundeswehr-Riesenfelge mit eingebauter CSU-Markenentkernung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Beispiel fünf:

(Zuruf von der CSU: Wie viele kommen denn noch?)

- Noch sieben, dann werde ich aufhören müssen, weil irgendwann meine Redezeit begrenzt wird.

(Thomas Hacker (FDP): Sind auch welche zum Landeshaushalt dabei?)

- Das Beispiel fünf, Länderfinanzausgleich.

(Thomas Hacker (FDP): Das ist okay, endlich!)

- Das gefällt Ihnen, Herr Hacker? – Dann darf ich das gerne ausführen.

(Georg Schmid (CSU): Das ist ein gutes Beispiel!)

Es war im Sommer 2001, als im Deutschen Bundestag der Bundestagsabgeordnete Horst Seehofer und seine Kollegen Gerda Hasselfeldt, Ramsauer, Aigner sowie die gesamte CSU-Landesgruppe den Länderfinanzausgleich mit ihrer Stimme in Gesetzesform gegossen haben. Der damalige CSU-Vorsitzende Stoiber hatte diesen Länderfinanzausgleich federführend ausgehandelt und ihn in einer eigens anberaumten Regierungserklärung im Landtag mit genauso großem Gestus wie Herr Seehofer heute als wegweisend für den Föderalismus und als gut für Bayern gefeiert.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Was damals die CSU selbst auf den Weg gebracht hat, wird heute als nicht verfassungskonform und als bayernfeindlich beschrieben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Eines ist klar: Bayern zahlt mit 3,7 Milliarden Euro deutlich zu viel in den Länderfinanzausgleich. Die CSU hat zum Nachteil der bayerischen Steuerzahler schlecht verhandelt. Die CSU hat eben nicht den Patriotismustest bestanden, sondern sie ist krachend durchgefallen.

(Beifall bei der SPD)

Die heutige Kehrtwende, die Klage gegen sich selbst, zeigt besonders eindrucksvoll das Versagen beim Aushandeln des Länderfinanzausgleichs, und das wird auch noch mit eindrucksvollen Zahlen untermauert. Die CSU bestätigt mit ihrem Protest gegen ihre eigene Politik schwarz auf weiß: Sie hat damals entgegen den Warnungen der Landtags-SPD die Interessen der bayerischen Steuerzahler auf dem Altar von Stoibers Kanzlerkandidatur geopfert, oder sie hat sich, wie bei der Landesbank und der Landesstiftung, schlicht als unfähig erwiesen, solide und weit-sichtig mit bayerischem Volksvermögen umzugehen, meine Damen und Herren.

Herr Ministerpräsident, eines darf ich auch noch sagen. Sie sagen, all jene, die sich der Klage nicht anschließen wollen, seien nicht patriotisch. Lesen Sie doch bitte mal die Studie, die das Land Baden-Württemberg in Auftrag gegeben hat. Professor Häde, übrigens jemand, der der Bundesregierung als Gutachter gut bekannt ist, sagt, die Klage könnte für Bayern total nach hinten losgehen; denn wenn die kommunalen Haushalte einbezogen werden – gegenwärtig werden sie das zu 64 % -, dann könnte Bayern am Ende nicht weniger in den Finanzausgleich einbezahlen, sondern mehr. Das wollen wir in jedem Fall verhindern, und ich denke, zumindest darin sind wir uns einig.

Beispiel sechs, Bayerns Beamte und der öffentliche Dienst: Wohl in keinem anderen Bereich gibt es so regelmäßige Leibesübungen in so kurzer Zeit. Pünktlich zum Wahltermin wird aus der 42-Stunden-Woche, wie sie einmal von der CSU beschlossen wurde, die 40-Stunden-Woche. In Bayern gab es im Jahr 2011 eine Nullrunde, in einem Jahr, in dem in 14 anderen Bundesländern die Bezüge angepasst worden waren. Ausgerechnet jetzt, im Wahljahr 2013, gibt es wie in allen anderen Wahljahren zuvor für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst so viele Beförderungen wie in all den Jahren zuvor niemals. Erst groß neue Stellen ankündigen, dann eine zwölfmonatige Wiederbesetzungssperre; erst das neue Dienstrecht mit großem Tamtam verabschieden, dann das zentrale Element dieser Dienstrechtsreform, die Vergabe von Leistungsbezügen, aussetzen; erst Wegstreckenentschädigung anpassen, kurz danach wieder kassieren. Dieser CSU-Dauerkreisel ist für die bayerischen Beamten eine Zumutung. Verlässlichkeit und Kontinuität sehen anders aus, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Beispiel sieben, der Donauausbau: 30 Jahre lang hatte die CSU die Donauausbaugesegner als naturromantische Wirklichkeitsverweigerer beschimpft. Herr Seehofer hatte sich wiederholt mit großer Entschlossenheit für die Staustufenvariante C 280 ausgesprochen. In der "Mittelbayerischen Zeitung" vom 3. November 2009 steht – ich zitiere wörtlich:

Ich bin dezidiert für den Donauausbau in der Variante C 280, der Lösung mit der Staustufe.

Herr Seehofer sagte damals mit großer Geste, er stehe ohne Wenn und Aber hinter der CSU-Linie, einen schleichenden Abschied von den Ausbauplänen werde es mit ihm nicht geben. Das hatte er damals die bayerische Öffentlichkeit wissen lassen. Herr Ministerpräsident, davon, dass die vielen Schutz- und Auwaldgebiete an der frei fließenden Donau vielen



Zugvogelarten als Ruheplätze für die jährlichen Wanderungen im Frühjahr und im Herbst dienen, konnten Sie sich gestern persönlich überzeugen. Wir fordern Sie deshalb heute auf, den Bundestagsbeschluss zum sanften und staustufenfreien Donausausbau mit flussbaulichen und naturverträglichen Maßnahmen aus dem Jahr 2002 zum Wohle Bayerns nicht weiter zu blockieren.

(Beifall bei der SPD)

Es wird an dieser Stelle Zeit für einen weiteren Seehofer-Salto. Nehmen Sie Anlauf, holen Sie Schwung; SPD, GRÜNE und FREIE WÄHLER sind Ihnen gerne beim Überschlag behilflich.

Beispiel acht, die Studiengebühren:

(Volkmar Halbleib (SPD): Das sind drei Beispiele in einem!)

Im Grundsatzprogramm der CSU ist auf Seite 94 ein klares strategisches Bekenntnis zu dauerhaften Studienbeiträgen, unabhängig von der Entwicklung des Staatshaushalts, festgeschrieben. Eine solche Leibesübung, das Grundsatzprogramm zu ändern, bedarf normalerweise – wir wissen es alle – ganz besonderer Anstrengungen. Nicht so ist es bei Herrn Seehofer und der CSU. Die CSU-Fraktion wirft das eigene Grundsatzprogramm aus dem Jahr 2007, das eigentlich ein Vierteljahrhundert halten sollte, mir nichts, dir nichts über den Haufen, aber nicht etwa unter Beteiligung der Mitglieder – die Mitmachpartei! – und auch nicht aufgrund eines Parteitagbeschlusses, sondern nur deswegen, weil der Vorsitzende gerade einmal ein Machtwort gesprochen hat. Auch da zitiere ich gerne wieder Bernd Weiß, langjähriges CSU-Mitglied und Staatssekretär a. D. - -

(Georg Schmid (CSU): Sonst fällt euch keiner ein! - Thomas Hacker (FDP): Zitieren Sie doch einmal Landrat Adam!)

Es ist einfach so schön, und ich freue mich über die Zwischenrufe, weil ich merke, dass ich bei Ihnen Emotionen auslöse, das muss in einer Debatte auch so sein. Ich zitiere:

Bei Seehofer gibt es gar keine Linie. Heute so, morgen so. Das ist wie ein schwerfälliger Sattelzug, wo einer vorne am Führerbock das Lenkrad hin- und herreißt und der Anhänger hinten ausbricht, herumschlingert, sich aufschaukelt.

(Dr. Otto Bertermann (FDP): Aber fahren kann er trotzdem! - Thomas Hacker (FDP): Hauptsache, es geht nach vorne!)

Der Ministerpräsident beteuert in den Medien mit Blick auf die Studiengebühren, es gehe ihm um das soziale Bayern, was nichts anderes heißt, als dass die CSU in den letzten Jahren eine unsoziale Politik zulasten vieler junger Talente in Bayern gemacht hat. Die CSU hat viele Studierwillige und Studierfähige auf der Strecke gelassen. Die CSU hat viele junge Menschen im Stich gelassen, die gerne studiert hätten, denen aber die Kostenbarriere, die die CSU aufgebaut hatte, schlichtweg zu hoch war. Noch weiß in Bayern an den Hochschulen niemand, ob man dem Ganzen trauen kann.

(Thomas Hacker (FDP): Ein Drittel ist befreit!)

Egal, ob Hochschulstudent oder Hochschulprofessor, es gibt niemand an den Hochschulen, der über das schwarz-gelbe Chaos derzeit nicht den Kopf schüttelt. Wir wissen nicht, wohin der Zug rollt. Eines ist klar: Wie auch immer das Volksbegehren ausgeht, eine SPD-geführte Bayerische Staatsregierung mit Christian Ude wird innerhalb der ersten hundert Tage die schwarz-gelbe Uni-Maut abschaffen und die Kosten aus dem Staatshaushalt vollständig kompensieren.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Das wird frühestens 2092 der Fall sein! Warten wir einmal!)

Beispiel neun. Herr Hacker, hören Sie zu, es betrifft indirekt auch die FDP.

(Thomas Hacker (FDP): Zur Landespolitik!)

Das betrifft in erheblichem Maße auch das Land Bayern. Ich meine den Euro und die Europapolitik. Hier macht die CSU mit Dobrindt und Söder auf der einen Seite, die Griechenland aus der Eurozone heraushaben wollen, und Hasselfeldt und Ferber auf der anderen Seite, die Griechenland retten wollen, einen schmerzhaften Dauerspagnet. Politisch formuliert heißt das: Die CSU ist richtungslos und nicht handlungsfähig. Peter Gauweiler bezeichnete die roten Linien von Herrn Seehofer als Wanderdüne, aber Herr Seehofer weigert sich, im Bayerischen Landtag Rechenschaft abzulegen. Trotz wiederholter Aufforderung ist er nicht bereit, eine Regierungserklärung zur bayerischen Europapolitik abzugeben. Er bleibt die Erklärung schuldig, ob er sich die Einlassungen seines Finanzministers zu eigen macht, an den Griechen sei ein Exempel zu statuieren. Herr Ministerpräsident, es würde uns interessieren, ob Sie sich dafür gestern bei Herrn Samaras entschuldigt haben und ob dies auch ein Thema war.

Die Folgen für das exportorientierte Bayern sollte der Ministerpräsident mit Blick auf die konjunkturelle Entwicklung und die Arbeitslosigkeit ebenso darstellen

wie den Ansteckungseffekt für andere Euroländer. Der Ministerpräsident ist eigentlich in der Pflicht, die unmittelbaren Kosten für deutsche und bayerische Steuerzahler vollumfänglich zu beziffern, die mit einem Austritt Griechenlands aus der Eurozone verbunden wären, wie es aus seinen eigenen Reihen immer wieder gefordert wird. Noch nicht einmal seine eigene Europaministerin kann ihn bei dieser Debatte noch vertreten, denn Emilia Müller wurde von den eigenen Leuten in der Oberpfalz dermaßen abgestraft, dass sie allenfalls noch eine Ministerin auf Abruf ist.

Beispiel zehn, die zweite Stammstrecke: Fünfzehn Jahre lang war klar, dass Bund und Freistaat in der Finanzierungsverantwortung stehen. Im engen zeitlichen Zusammenhang mit der Spitzenkandidatur von Christian Ude kam acht Wochen nach deren Ankündigung in der Staatskanzlei ganz plötzlich die Idee auf, die Münchner Bürgerschaft solle entgegen allen gesetzlichen Regelungen für die klammen Finanzen von Schwarz-Gelb im Bund und im Land bezahlen müssen. Der Ministerpräsident hatte zulasten der Pendler die zweite Tunnelröhre bereits im Frühjahr dieses Jahres im Alleingang per öffentliche Verlautbarung gegenüber den Medien beerdigt und für tot erklärt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ein Begräbnis erster Klasse war das!)

Wir haben es auch den CSU-Abgeordneten hier im Hohen Haus zu verdanken – Herr Bocklet, vielen Dank dafür –, dass dem Ministerpräsidenten das Heft des Handelns aus der Hand genommen wurde. Dafür war es höchste Zeit, denn Seehofer's Spielereien mit diesem großen Projekt waren absolut unverantwortlich. Deshalb haben wir heute nicht wegen, sondern trotz dieses Ministerpräsidenten eine Perspektive, das Projekt der zweiten Stammstrecke in München endlich zu verwirklichen.

(Beifall bei der SPD)

Beispiel elf, das Amerika-Haus: Zwei Jahre lang hatte die Staatsregierung die Kulturinstitution in München aus allen Rohren beschossen. Jetzt schlägt der Ministerpräsident überraschend seinen Purzelbaum. Das Ergebnis: Gleich drei Institutionen sind beschädigt, das Amerika-Haus, die Acatech und die Staatliche Lotterieverwaltung. Kein Problem ist gelöst, sondern ein Chaos sondergleichen ist ausgelöst.

Beispiel zwölf – und damit komme ich zum eigentlichen Thema, nämlich zum Haushalt und zu Bayerns Staatsverschuldung. Auch hier waren die Positionen von Horst Seehofer vielfältigst, Herr Schmid. Zunächst lieferte er sich mit dem Bayerischen Obersten Rechnungshof ein Rededuell über die Medien und sagte, es sei nicht hinnehmbar, dass der ORH eine

höhere Entschuldung einfordere. Er als Ministerpräsident lasse sich nicht dreinreden, so der Tenor, wann, ob und wie seine Regierung Schulden auf- oder abbaue. Kurze Zeit später kam auch zur Überraschung seiner eigenen Fraktion der erste rhetorische Salto vorwärts. Bayern solle, möge oder dürfe sich bis 2030 entschulden. Herr Seehofer ist dann 81 Jahre alt. Ein Entschuldungsgesetz mit festgelegten Tilgungsraten müsse erlassen werden. Ein solches Gesetz werde Finanzminister Söder noch im Herbst 2012 im Bayerischen Landtag vorlegen. Sogleich folgt der kalkulierte Salto rückwärts. Die Überschrift ist gesetzt, das Mediengetöse ist gelungen, und damit ist die Regierungsarbeit schon getan. Das Entschuldungsgesetz kommt natürlich nicht.

(Thomas Hacker (FDP): Wir werden es am Donnerstag beschließen!)

Der angebliche Plan ist im Kern genauso schnell wieder verworfen, wie er entworfen wurde. Er ist also hinfällig.

Schauen wir uns den aktuellen Haushalt an. Die tatsächlichen Tilgungen, die nun im Doppelhaushalt vorgenommen werden, sind bei Weitem nicht mehr so üppig, wie es bei der Klausurtagung der CSU großspurig angekündigt wurde. Wie es vonstatten geht, ist auch bemerkenswert: Die Versorgungsrücklage und der Versorgungsfonds werden abgeschafft. Der bayerische Pensionsfonds wird eingeführt. In den werden jährlich aber nur noch 100 Millionen eingezahlt. Das ist etwa so, wie wenn man zwei große Festgeldkonten mit Zuwachssparen abschafft und sie durch ein klitzekleines Sparschwein ersetzt, das man auch noch zu jeder Zeit mit dem Hammer zertrümmern kann. Bis Ende 2014 beträgt die Minderzuführung gegenüber der alten Rechtslage mindestens eine Milliarde Euro.

(Zuruf von der SPD: Trickserie!)

Das ist die Milliarde. Hemmungslos bedienen Sie sich an Opa Edmunds Sparschwein. Künftige Generationen werden diese Politik zu bezahlen haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn der Ministerpräsident heute von Zukunftsvorsorge und Generationengerechtigkeit spricht, ist das vor dem Hintergrund der nackten Fakten geradezu zynisch. Diese Regierung plündert die Rücklagen in einem Ausmaß, dass es einem geradezu die Sprache verschlägt. Wir Sozialdemokraten hatten im Übrigen auch einen kommunalen Entschuldungsfonds gefordert. Die Kommunen werden bei der Schuldentilgung aber nicht mitgenommen, obwohl sie innerhalb der staatlichen Organisation Teil der Länder sind. Wenn

der kommunale Schuldenanteil 28,9 % beträgt, wäre es nur recht und billig, kommunale Schulden in eben dieser Höhe zu tilgen. Dem haben Sie sich jedoch verweigert.

(Beifall bei der SPD)

Ungeachtet der Seehoferschen Überschriftenproduktionen bleiben die harten Fakten. Richtig ist: Dieser Ministerpräsident steht für Schuldenaufbau, nicht für Schuldenabbau.

(Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Keine andere Staatsregierung in der Geschichte des Freistaats Bayern seit 1945, Herr Kollege Schmid, hat in so kurzer Zeit so hohe Schulden aufnehmen müssen wie die Regierung von Horst Seehofer. Durch das Versagen der CSU bei der Landesbankaufsicht ist die Verschuldung des Freistaats um sage und schreibe 44 % gestiegen.

(Beifall bei der SPD)

Richtig ist: Insgesamt mussten 10 Milliarden Euro an neuen Kreditmarktschulden aufgenommen werden, um einen Zusammenbruch der BayernLB zu verhindern. 833 Euro an neuen Verbindlichkeiten bedeutete das für jeden Bayern, pro Kopf und auf einen Schlag, vom Kleinkind bis zum Senior. Allein im Jahr 2009 hat Bayern 8,5 Milliarden Euro an neuen Schulden aufnehmen müssen. Allein in diesem Jahr hat Bayern ein Drittel der Schulden aller Bundesländer in der Bundesrepublik aufgenommen. Das ist ein Schuldenrekord, den weder Franz Josef Strauß noch Edmund Stoiber erreicht haben. Damit kam es rein rechnerisch in jedem Haushaltsjahr von 2006 bis 2012 zu einer Neuverschuldung von mehr als 1,2 Milliarden Euro, selbst wenn die jüngsten Tilgungen eingerechnet werden.

Richtig ist also auch: Alleine an Zinsen fallen für das Landesbank-Desaster jeden Tag knapp eine Million Euro an. Die CSU-Schuldenuhr zeigt heute unter Berücksichtigung der angefallenen Zinsen 1,057 Milliarden Euro an.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie läuft weiter!)

- Die Schuldenuhr läuft weiter. Sie tickt Minute für Minute, Sekunde für Sekunde.

(Thomas Hacker (FDP): 2012 1 Milliarde, 2013 520 Millionen, 2014 540 Millionen!)

Und damit ist es nicht genug. Die Staatsregierung hat entgegen ihrer selbstgefälligen Darstellungen keinen Tilgungsplan für die Landesbankschulden. Das Ge-

genteil ist der Fall. Der Oberste Rechnungshof hat in seinem Bericht deutlich gemacht: Es gibt erhebliche Milliardenrisiken für den Steuerzahler durch den massenhaften Ausfall von Schrottpapieren. Das Ende der Fahnenstange ist im Fall der Landesbank noch nicht erreicht. Ab 2014 wird der Steuerzahler über die Bürgschaften und Garantien mit 1,6 Milliarden Euro erneut in Anspruch genommen.

Heute erreicht uns eine weitere Meldung. Sie ist vor wenigen Minuten über den Ticker gelaufen. Das Drama um die Hypo Group Alpe Adria könnte in eine neue Runde gehen. Die Republik Österreich will den Kauf der Skandalbank möglicherweise rückgängig machen. Das berichtet die dpa. Die Finanzprokuratur habe eine entsprechende Klage gegen die BayernLB auf Rückabwicklung des Kaufs wegen Irrtums oder arglistiger Täuschung vorbereitet. Wer will da ernsthaft davon sprechen, dass alle Landesbankprobleme mittlerweile gelöst seien, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der SPD: Die CSU-Verwaltungsräte haben von all dem nichts gemerkt!)

Die Landesbank bringt uns nicht etwa in absehbarer Zeit Erlöse, sondern sie verursacht weitere Kosten. Sie steht für die Steuerzahler nicht auf der Haben-, sondern auf der Sollseite. Meine Damen und Herren, es gäbe wohl noch eine Reihe von Beispielen für Seehofersche Kehrtwenden, aber ich wollte bei einem Dutzend aufhören, obwohl mir noch mindestens ein weiteres Dutzend eingefallen wäre.

Atemberaubend ist es allerdings, wenn dieser Ministerpräsident heute im Hohen Hause verkündet, er habe in jedem Punkt Wort gehalten. Wer so oft seine Prinzipien verändert, sollte nicht über moralische Maßstäbe oder über eine wertgebundene Politik sprechen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Gestatten Sie mir in der letzten Viertelstunde eine kurze Bemerkung dazu, welche Themen der Ministerpräsident heute nur angerissen oder gänzlich ausgespart hat. Ich finde es gänzlich unzureichend, Herr Ministerpräsident, dass Sie den demografischen Wandel mit schönen Worten weggewischt haben: Bayern sei eines der großartigsten und wirtschaftlich erfolgreichsten Länder der Welt. Natürlich sind wir wirtschaftlich erfolgreich. Wer wollte das infrage stellen?

(Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Aber die Zahlen des Innenministers aus der vergangenen Woche beschreiben Bayern als Land der Ge-

gensätze. Das, was Sie als wohlhabendste Region der Welt beschrieben haben, wird ganz differenziert dargestellt durch das, was der Innenminister letzte Woche in einer Pressekonferenz dekretiert hat. Es gibt nämlich auch eine Kehrseite der Medaille, die Sie heute nicht beleuchtet haben: Ein dramatischer Bevölkerungsschwund in manchen Landstrichen steht einem immensen Wachstum von Einwohnerzahlen an anderer Stelle gegenüber. Das bedeutet: Schulsterben versus notwendigen Schulneubau, leer stehende Kindergärten versus zu wenig Infrastruktur für die Kinderbetreuung, Wohnungsleerstand versus Mietenexplosion. Der Freistaat befindet sich ganz gewiss nicht im Gleichgewicht. Die Staatsregierung hat regionale Strukturpolitik jahrzehntelang vernachlässigt und damit die Entwicklung der regionalen Ungleichheiten beschleunigt statt gebremst. Bayerns CSU-Zentralstaat hat Leuchtturmpolitik betrieben und das Ziel gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen aus den Augen verloren. Dabei hat die CSU so ein schlechtes Gewissen, dass jetzt sogar die Verfassung geändert werden muss – wir unterstützen dies und hatten dies gefordert –, damit die Unzulänglichkeiten der letzten Jahre nicht allzu deutlich werden.

(Thomas Hacker (FDP): Wird das jetzt kritisiert oder gelobt? - Alexander König (CSU): Das ist von den Realitäten Lichtjahre entfernt!)

Meine Damen und Herren, soziale Gerechtigkeit und ökonomischer Fortschritt haben auch eine räumliche Dimension. Als SPD haben wir deshalb auch in dieser Legislaturperiode eine Reihe von Vorschlägen für ein Land im Gleichgewicht eingebracht. Eine zielgerichtete Strukturpolitik für junge Menschen und Familien als Antwort auf das deutliche Geburtendefizit außerhalb der Ballungsräume setzt zum Beispiel auf eine bessere Finanzausstattung der bayerischen Kommunen durch die Staatsregierung. Aus unserer Sicht bedarf es einer deutlichen Erhöhung des Anteils der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund durch eine schrittweise Anhebung der Verbundquote auf 15 %. Es bedarf einer gezielten regionalen Wirtschaftsförderung und guter Arbeit für die Menschen statt einseitiger Förderung von Leuchttürmen und Prestigeprojekten der Staatsregierung. Es bedarf der Städtebauförderung und der Dorferneuerung, nicht der Kürzung entsprechender Programme durch Bundesbauminister Ramsauer, CSU.

(Beifall bei der SPD)

Immerhin: Die SPD hat bei der bayerischen Städtebauförderung den Bewilligungsrahmen um jeweils 19 Millionen Euro erhöhen wollen. Beschlossen wurde

ein Betrag von 10 Millionen Euro. Das ist gut für die Kommunen und gut für die Bürger.

Ein weiteres Thema hat der Ministerpräsident nur gestreift: die Kinderbetreuungssituation in Bayern. Er hat sie schönegeredet. Bayern hinkt hier im Vergleich der Bundesländer weiter hinterher, wie uns die vor wenigen Tagen veröffentlichten Zahlen des Statistischen Bundesamts gezeigt haben. Der Freistaat liegt mit einer Betreuungsquote von nur 23 % im Bundesländer-Ranking lediglich auf einem enttäuschenden 12. Platz in der Statistik über die Betreuung von Kindern unter drei Jahren. Die bundesweit niedrigsten Betreuungsquoten weisen zum Stichtag 1. März 2012 die kreisfreie Stadt Amberg und der Landkreis Berchtesgadener Land auf. Unter den bundesweiten Top Ten der auf den hinteren Plätzen bei der Kinderbetreuung liegenden Kommunen liegen auch die bayerischen Städte Straubing und Kaufbeuren. Das ist das Ergebnis einer gesellschaftspolitisch rückwärtsgewandten Politik; denn Sie haben jahrelang verhindert, dass wir die Infrastruktur der Kinderbetreuung in Bayern ausbauen.

(Beifall bei der SPD)

Eltern müssen sich darauf verlassen können, einen Betreuungsplatz für ihr Kind zu bekommen. Wir brauchen eine Verbesserung der Infrastruktur der Kinderbetreuung und kein Betreuungsgeld als Prämie zur Fernhaltung von Bildungschancen.

(Beifall bei der SPD)

Statt teure Prämien für die Nichtinanspruchnahme von öffentlichen Infrastrukturleistungen mit Fehlanreizen auszuloben, müssen wir der Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen unbedingte Priorität einräumen und die Mittel hierfür gezielt einsetzen. Übrigens können wir Sozialdemokraten das besonders gut.

(Lachen bei der CSU)

Das hat uns sogar Frau Ministerin Haderthauer bestätigt. Ich wollte von Frau Ministerin Haderthauer wissen, wie es um die Quote der Betreuung von Ein- bis Dreijährigen in Bayern steht, und siehe da: Entgegen Ihren Ausführungen, Herr Ministerpräsident, liegt München mit 54 % unter den bayerischen Städten nach Frau Haderthauers Zahlen auf einem sehr guten dritten Rang hinter den sozialdemokratisch regierten Städten Coburg – Oberbürgermeister Norbert Kastner – und Passau – Oberbürgermeister Jürgen Dupper. Gold, Silber und Bronze unter den 25 kreisfreien Städten gehen an die SPD.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Harald Güller (SPD): Lügen haben kurze Beine, Herr Ministerpräsident!)

Allein die bayerische Landeshauptstadt stellt mit 14.729 Kinderkrippenplätzen knapp die Hälfte – 52 % – aller bayerischen Kinderkrippenplätze zur Verfügung.

(Beifall bei der SPD)

Das ist spitze.

(Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Herr Schmid fragt mich, wie es denn bei den Landkreisen aussieht. Er weiß, dass die SPD nur zehn Landräte in Bayern stellt. Man könnte vermuten, dass die Sozialdemokratie im Ranking keine große Rolle spielt. Doch nach Frau Haderthauers Zahlen schneiden die Sozialdemokraten im gesamt-bayerischen Vergleich besonders gut ab. Die SPD führt auch hier mit dem Landkreis Coburg – 65 % – mit Landrat Michael Busch vor dem Landkreis München mit Landrätin Johanna Rumschöttel und dem Landkreis Erlangen-Höchstadt – 55 % – mit Landrat Eberhard Irlinger. Auch hier: Gold, Silber und Bronze für die SPD.

(Beifall bei der SPD)

Vom Ministerpräsidenten gab es heute kein Wort zum Arbeitsmarkt, zur prekären Beschäftigung und dazu, dass die Schere zwischen Arm und Reich auch in Bayern weiter auseinandergegangen ist. Richtig ist: Wir haben in Bayern im Vergleich zu anderen Bundesländern eine niedrige Arbeitslosenquote – den Konjunkturpaketen von Steinbrück und Steinmeier und dem Kurzarbeitergeld von Olaf Scholz sei Dank. Deshalb sind wir so gut durch die Krise gekommen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sagen aber auch: Von einer Renaissance der sozialen Marktwirtschaft, die der Ministerpräsident mit dieser Bayerischen Staatsregierung herbeigeführt haben will, kann doch keine Rede sein. Im europäischen Maßstab fallen Haftung und Risiko immer noch auseinander. Die FDP weigert sich immer noch, die Finanztransaktionssteuer einzuführen. Mit der Hypo Real Estate haben wir im eigenen Land ein gutes Beispiel für eine Bank, die mit 100 Milliarden Euro gerettet werden musste.

(Dr. Otto Bertermann (FDP): Und die WestLB?)

Herr Kollege, wir haben im Freistaat Bayern einen Arbeitsmarkt der zwei Geschwindigkeiten. Auf der einen Seite suchen die Unternehmen händeringend nach

qualifiziertem Fachpersonal, auf der anderen Seite wird der Niedriglohnsektor permanent ausgeweitet. Die Kluft zwischen hohen Einkommen und Niedriglöhnen wird immer größer. Sozial ist nicht das – so haben Sie es wieder formuliert –, was Arbeit schafft. Es geht um faire Löhne und gute Arbeit, damit die Menschen von ihrer eigenen Hände Arbeit leben können und nicht am Ende des Monats zum Amt gehen müssen, um sich Stütze abzuholen.

(Beifall bei der SPD)

Jeder dritte Arbeitsplatz in Bayern, der neu entstanden ist, ist in Ihrer Regierungszeit, Herr Ministerpräsident, in der Leih- und Zeitarbeit entstanden. Mittlerweile haben wir mehr als 200.000 Leiharbeiterinnen und -arbeiter. Das sind mehr als vor der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die SPD wird sich deshalb im Bund mit Blick auf die Leiharbeit für die Durchsetzung des Prinzips "Equal Pay – Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" einsetzen.

(Beifall bei der SPD)

In Regierungsverantwortung in Bayern werden wir ein Tariftreue- und Vergabegesetz mit einem Mindestlohn von 8,50 Euro auf den Weg bringen, wie es in den meisten Bundesländern bereits existiert. Wir sagen: Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge darf es keine Förderung von Dumpinglöhnen geben, die durch Sozialleistungen aufgestockt werden müssen. Die öffentliche Hand muss neben dem eigentlichen Vergabeauftrag eine zusätzliche Lohnsubvention hinterherschließen.

Sie haben heute kein Wort dazu gesagt, wie Sie in Bayern für mehr Bildungsfortschritt und Gerechtigkeit sorgen wollen. In Bayern hat ein Kind aus einer Arbeiterfamilie eine immer noch siebenfach geringere Chance, das Abitur zu machen, als ein Kind aus einer Akademikerfamilie. Im Umland der Verdichtungsräume geht laut aktuellem Bildungsbericht des Kultusministers fasst die Hälfte der Grundschul Kinder aufs Gymnasium. In den ländlichen Teilräumen mit besonderem Entwicklungsbedarf ist es nicht einmal jedes dritte Kind. Die mangelhafte Infrastrukturplanung der Staatsregierung trägt dazu bei, dass in Bayern ganze Regionen abgehängt werden. Bildungschancen dürfen eben nicht vom Geldbeutel, von der Herkunft oder vom Wohnort der Eltern abhängen.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Wo sind diese Regionen?)

Der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband hat prognostiziert, dass bis zum Jahr 2030 mehr als die Hälfte der noch bestehenden Haupt- und Mittelschuls-

tandorte wegbrechen werden – von wegen kurze Beine, kurze Wege. Für viele Schülerinnen und Schüler in Bayern ist eine Anfahrt von 60 bis 70 Minuten und eine Abfahrt von 60 bis 70 Minuten Alltag. Die SPD wird das Schulsterben zu bremsen wissen, indem wir – hören Sie zu – die Schüler wie in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg unter einem Dach unterrichten.

(Beifall bei der SPD)

Die Gemeinschaftsschule, in der alle Schulabschlüsse angeboten werden, das längere gemeinsame Lernen, die Erhaltung von Schulstandorten, mehr Chancen für die Kinder sowie moderne Konzepte und Ganztags-schulangebote werden wir dort einführen und ermöglichen, wo Kommune und Schulfamilie dies beantragen. Wir werden mehr Eigenverantwortung in die Schule verlagern und nicht alles durch die Schablone des Münchner Kultusministeriums pressen. Wir werden den Druck aus den Familien nehmen und auch in Bayern ein Gymnasium der zwei Geschwindigkeiten einführen. Die Familien können wählen, ob das Abitur in acht oder neun Jahren absolviert werden soll.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden endlich für eine vernünftige Ganztagsunterrichtsversorgung eintreten. Dort ist Bayern im Bundesländervergleich Schlusslicht. Nur knapp fünf Prozent der Schülerinnen und Schüler in Bayern kommen in den Genuss von Ganztagsschulunterricht.

Meine Damen und Herren, am Ende der Legislaturperiode ist unverkennbar – das ist auch heute deutlich geworden –, dass die CSU auf die Vergesslichkeit der Wähler setzt. Mit einem Haushalt des "Schwamm drüber" holen Sie jetzt nach, was Sie jahrelang versäumt haben. Jetzt werden Trostpflasterchen geklebt und weiße Salbe verabreicht: Dort ein paar Milliönchen, hier eine kleine Überweisung, da ein Geschenkchen zur rechten Zeit. Schwarz-Gelb will sich mit Scheckbuch-Politik reinsten Wassers in die nächste Legislaturperiode retten. Nun rächt es sich, dass diese Regierung viele Jahre nicht mit politischem Gestalten beschäftigt war, wie Dr. Weiß es beschrieben hat, sondern mit sich selbst: Politisches Heckmeck, Zank und Streit, Neid und Eifersucht.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Heckner (CSU))

Erst vor wenigen Wochen haben die Schwarzen und die Gelben gedroht, dass die Gemeinsamkeiten aufgebraucht seien und das Vertrauen verspielt sei. Man brauche dringend Neuwahlen. Meine Damen und Herren, die Luft ist raus. Der Regierung Seehofer geht es nicht ums Gestalten. Dieser Regierung geht es nur ums Machthaben. Deshalb waren die Einlassungen

des Ministerpräsidenten heute nichts anderes als rednerisches Blendwerk und politische Gaukelkunst.

(Harald Güller (SPD): So ist es! - Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in einem hat der Ministerpräsident recht:

(Georg Schmid (CSU): Na immerhin!)

Die Menschen in Bayern lieben ihr Land. Sie lieben ihr Land mehr, als man es anderswo tut. Deshalb wünschen sich die Menschen in Bayern einen Ministerpräsidenten mit festem Standpunkt und klaren Prinzipien.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen in Bayern lieben ihr Land mehr, als man es anderswo tut. Deshalb wünschen sie sich eine Regierung, die sich beim Wort nehmen lässt. Sie wünschen sich eine Regierung, die Herausforderungen erkennt, benennt und anpackt. Deshalb hat Bayern eine bessere Regierung verdient, eine, die für ihre Ziele einsteht und die Menschen mit auf den Weg nimmt.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD - Alexander König (CSU): Ihre Rede ist Lichtjahre von der Realität entfernt!)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Ich erteile Herrn Kollegen Schmid für die CSU-Fraktion das Wort.

**Georg Schmid (CSU):** Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Rinderspacher, die Alpen haben weder wir noch Sie aufgeschüttet. Eines kann ich Ihnen sagen: Bayern hat sich in den letzten 50 Jahren am besten von allen Ländern in dieser Republik entwickelt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Aber nicht in den letzten vier Jahren!)

Bayern hat sich in den letzten 50 Jahren von einem Agrarland zu einem Hightech-Land entwickelt. Dazu haben die fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mutigen Unternehmer, aber auch eine kluge, vernünftige, wegweisende und zukunftsorientierte Politik in der Verantwortung der Christlich-Sozialen Union und in den letzten vier Jahren zusammen mit der FDP beigetragen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist sicher.

Ich kann Ihnen sagen: Mit den Vorstellungen, die Sie heute vorgetragen haben, Herr Rinderspacher, können Sie dieses Land niemals führen. Die Bürgerinnen und Bürger werden Ihnen Bayern niemals anvertrauen; da können Sie sicher sein, Herr Rinderspacher.

(Beifall bei der CSU und der FDP – Zurufe von der SPD)

- Ich habe die 43 Minuten, die Ihre Rede gedauert hat, genau zugehört. Sie haben nicht einen einzigen Satz zu Ihren Vorstellungen von Bayern gesagt. Sie haben wie 2011 – das sollten Sie im Protokoll nachlesen – nicht ein einziges Wort dazu gesagt, wie Sie dieses Land regieren wollen. Lieber Kollege Rinderspacher, Sie haben keinen einzigen positiven Vorschlag gemacht. Das, was Sie hier geboten haben, ist konzeptionslos, ideenlos, visionslos, verantwortungslos, hilflos, hilflos!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich sage Ihnen noch etwas. Auch bei Ihrem Spitzenkandidaten hat sich nichts geändert. Deswegen sind Sie weiterhin bei 20 %, und dort werden Sie bleiben, Herr Rinderspacher.

Sie haben heute den Kollegen Weiß zitiert. Ich möchte einen anderen Kommunalpolitiker aus Ihren Reihen zitieren. Der hat relativ sauber beschrieben, wie Ihre Wahlchancen sind. Ihr Hoffnungsträger – so wird er bezeichnet -: Nur Speichellecker und Jasager sind in der SPD-Zentrale erwünscht. "Christian Ude" – das sagt er, nicht wir – "tut mir wirklich leid; mit diesem Ballast gewinnt er die Wahl nie". Der Adam hat nicht immer recht, aber an der Stelle hat er recht - ganz sicher.

(Beifall bei der CSU)

Ihre Rede wird niemals eine Regierungserklärung werden. Darauf können Sie sich bei den 20 % verlassen.

Herr Rinderspacher, wir wollen nicht dahin kommen, wohin die SPD andere Länder in Deutschland gebracht hat. Das wollen wir Bayern ersparen. Überall, wo die SPD schon einmal Verantwortung getragen hat oder trägt, hat sie gezeigt, dass sie nicht regieren kann. Ich nenne dafür ein paar Beispiele. Ich brauche übrigens nicht zwölf Beispiele anzuführen, mir reichen ganz wenige.

Nordrhein-Westfalen: Steinbrück war Minister und drei Jahre Ministerpräsident. Seine Bilanz - er will jetzt Bundeskanzler werden – sieht so aus: 1,1 Millionen Arbeitslose, 110 Milliarden Euro Schulden, 5 Millionen

Stunden Unterrichtsausfall. Steinbrück ist kein Macher, sondern ein Schuldenmacher.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Und der will jetzt Bundeskanzler werden. In den Jahren von 1998 bis 2005 hat er 32 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen. Sie haben, Herr Kollege Rinderspacher, gerade über Schulden geredet. Der genannte Betrag ist mehr, als der gesamte Freistaat Bayern in 60 Jahren an Schulden aufgenommen hat. So sieht SPD-Politik aus. Glauben Sie, dass Verantwortung für ein Land so aussieht?

(Zurufe von der SPD)

- Herr Halbleib, hören Sie doch einmal zu. Auch ich habe zugehört. Verdammt noch mal! Ja, ein bisschen Kultur brauchen wir im Parlament schon. Ich habe Ihnen zugehört, und da sollten Sie auch mir zuhören.

(Beifall bei der CSU)

Nordrhein-Westfalen hat insgesamt nicht nur 160 Milliarden Euro Schulden, sondern in den besten Tagen, nämlich in diesem Jahr, hat Ministerpräsidentin Kraft noch einmal 4,7 Milliarden Euro an Schulden aufgenommen. Es ist finanzpolitischer Irrsinn, wenn man in den besten Jahren noch einmal zur Bank geht, um mehr als viereinhalb Milliarden Euro auszuleihen. Das ist politischer Irrsinn!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich habe ein bisschen den Eindruck – Herr Ministerpräsident, ich weiß nicht, ob Sie den Eindruck teilen können -: Die Schuldenbremse wird in Nordrhein-Westfalen offensichtlich gar nicht mehr beachtet, obwohl sie auch dort gilt. Ich habe ein bisschen auch den Eindruck, dass man sich dem Gedanken hingibt: Wir können bedenkenlos Schulden machen; eines Tages kommt irgendjemand, der diese Schulden tilgen wird. Ich kann Ihnen eines sagen: Dieser Tag wird niemals kommen. Wir aus Bayern werden diese Schulden jedenfalls nicht tilgen. Wer Schulden macht, muss sie am Ende auch tilgen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich komme zu meinem zweiten Beispiel. Ihre Genossinnen und Genossen in Hamburg erhöhen die Gebühren einfach um 40 Millionen Euro und kürzen die Mittel für bürgerschaftliches Engagement um 80 %. Ich frage: Wo ist da die Großstadtkompetenz der SPD? Sie heißt offensichtlich Sozialabbau und höhere finanzielle Lasten für die Bürgerinnen und Bürger.

Das dritte Beispiel ist ein beliebtes, aber auch ein ofenkundiges. Schauen wir einmal nach Berlin! Diese Stadt kann letztlich nur überleben, weil sie aus dem Länderfinanzausgleich 3 Milliarden Euro bekommt. Und wir, unsere Bürgerinnen und Bürger, zahlen dies. Aber sie haben keine Lust mehr, für eine solche Politik zu zahlen. Das werden wir den Menschen in unserem Land im Wahlkampf auch sagen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Man muss sich auch einmal ansehen, welche Politik dort im Übrigen gemacht wird. Sie haben heute von Bildungspolitik geredet. Ja, Entschuldigung, wohin wollen Sie denn mit dieser Bildungspolitik? In Berlin wird der Zugang zum Gymnasium per Losverfahren verteilt. Ist das nicht ein Irrsinn? Aber da reden Sie hier im Bayerischen Landtag über Ihre Kompetenz in der Bildungspolitik. Hoffentlich kommt so etwas nie in Bayern, liebe Freunde!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zum Stichwort Jugendarbeitslosigkeit ist für uns ein SPD-regiertes Bundesland überhaupt kein Beispiel. In Berlin sind 14,2 % der jungen Menschen arbeitslos, das heißt, fast jeder achte. In Bayern sind es 2,6 %. Das haben Sie hier übergangen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Und was ist mit Griechenland?)

- Hubert, du kommst mit Griechenland noch dran. Vorerst reden wir über Deutschland. Es ist sinnvoll, an dieser Stelle zunächst über unser Land zu reden. Wir reden jetzt über Bayern; da mach' dir keine Sorgen. Wir können uns an anderen Ländern kein Vorbild nehmen.

Über den Flughafen will ich an dieser Stelle nicht reden, obwohl ich es mir eigentlich vorgenommen hatte.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Aber was ist mit dem Münchener Flughafen? Und dann die dritte Startbahn!)

Was den Willy-Brandt-Flughafen betrifft, so gibt es da keine Starts und keine Landungen. Das beherrscht man dort nicht. Dort gibt es nur Abstürze und Bruchlandungen der SPD. Wenn so etwas in Bayern passieren würde, hätten wir hier jeden Tag eine Aktuelle Stunde und Dringlichkeitsanträge. Das, liebe Freunde, sollten wir mit bedenken.

Was uns am meisten wehtut – dieses letzte oder vorletzte Beispiel darf ich noch erwähnen -, ist dies: In dem wunderbaren Land Baden-Württemberg sind Sie

jetzt kleiner Koalitionspartner, Herr Rinderspacher, - kleiner Koalitionspartner. Lieber Hubert Aiwanger, an dieser Stelle sind die FREIEN WÄHLER unbedeutend.

(Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Aber ich will dazu nichts sagen.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Einen Augenblick, bitte, Herr Kollege Schmid. - Ich erinnere daran, dass man zwar dazwischenrufen kann, aber bitte nicht permanent.

**Georg Schmid (CSU):** Danke, Frau Präsidentin. Es fällt der SPD doch schwer, Wahrheiten zu hören.

Ich komme noch einmal auf die Bildungspolitik zu sprechen. Wie sieht es denn damit in Baden-Württemberg aus? Kaum ist die SPD mit an der Macht und stellt den Kultusminister, werden 2.200 Stellen aktuell gestrichen. 11.600 Stellen werden langfristig gestrichen. Aber Sie kritisieren die Bayerische Staatsregierung und unsere Koalition, weil wir 1.300 neue Stellen schaffen. Was Sie hier sagen, ist doch Irrsinn! Das glaubt Ihnen kein Mensch hier im Lande, Herr Rinderspacher. Sie sind so unglaublich wie nur irgendjemand. Das reiche Land Baden-Württemberg – mein Stimmkreis grenzt an dieses Land unmittelbar an – muss in diesen guten Tagen, kaum ist seine grün-rote Regierung im Amt, 3,1 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen.

(Zuruf von der SPD)

- Entschuldigung! Ach, Sie haben doch gar keine Ahnung. – Das reichste Land neben Bayern war immer Baden Württemberg. Aus guter Tradition heraus war es ein wirtschaftlich starkes Land. Aber die Grünen und die Roten haben es geschafft, das Land in zwei Jahren so weit zu bringen, dass es über 3 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen muss.

Von Rheinland-Pfalz und dem Kollegen Beck will ich überhaupt nicht reden. Er hat es immerhin geschafft – das ist sein Vermächtnis; Gott sei Dank hat er die Verantwortung weitergegeben -, die Verschuldung pro Kopf auf 9.000 Euro zu bringen. Ein Armutszeugnis! Mehr braucht man an dieser Stelle nicht zu sagen. SPD und solide Haushaltspolitik sind, lieber Herr Rinderspacher, ein Widerspruch in sich.

(Beifall bei der CSU - Dr. Paul Wengert (SPD): Üble Polemik ist das, Herr Kollege!)

Sie haben heute unsere Finanzpolitik kritisiert; zu kritisieren sind aber Ihre Genossinnen und Genossen von



der SPD in ganz Deutschland. Sie gehen unverantwortlich mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger um. Ich darf Ihnen noch einmal kurz die Schulden addieren: Berlin: Von 2012 bis 2014 sollen 1,55 Milliarden neue Schulden gemacht werden,

(Markus Rinderspacher (SPD): In Berlin regiert die CDU!)

in Baden Württemberg 3,1 Milliarden. Nordrhein-Westfalen hat 2012 4,7 Milliarden Schulden gemacht und plant – das ist noch viel spannender – für die Jahre 2013 und 2014 in diesen Tagen, bei dieser guten wirtschaftlichen Lage, noch einmal 7,295 Milliarden neue Schulden. Die machen dieses Land mit ihrer Schuldenaufnahme kaputt, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU)

Die Sozialdemokraten sind die Schuldenmacher der Nation, und Sie kritisieren heute unsere Haushaltspolitik. Bei diesen Zahlen haben Sie nicht das Recht dazu, Herr Rinderspacher. Wo man nur hinsieht, gilt: Sozi am Steuer, das wird teuer. So ist die Lage, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden alles tun, um dem Land Bayern das zu ersparen. Die SPD hat bei den jüngsten Haushaltsverhandlungen eben einmal 300 Millionen Euro mehr und 3.700 neue Stellen gefordert. Seit 1979 hat die SPD übrigens bei Haushaltsverhandlungen 30 Milliarden Euro zusätzlich gefordert. Ich frage: Wo wäre dieses Land heute, wenn man das alles gemacht hätte? Es wäre so weit wie Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz.

Die Menschen haben Sie durchschaut. Die Finanzkompetenz der SPD liegt bei mageren 14 %, und nur 9 % der Bürger trauen Ihnen zu, den Wirtschaftsstandort Bayern zu sichern. Die Finanzkompetenz der CSU liegt übrigens bei 57 %, und 71 % der Bevölkerung trauen der CSU zu, den Wirtschaftsstandort Bayern zu sichern. Deshalb gibt es auch in Bayern keine Wechselstimmung. Wie denn auch bei einem derartigen Versagen der SPD landauf, landab?

(Markus Rinderspacher (SPD): Die beste Wechselstimmung hat der Ministerpräsident selbst! Das habe ich ja in zwölf Punkten aufgeführt!)

- Herr Kollege Rinderspacher, ich darf nun die Grande Dame der SPD, unsere ehemalige Kollegin Renate Schmidt, zitieren. Ich habe sie selbst in diesem Parlament noch erlebt. Die haben Sie übrigens wegen eines Wahlergebnisses von knapp unter 30 % - ich glaube, es waren 29,9 % - vom Hof gejagt.

(Kurt Eckstein (CSU): Das waren noch Zeiten!)

Sie hat der SPD ins Stammbuch geschrieben – ich darf aus der "Abendzeitung" vom 22. Oktober zitieren -, eine Wechselstimmung sehe sie akut nicht. Sie ist eine kluge Frau, und wo sie recht hat, hat sie recht. Es gibt keine Wechselstimmung. Wohin denn? Doch nicht zu einer Politik, wie Sie sie propagieren!

(Beifall bei der CSU)

Herr Rinderspacher, Sie haben heute die CSU, die FDP, die Koalition und vor allem auch den Ministerpräsidenten in Ihrem Zwölf-Punkte-Paket kritisiert.

(Inge Aures (SPD): Das ist euer Paket, nicht unseres!)

Aber seien Sie doch einmal ehrlich. Horst Seehofer ist ein herausragender Ministerpräsident in einer schwierigen Zeit.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Allein von der Körpergröße!)

Er zeigt Handlungsstärke, er geht verantwortlich und maßvoll mit öffentlichen Geldern um, er setzt die richtigen Impulse und er denkt dabei an das ganze Land. Das sehen auch die Menschen in Bayern so. 62 % der Menschen sehen in Horst Seehofer und der CSU den Garanten für eine stabile Regierung und für ein stabiles Land. Liebe Freunde, das ist die Wahrheit!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Herr Rinderspacher, Sie wären froh, wenn Sie so einen hätten.

(Beifall bei der CSU)

Horst Seehofer hat Handlungsstärke bewiesen. Er hat – wir haben darüber auch von diesem Redepult aus diskutiert – mitten in der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, also in keiner leichten Situation, die Regierungsgeschäfte übernommen und hat diese Aufgabe mit uns, mit der Koalition aus CSU und FDP, glänzend bewältigt. Kein Land ist so gut aus der Krise gekommen wie Bayern. Das ist unbestritten.

Wir haben antizyklisch gehandelt,

(Zuruf der Abgeordneten Maria Noichl (SPD))

zusätzlich investiert, das Konjunkturprogramm des Bundes finanziell begleitet, Schirme aufgespannt und damit Betriebe unterstützt und Arbeitsplätze gesichert. Der Doppelhaushalt 2009/2010 war ein erfolgreicher Konjunkturhaushalt, der positive Signale ausgesandt hat, die bis heute wirken. Dank der klugen Politik der

Staatsregierung und der Regierungsfractionen von CSU und FDP hat Bayern heute in vielen Regionen Vollbeschäftigung, und die Auftragsbücher der Wirtschaft sind gut gefüllt. Das ist unbestritten.

(Inge Aures (SPD): Da können die auch nichts dafür!)

Unser Ministerpräsident ist verantwortungsvoll mit dem Geld der Bürger umgegangen. Seine Politik war eben kein bloßes Konjunkturprogramm, sondern sie ist nachhaltig ausgerichtet. Er hat den Weg, einen ausgeglichenen Haushalt zu fahren, fortgesetzt. Bayern hat seit 2006 einen ausgeglichenen Haushalt, jetzt hat es den achten und den neunten. Das war in den Jahren 2009, 2010 und 2011 ein ganz schwieriges Unterfangen. Und mehr noch: Als erster Regierungschef in ganz Deutschland hat er begonnen, sein Land zu entschulden. Das war eine kluge und richtige Entscheidung. Wir haben 2012 eine Milliarde getilgt, wir werden 2013 520 Millionen tilgen. Wir werden 2014 540 Millionen tilgen. In diesem Doppelhaushalt ist es wieder über eine Milliarde.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist die Hälfte dessen, was ihr versprochen hattet!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, welches Land kann das noch, und welches Land tut das noch in dieser Republik? Das ist verantwortungsvolle Politik.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Auf eine solche Idee hätte die Opposition gar nicht kommen können, weil sie Weltmeister im Geldausgeben ist. Die GRÜNEN haben für den Doppelhaushalt auch Mehrforderungen in Höhe von 925 Millionen Euro in den Raum gestellt. Sie haben 1.600 neue Stellen gefordert.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Das stimmt doch überhaupt nicht! Das ist eine Lüge!)

Die FREIEN WÄHLER haben 3.600 neue Stellen gefordert und Forderungen in Höhe von insgesamt 2,5 Milliarden zusätzlich gestellt.

Wir wollen bis zum Jahr 2030 schuldenfrei sein. Das ist ein ambitioniertes Ziel; aber mit Horst Seehofer und der Grundausrichtung seiner Politik sichern wir den Handlungsspielraum für kommende Generationen. Nur wer anfängt, kann das Ziel erreichen. Und wir haben in diesem Jahr damit begonnen. Je schneller und je besser wir ein Ergebnis im Länderfinanzausgleich erreichen, desto schneller werden wir auch ans Ziel kommen. Ich bin ganz sicher, wir werden es schaffen. Bayern ist in der Zwischenzeit zum Inbegriff

für solide Finanzen in ganz Deutschland und in ganz Europa geworden. Solide Finanzpolitik ist unser Markenzeichen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Aber nicht nur wegen der soliden Finanzen haben Bayerns Menschen die besten Zukunftsaussichten. Mit dem Programm "Aufbruch Bayern" hat unser Ministerpräsident die richtigen Schwerpunkte gesetzt: Familie, Bildung, Innovation. In allen drei Bereichen steht Bayern nicht nur besser da als vier Jahre zuvor; in allen drei Bereichen ist Bayern auch deutschlandweit Spitze. Kein Land investiert so viel in den Ausbau der Kinderkrippen wie Bayern.

Herr Rinderspacher, Sie haben dieses Thema angesprochen. Die Wahrheit ist doch, dass wir in vielen Teilen des Landes eine sehr gute, flächendeckende Versorgung haben. Wenn ich aber in die Landeshauptstadt München komme und dort mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern rede, erfahre ich, dass es dort Defizite gibt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie haben mir nicht zugehört, oder? Sie kennen, glaube ich, auch die Zahlen von Frau Haderthauer nicht!)

Da, liebe Freunde, wo die größeren Probleme bestehen, muss ich auch ein bisschen mehr tun als dort, wo die Themen schon erledigt sind. Das ist das, was wir kritisieren. München hat in den letzten Jahren zu wenig für den Ausbau von Kinderkrippen gemacht; denn hier besteht ein höherer Bedarf. Das ist doch die Wahrheit, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Markus Rinderspacher (SPD): Die Hälfte aller Kinderkrippenplätze in Bayern! Hören Sie doch auf, wider besseres Wissen so einen Unsinn zu erzählen!)

Im Übrigen werden wir im Parlament auch einmal eine ausführliche Debatte zum Thema Wohnungsbau führen müssen. Diesbezüglich besteht doch genau dasselbe Problem. Das ist doch kein Problem draußen in den ländlichen Regionen. Da, wo mehr Bedarf besteht, wo mehr Menschen sind, wo es Prosperität gibt, wo Wirtschaftswachstum ist, wohin Menschen ziehen, brauche ich mehr Wohnungen. Gerade in München sind in der Verantwortung Ihres Kandidaten zu wenige Wohnungen gebaut worden. Das ist seine Verantwortung und nicht die Verantwortung von irgendjemand anderem. Die kann man nicht einfach abschieben, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nun zum Thema Bildung. Im Bildungsranking sehe ich, dass wir bei allen Vergleichen, wer immer sie macht, vorn sind, liebe Frau Will.

(Markus Rinderspacher (SPD): Letzter Platz bei den Ganztagschulen!)

Wir sind vorn. Bayern ist stark.

(Markus Rinderspacher (SPD): Aber nur, wenn man die Tabelle der Ganztagschulen umdreht!)

Ich sagen Ihnen: Wir werden niemals zulassen, dass dieses gegliederte, so erfolgreiche, optimale Schulwesen von Ihnen zertrümmert wird. Das wird niemals geschehen. Darauf werden wir achten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist doch Irrsinn! Da reden Sie heute von der Gemeinschaftsschule, die in ganz Deutschland gescheitert ist. Keiner will das Zeug.

(Markus Rinderspacher (SPD): Schleswig-Holstein! Peter Harry Carstensen: 100 Gemeinschaftsschulen!)

Herr Rinderspacher, das will in Deutschland niemand. Die Kinder haben unterschiedliche Talente und müssen unterschiedlich gefördert werden. Wir haben ein gegliedertes Schulwesen, und wir haben, lieber Karl Freller, ein System geschaffen, in welchem seit den letzten Jahren gilt: Kein Abschluss ohne einen Anschluss. Hierbei brauchen wir von niemandem Belehrungen. Solange wir die Besten in Deutschland sind, müssen und dürfen wir feststellen: Wir sind auf dem richtigen Weg, und wir werden niemals in diesen guten Zeiten für die Menschen, die in diesen Bildungssystemen sind, das Pferd wechseln und zu neuen Konstruktionen kommen, die anderwärts keinen Erfolg haben. Deswegen sage ich Ihnen heute: Ihre Bildungspolitik ist verfehlt, und es darf niemals passieren, dass unser Land diese Bildungspolitik der SPD ertragen muss.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Was die Finanzzuwendungen anbelangt: Auf keinem Feld sind die eingesetzten Mittel so stark gestiegen wie im Bildungsbereich. Bei den Schulen sind wir heute bei 10 Milliarden Euro, für die Hochschulen bei 6 Milliarden Euro und in der Summe weit über 16 Milliarden Euro. Welches Land kann noch sagen, dass es 16 Milliarden Euro, ein Drittel des Haushalts, für die Bildung der jungen Menschen ausgibt? Das kann nur Bayern, und deswegen ist Bayern so erfolgreich.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Was die Zukunftsperspektive angeht: Es war unsere Fraktion, es war die CSU-Fraktion, die mit der Digitalisierungsstrategie Bayern 3.0, nach der Luft- und Raumfahrt und den Hightech-Offensiven den dritten Modernisierungsschritt für Bayern eingeleitet hat. Übrigens haben die Sachsen vor wenigen Wochen diese Strategie aufgegriffen, und auch in den anderen Ländern in Deutschland registrieren wir, dass diese Politik übernommen und kopiert wird. Gutes übernimmt man, Schlechtes lässt man an der Seite liegen. Das ist sehr gut. Ich bin dem Ministerpräsidenten sehr dankbar, dass er dieses Thema auch in der nächsten Legislaturperiode zu einem Leitthema machen wird. Die Digitalisierung ist eine zentrale Herausforderung, der wir uns stellen müssen und die in allen Lebensbereichen von essenzieller Bedeutung ist. Deswegen ist es richtig, dass wir diesem Thema besondere Bedeutung beimessen. Herr Ministerpräsident, wir haben von 2012 bis 2014 für den Breitbandausbau 500 Millionen zur Verfügung gestellt. In Baden-Württemberg reden sie von fünf Millionen Euro; das ist lächerlich wenig. Zugleich werden wir bis 2018 eine Digitalisierungsmilliarde bereitstellen. Das ist eine zukunftsorientierte Politik, so wie die Regierungskoalition aus CSU und FDP sie versteht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Menschen erkennen an, dass die CSU, dass die Union Zukunftskompetenz hat. Das ist auch wichtig für die Entscheidung am 15. September. Die Menschen wollen der CSU und Horst Seehofer das Land weiterhin anvertrauen. Wir werden auch im kommenden Jahr Vertrauen zurückerhalten. Wir ermöglichen Fortschritt und achten darauf, dass alle Menschen mitkommen. Wir verfallen weder in Fortschrittswahn noch in Technikfeindlichkeit. Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Wer verkörpert das besser als unser Ministerpräsident? Unsere gemeinsame Politik spricht auch in diesem Punkt eine klare Sprache. Wir halten das Land zusammen. In vielen Regionen Bayerns herrscht nahezu Vollbeschäftigung. In jeder Region ist die Arbeitslosenquote niedriger als im Bundesdurchschnitt, und der Unterschied zwischen den Regionen ist so gering wie noch nie in der Geschichte Bayerns, Herr Rinderspacher. Es gibt 4,91 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Ich weiß sehr wohl, dass es auch prekäre Arbeitsverhältnisse gibt. Auch die Praktikumsproblematik ist mir geläufig. Aber dennoch hatten wir noch nie so viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, und das sollte man auch einmal ein Stück weit anerkennen. Wir müssen in der Politik ehrlich miteinander umgehen. Das ist ein großartiger Erfolg der Politik dieser Koalition.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bayern hat die geringste Jugendarbeitslosigkeit, die meisten Lehrstellen und die wenigsten Hartz-IV-Empfänger – ich will es gar nicht mit Zahlen hinterlegen. In keinem anderen Bundesland haben Menschen mit Migrationshintergrund so viele Chancen, aufzusteigen. Sie haben vorhin von sozialer Gerechtigkeit gesprochen, Herr Rinderspacher. Ich würde Ihnen empfehlen, dass Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen aus dem Bund und den anderen Bundesländern reden. Dass von der SPD eine Steuerentlastung der Bürgerinnen und Bürger im Bundesrat blockiert wird, dass es keine Abmilderung der kalten Progression gibt, betrifft doch gerade die kleinen und mittleren Einkommen. Dabei könnten Sie doch einmal ein Beispiel setzen, ehrlich sagen, was Sie wollen und den Menschen zur Seite stehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das Landeserziehungsgeld bekommen doch nicht die Reichen. Das bekommen die, die es dringend brauchen. Die GRÜNEN in Baden-Württemberg haben es schon abgeschafft. Und Sie würden es, wie ich höre, auch in Bayern abschaffen. Das hat doch nichts mit sozialer Gerechtigkeit zu tun. Da würden diejenigen bestraft, die diese Unterstützung am dringendsten bräuchten. Darum geht es. Wir brauchen keine Belehrungen! Die soziale Gerechtigkeit ist für uns ein essenzielles Thema. Es hilft aber nichts, jeden Tag die Fahne der sozialen Gerechtigkeit vor sich herzutragen, wenn sie nicht gelebt und dafür keine Politik gemacht wird. Wir machen sie vor allem auch dadurch, dass wir die Menschen in Arbeit, Lohn und Brot bringen. Das ist die beste Sozialpolitik, die es für dieses Land gibt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Rinderspacher, im kommenden Jahr führen wir gerne einen Bilanz-, Kompetenz- und Personenwahlkampf. Ich sage Ihnen: Die Bilanz stimmt, Bayern steht so gut da wie noch nie. Es ist die Erfolgsregion in Deutschland und Europa, und darauf können wir auch ein Stück weit stolz sein.

Sie hätten auch sagen können: Das habt ihr gut gemacht in den letzten 50 Jahren und in den letzten viereinhalb Jahren. Ich habe gedacht, Sie schaffen es, aber Sie bringen es nicht über das Herz. Es ist aber die Wahrheit, Herr Rinderspacher. Wir haben die Zukunftskompetenz. Wir investieren in Zukunft, in Familie, in Bildung und in Innovation. Das sind auch die Schwerpunkte dieses Doppelhaushalts. Was den Personenwahlkampf angeht: Mit Horst Seehofer haben wir die beste Persönlichkeit des Landes für das Amt des Ministerpräsidenten. Unser Kandidat und Ministerpräsident wird gegenüber Ihrem Kandidaten ein

ganz großes Stück voraus sein, weil er für dieses Land in der Verantwortung in den letzten viereinhalb Jahren eine exzellente Politik gemacht hat und dieses Land hervorragend vorangebracht hat. Da können Sie sicher sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Rinderspacher, was sollte denn Ihr Notbündnis, das Sie mit den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN zu schmieden versuchen, noch besser machen? Da gibt es doch nur den Willen zur Macht, der zusammenführt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann werden die Ideen schneller umgesetzt!)

Ich will nicht alle Zitate bringen, lieber Hubert Aiwanger, in denen du dich schon geäußert hast, ich glaube, du hast in den Presseberichterstattungen alle Koalitionsmöglichkeiten dieser Welt schon durchgemacht. Deswegen wäre ich da ein bisschen vorsichtig.

Die "Süddeutsche Zeitung" ist davon überzeugt – ich zitiere die Ausgabe vom 31. August; ich zitiere sie nicht oft, aber an dieser Stelle ist es notwendig –: Ude kann keine wirklich interessante Alternative zu Schwarz-Gelb anbieten. Das hat die "Süddeutsche Zeitung" geschrieben. Du liest sie immer falsch, ich weiß schon. Ude wirft umgekehrt den GRÜNEN eine beachtliche Stille vor, der Kollege Pohl sieht riesige Gräben zwischen SPD und den FREIEN WÄHLERN, und Ude beschuldigt die GRÜNEN öffentlich, ihr Nein zu Großprojekten trage Züge des Religionskrieges. Die SPD will die zweite Stammstrecke zwar nicht bezahlen, aber hingestellt bekommen. Die FREIEN WÄHLER und die GRÜNEN sind dagegen. Die dritte Startbahn hat die SPD gewollt, die GRÜNEN und die FREIEN WÄHLER sind ein bisschen dagegen. SPD und GRÜNE sind für die Griechenlandhilfe, aber die FREIEN WÄHLER sind dagegen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bei euch wissen sie es auch nicht!)

Ich darf noch einmal die "Süddeutsche Zeitung" vom gleichen Tag zitieren – ich glaube, dieser Satz braucht keinen Kommentar mehr –:

Die Bürger wissen nicht, was sie bekommen, wenn sie SPD, GRÜNEN und FREIEN WÄHLERN ihre Stimme geben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bei euch wissen sie es auch nicht!)

Im Moment wissen es die drei Parteien selbst nicht.

Das braucht keinen Kommentar mehr.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Lieber Hubert Aiwanger, ich freue mich schon auf Ihren Beitrag nachher.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Der kommt gleich!)

Aber wie stehen Sie eigentlich zum Treiben Ihrer kunterbunten Freunde andernorts?

(Zurufe von der CSU: Hört, hört!)

Da habe ich etwas gelesen, auch in der "Süddeutschen", aber es war in vielen Presseorganen zu lesen. Nils Schmid von der SPD, immerhin Vize-Ministerpräsident in unserem Nachbarland, sagt:

(Zuruf der Abgeordneten Inge Aures (SPD))

"Ich habe nicht viel übrig für die Landwirtschaft." Ihm seien andere Dinge wichtiger als die Frage, ob es einen Bauern mehr oder weniger gibt. "Da wächst im Schwarzwald halt mal ein Tal zu." Da sieht man, wie verantwortliche SPD-Ministerpräsidentenstellvertreter über die Landwirtschaft denken, lieber Albert Füracker, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU)

Das haben die im Sinn. Das sollten Sie, Herr Aiwanger, auch einmal Ihren Landwirten erklären.

(Margarete Bause (GRÜNE): Schwache Rede, Herr Schmid!)

Ich sage nur: Das Modell "kunterbunt" darf in diesem Land niemals Realität werden. Dafür arbeiten wir.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bleiben wir lieber in Bayern und halten am bayerischen Erfolgsweg fest. Außerhalb Deutschlands orientieren sich viele an Bayern.

(Martin Güll (SPD): Alle!)

Wir stehen für finanzpolitische Solidität, wirtschaftliche Kraft und menschlichen Zusammenhalt.

Wir hatten kürzlich eine spannende Zusammenkunft. Wir waren in Portugal beim Staatspräsidenten Silva

(Inge Aures (SPD): Sauber!)

und bei Ministerpräsident Coelho.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr wart's das?)

Beide haben Ihnen, Herr Ministerpräsident, und der Frau Landtagspräsidentin bestätigt, dass Bayern auch für sie Vorbild ist. Wenn wir Vorbild für andere sind, dann sind wir besser als andere und sind stark, ein gutes Land mit einer guten Politik, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Theresa Schopper (GRÜNE))

Diese Regierungskoalition ist in den letzten viereinhalb Jahren gut vorangekommen. Wir haben ein gutes Stück des Weges in der Weiterentwicklung des Landes zurückgelegt. Der Doppelhaushalt ist bundes- und europaweit einmalig. Er ist ein Beleg für finanzpolitische Solidität und die Stärke Bayerns.

Ich danke an dieser Stelle auch für unsere Fraktion unserem Finanzminister Markus Söder, dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, dir, lieber Georg Winter, den FDP-Fraktionskollegen Thomas Hacker und Karsten Klein. Ihr habt in den letzten Wochen exzellente Arbeit geleistet bei der Vorbereitung dieses Haushalts. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Wir investieren in diesem Haushalt in Bildung, Familie und Innovation. Wir bewahren das soziale Gesicht. Wir bauen Schulden ab. Wir bilden Rücklagen. Wir investieren in die Zukunft, und wir bereiten die Zukunft Bayerns vor. Setzen wir den bayerischen Weg fort. Ich bitte um Zustimmung zum Doppelhaushalt 2013/2014.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Für die Fraktion FREIE WÄHLER darf ich Herrn Kollegen Aiwanger das Wort erteilen.

(Zurufe von der CSU)

**Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER):** Ihr könnt ja gehen, wenn es euch zu langweilig ist.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Beginnen Sie einmal in Ruhe, Herr Kollege. Das wird alles. Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern braucht mehr Bürgernähe und weniger Größenwahn. Ich glaube, so können wir auf den Punkt bringen,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

was Bayern in den nächsten Jahren braucht.

(Zuruf der Abgeordneten Reserl Sem (CSU))

Sie brauchen mehr Einsicht in die kleinen Themen, die Sie in den vergangenen Jahren so beiseite geschoben haben. Sie sind den großen Themen hinterhergerannt. Das war früher der Transrapid. Heute sind es der Donauausbau, die dritte Startbahn, die zweite S-Bahn-Röhre. Sie vergessen im Windschatten dieser Diskussion die vielen kleinen Baustellen, die in der Summe aber wichtiger sind als die wenigen Großprojekte, die unsere finanziellen Möglichkeiten binden, und für vieles Kleine, Bürgernähe umzusetzen.

Meine Damen und Herren, uns FREIEN WÄHLERN ist eine gute Bildungspolitik wichtig. Da müssen wir, beginnend beim frühkindlichen Bereich, feststellen, dass bei den Kindertagesstätten einfach noch sehr viel zu tun ist.

(Alexander König (CSU): Wer hat sie denn in den letzten Jahren ausgebaut?)

Hier haben wir noch Nachholbedarf, Qualitätsverbesserungen sind dringend nötig.

(Alexander König (CSU): Wer gibt Investitionsgarantien? Der Freistaat Bayern!)

Wir müssen auch die Erzieherinnen besser bezahlen, sonst haben wir nur teure Kinderbetreuungseinrichtungen, aber bald keine Erzieherinnen mehr. Frau von der Leyen denkt ja darüber nach, Schlecker-Mitarbeiterinnen umzuschulen und dort hineinzustecken.

Meine Damen und Herren, deshalb ist auch das Ziel der FREIEN WÄHLER, eine Sockelförderung des Freistaats Bayern in angemessener Form zur Verfügung zu stellen, um das Personal an dieser so sensiblen Stelle zu animieren, zum einen tätig zu werden und zum anderen noch mehr Qualität hineinzubringen. Soweit zum frühkindlichen Bereich, meine Damen und Herren. Dort sind wir auf einem guten Weg, aber wir müssen noch eine kräftige Schippe drauflegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Alexander König (CSU): Wir sind auf einem guten Weg, das stimmt!)

Es geht weiter mit dem Bereich Grundschule und der wohnortnahen Beschulung. Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass hier sehr vieles wackelt, dass

vor allem die Klassen an vielen Grundschulstandorten noch deutlich zu groß sind. 27 bis 28 Kinder sind in einer Grundschulklasse in Bayern im Jahr 2012 nicht mehr zeitgemäß.

(Beifall des Abgeordneten Prof. Dr. Michael Pia-zolo (FREIE WÄHLER))

Wir brauchen mehr Lehrer, um die Klassenstärken zu senken und die guten Ergebnisse Bayerns weiter voranzubringen. Es nützt uns nichts, wenn wir uns mit sozialen Problemstandorten in Berlin vergleichen und sagen: Bayern steht aber deutlich besser da. Das mag so sein, auch aufgrund der noch funktionierenden Sozialstrukturen in Bayern. Aber das, was wir tun können, ist noch nicht voll ausgeschöpft. Die klare Botschaft der FREIEN WÄHLER ist also: Runter mit den Klassengrößen, gerade in den Grundschulen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Alexander König (CSU): Das machen wir seit Jahren, das wissen Sie! Wir hatten noch nie so kleine Klassen!)

Um die ideologische Debatte über das dreigliedrige oder sonstige Schulsystem zu entschärfen, fordern wir eine Regionalisierung der Bildungspolitik, indem wir regionalere Bildungsmodelle zulassen wollen. Das heißt für uns, Mittelschule und Realschule dort enger kooperieren zu lassen, wo es Sinn macht,

(Renate Will (FDP): Das machen wir doch, Herrgott noch mal!)

und die Hürden abzubauen. Eine engere Kooperation ist heute nur in Einzelfällen Praxis. Das muss Standard werden, wo es Sinn macht. Bitte tut das und steht dieser Entwicklung nicht länger aus ideologischen Gründen im Wege.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Alexander König (CSU): Wir haben überhaupt keine ideologischen Hürden, haben wir noch nie gehabt!)

Thema achtjähriges Gymnasium. Wir haben momentan das neunjährige G 8, weil Sie das bewährte neunjährige Gymnasium eigentlich in einem Akt des Größenwahns über den Haufen geworfen haben,

(Alexander König (CSU): Unsinn! Alle anderen Länder haben es auch abgeschafft!)

weil Sie die Bürgernähe nicht haben gelten lassen, weil Sie mit den betroffenen Schulleitern usw. nicht gesprochen haben. Mit der Zweidrittelmehrheit meinte man, Bayern und die Welt neu erschaffen zu können, und hat das mit einem Federstrich gemacht.

(Alexander König (CSU): Das ist eine Geschichte aus der Mottenkiste!)

Die Probleme des G 8 sind bis heute nicht gelöst, das wissen Sie. Hier muss korrigiert werden. Sie sind noch Antworten schuldig. Ziel muss es sein, nicht nur Lernen auf Wiederausspucken, nicht nur Lernen auf die Prüfung zu produzieren, sondern nachhaltiges Lernen. Dafür fehlen bis heute die Voraussetzungen. Das sind nicht zuletzt ausreichende Lehrerstellen, um differenzierteren Unterricht in kleineren Gruppen anbieten zu können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, beim Thema Studiengebühren haben Sie im Prinzip in den letzten Jahren großen politischen Flurschaden angerichtet.

(Jürgen W. Heike (CSU): Was?)

- Dann bleiben Sie doch bei den Studiengebühren, wenn sie so gut waren.

(Alexander König (CSU): Deshalb haben wir so viele Studierende wie noch nie in Bayern!)

- Wir haben so viele Studierende wie noch nie, hätten aber noch mehr. Sie wissen genau, dass viele junge Leute Bayern verlassen und zum Studieren nach Österreich oder in andere Bundesländer gehen,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin - Thomas Hacker (FDP): Weil es dort keinen Numerus clausus gibt!)

um so den Studiengebühren zu entgehen. Niedersachsen und Bayern sind die letzten beiden Länder in der Bundesrepublik Deutschland, die Studiengebühren haben. Diese müssen weg, lieber gestern als heute, meine Damen und Herren. Vielleicht sind Sie Ihrem Ministerpräsidenten zu lange im Weg gestanden, vielleicht wären sie schon weg, wenn Sie ihn hätten machen lassen. Meine Damen und Herren, wenn wir das Ding weiterschleppen, ist Gefahr im Verzug. Deshalb haben wir das Volksbegehren initiiert. Die Studiengebühren könnten politisch schon längst erledigt sein. Sie haben sich aber jahrelang dagegen gewehrt. Das war ein politischer Fehler. Das sehen Sie heute ein. Ich respektiere auch, dass Sie jetzt auf unsere Linie eingeschwenkt sind. Ich fordere Sie auf, unser Volksbegehren nach Kräften zu unterstützen und gemeinsam mit unserer Unterstützung aufzurufen, damit wir in der zweiten Januarhälfte kommenden Jahres 10 % der Unterschriften zusammenbekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben im Zuge der Debatte um die Studiengebühren auch die Meisterausbildung ins Gespräch gebracht. Jahrelang war Ihr politischer Fehler zu sagen: Wenn der Meister zahlen muss, soll auch der Student zahlen. Bei genauerem Hinsehen aber nutzt es doch dem Meister nichts, wenn der Student zahlen muss. Andersherum wird ein Schuh daraus. Bildung muss kostenfrei sein, zumindest das Erststudium, und die Meisterausbildung muss erschwinglicher werden.

(Thomas Hacker (FDP): Was ist mit dem Kindergarten?)

Deshalb der Vorschlag, erstens einen Bildungsgutschein einzurichten, um die Kosten der Meisterkurse für den angehenden Meister zu senken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Thomas Hacker (FDP): Und was ist mit dem Kindergarten?)

Zweitens soll der Zuschussanteil für das MeisterBAföG – das ist dann auch Bundespolitik – erhöht werden, damit die Meisterausbildung erschwinglicher wird. Siehe da – warum haben Sie das in Ihrer Weisheit nicht längst gemacht? Sie haben auch die Meister bluten lassen, weil die Studenten bluten. Andersherum hätten Sie es machen müssen: Sie hätten die Studenten entlasten und dies dann als Bezug verwenden müssen, um auch die Kosten für den Meister zu senken und damit die Kosten der Meisterausbildung zu reduzieren. Damit sind Sie an dieser Stelle dem Mittelstand lange Jahre unnötigerweise im Weg gestanden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIEN WÄHLER kämpfen auch für starke Kommunen. Deshalb fordern wir, den Kommunalanteil am Steuerverbund noch einmal deutlich zu erhöhen.

(Alexander König (CSU): Wir haben ihn gerade noch einmal erhöht!)

Meine Damen und Herren, in einer Zeit, in der Sie sagen: Wir können Schulden zurückzahlen, uns geht es so gut wie nie, steigen die Schulden der Kommunen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Dort müssen Sie ansetzen.

(Thomas Hacker (FDP): Auch das stimmt nicht!)

Sie müssen den Kommunen 15 % Kommunalanteil am Steuerverbund gönnen,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Thomas Hacker (FDP): Die kommunalen Schulden sind rückläufig!)

damit wir bei den Bürgern wohnortnah investieren können, damit die Strukturen vor Ort, damit das Lebensumfeld der Menschen vor ihrer Haustüre in Ordnung gebracht wird. Die Kommunen sind hierfür ein guter Partner. Ich muss aber ehrlicherwise sagen: Diese Partnerschaft wurde seitens der CSU zu wenig gelebt. Man hat die Kommunen immer etwas stiefmütterlich behandelt,

(Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

hat sie immer um Gelder kämpfen lassen, die ihnen zustehen und hat sie lieber mit sonstigen Negativseignungen bedacht. Beispielsweise wurde der Zuschussanteil des Staates an den Kosten der Schülerbeförderung von etwa 80 % auf eine Größenordnung von etwa 60 % reduziert, um damit Lehrer zu sparen – das war Ihre Politik. Die steigenden Beförderungskosten hat die Kommune bezahlt. Hier sollten Sie bitte schön nachbessern und die Kommunen ernster nehmen – das ist ein wichtiger Rat für die Zukunft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wie lange haben wir dafür gekämpft, das Splitting bei der Gewerbesteuer bei den erneuerbaren Energien nicht nur auf die Windenergie, sondern auch auf die Photovoltaik anzuwenden? Wir haben das hier 2009 vorgetragen. Da waren die Rufe aus dieser Ecke – ich höre sie heute noch -: Dazu haben wir von den Bürgermeistern noch nie etwas gehört; also tun wir nichts. Meine Damen und Herren, jetzt lenken Sie Gott sei Dank ein. Das waren drei verlorene Jahre. Sie hätten bei den erneuerbaren Energien, bei der Gewerbesteuer die Kommunen früher ordentlich mit ins Boot nehmen können. Sie aber wollten die Gewerbesteuer abschaffen. Das war Ziel der FDP. Man hat Modelle vorgegaukelt, mit denen man die Gewerbesteuer irgendwie anders regeln wollte. Sie sind Gott sei Dank zu der Erkenntnis gekommen: So lange man nichts Besseres hat, lässt man das Bewährte. Mit Ihnen war die Gewerbesteuer in Gefahr. Es war höchste Zeit, dass Sie erkannt haben, wie wichtig diese Gewerbesteuer ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD - Thomas Hacker (FDP): Nur weil man es nicht versteht, muss es nicht gleich schlecht sein!)

Die Kommunen sind auch bei weiteren politischen Themen ein wichtiger Partner. Wenn wir heute von der Stärkung des ländlichen Raumes reden, geht dies nicht ohne die Kommunen. Meine Damen und Herren, Sie haben zu lange Metropolpolitik betrieben. Sie haben zu lange gemeint: Die paar Bauerndörfer interessieren uns nicht. Heute stellen wir fest, dass wir dort Nachholbedarf haben, dass wir das schnelle Internet noch nicht so haben, wie wir es hätten haben können, wenn Sie rechtzeitig auf unsere Vorschläge eingegangen wären. Ihr Wirtschaftsminister hat den Breitbandausbau im Jahr 2011 für abgeschlossen erklärt, weil wir annähernd ein Megabit hatten. Mitte 2012 haben Sie gemerkt, dass das nicht reicht, und haben in Brüssel noch ein hingestop seltes Programm nachgereicht, das ein Jahr in der Warteschleife war. Sie brüsten sich heute mit Finanzmitteln, die hier zur Verfügung stehen, aber nicht abgerufen werden können, weil wir kein Programm haben,

(Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

weil Sie geschlafen haben, weil Sie die Situation falsch eingeschätzt haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Klare Botschaft: Herr Schmid glaubt das bis heute nicht und wirft mir vor, ich würde Märchen erzählen.

(Georg Schmid (CSU): Die stehen zur Verfügung; die sind da!)

Herr Schmid, Sie haben zu lange nicht gemerkt, dass der Breitbandausbau ein Problem ist. Ihre eigene Partei hat noch bis zur Landtagswahl gesagt: Das brauchen wir nicht. Die FDP hat ihn dann für abgeschlossen erklärt. Jetzt korrigieren Sie nach. Schnelles Internet – eine versäumte Geschichte. Hier haben Sie ein paar Jahre versäumt. Wir könnten weiter sein. Der Rest der Republik hatte das Bundesförderprogramm mit 500.000 Euro pro Projekt; Bayern hat jahrelang mit 100.000 Euro herumgefuh rwerkt, hat damit Geld, hat damit Potenzial verschenkt. Das ist meine Feststellung. Diese Feststellung ist kein Märchen, Herr Schmid, sondern sie ist die Realität. Hören Sie eher auf diese Dinge; hören Sie eher auf die kleinen Themen; träumen Sie nicht nur von der dritten Startbahn, sondern sprechen Sie mit den Kommunalpolitikern. Diese sagen Ihnen das seit Jahren. Das interessiert Sie aber anscheinend nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Georg Schmid (CSU): Wir machen das selber seit dreißig Jahren! Da brauchst du mir nichts zu erzählen! Wir sind doch nicht blöd!)



- Seit dreißig Jahren? – Okay; jawohl. Wenn Sie das dreißig Jahre lang gemacht haben, wundert es mich, dass es heute noch nicht so weit ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Georg Schmid (CSU): Das ist blödes Geschwätz! Entschuldigung!)

Meine Damen und Herren, die Gewichtung der Situation des ländlichen Raums lässt sich auch an der Einschätzung der Großprojekte ablesen. Als es geheißen hat, die dritte Startbahn ist nicht mehrheitsfähig, kam sehr schnell der Ruf: Dann muss das Geld in die Röhre fließen. Meine Damen und Herren, warum nicht in einen Eisenbahnanschluss in Plattling, in Oberfranken, in Unterfranken oder sonst wo? Warum automatisch nur in die Röhre in München? Überlegen Sie einmal, dass hier Milliarden zur Debatte stehen und dass Bayern weitere Finanzierungsrisiken in Höhe von Hunderten Millionen Euro eingeht. Wenn das Ding teurer wird, haftet Bayern zu einem Großteil. Meine Damen und Herren, momentan werden dort bei den Planungskosten wahrscheinlich wieder Weichen in der falschen Richtung, in Richtung Milliardenrisiken gestellt, aber für die kleinen Dinge ist kein Geld da. Wenn wir draußen sagen, dass man angesichts der Landesgartenschau in Deggendorf darüber nachdenken sollte, den Personenverkehr auf einer kurzen Strecke zu reaktivieren, kommt die Antwort: Dafür ist kein Geld da. Bei den Milliarden sind wir aber immer schnell. 100.000 Euro können wir uns nicht leisten, aber die Milliarden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Am Umgang mit den Infrastrukturprojekten liest man also ab, auf welcher Seite Sie wirklich stehen. Sie stehen bis heute nicht wirklich an der Seite des ländlichen Raumes.

(Georg Schmid (CSU): Wir machen das schon seit fünfzig Jahren! Da hat es euch noch gar nicht gegeben!)

Sie träumen bis heute weiter von der Startbahn in München. Trotz Bürgerentscheid gegen die dritte Startbahn sagen Sie eiskalt: Wir machen das trotzdem. Meine Damen und Herren, Sie schreiben das auch noch in Ihren Landesentwicklungsplan. Gleichzeitig vergessen Sie aber, dass es auf dem Land auch noch die Landwirtschaft gibt. Die Landwirtschaft ist nicht enthalten, aber die abgelehnte dritte Startbahn. Das zeigt Ihre Wertschätzung für Stadt und Land.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie an dieser Stelle: Beerdigen Sie die dritte Startbahn für die nächsten paar Legislaturperioden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Kümmern Sie sich stattdessen lieber um die ordentliche Anbindung der jetzigen zwei Startbahnen. Wir haben bis heute nicht die seit ewigen Zeiten versprochene Anbindung Ostbayerns über die Neufahrner Kurve. Mir wurde in Beantwortung einer Anfrage im letzten Jahr mitgeteilt, 2012 gehe es los. Heuer wurde mir mitgeteilt, nächstes Jahr geht es los. Wenn ich nächstes Jahr die Anfrage stelle, wird es heißen, 2014 geht es los. Sie schieben die Realisierung bezahlbarer und einigermaßen durchgeplanter Projekte vor sich her, weil hierfür das Geld angeblich nicht vorhanden ist, in Wirklichkeit aber planen Sie Größeres und Ostbayern soll dabei nur die zweite Geige spielen. Diese Anbindung ist dann offensichtlich nicht so wichtig. Meine Aufforderung an Sie: Realisieren Sie schnellstmöglich die Neufahrner Kurve, diese direkte Anbindung Ostbayerns.

Das ist nur ein Beispiel von vielen. Meine Damen und Herren, setzen Sie sich bitte auch für eine bessere Anbindung des Chemiedreiecks ein. Dort ist seit Jahren die Erstellung einer durchfinanzierten Planung verschlafen worden. Sie, meine Damen und Herren von der CSU, haben einen Bundesverkehrsminister, der sich darum kümmern sollte. Es ist schön, wenn er sich um die Wiedereinführung der nostalgischen Auto-kennzeichen kümmert. Wer das haben will, gut, der kann es haben, das ist in Ordnung. Aber der Minister darf dabei nicht die wichtigen Projekte vergessen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten Reserl Sem (CSU))

Und warum vergisst er die? – Weil der Verkehrsetat gnadenlos unterfinanziert ist. Wir brauchen etwa zwei Milliarden im Bundesverkehrsetat mehr, damit ausreichend Geld bei der Straße und der Schiene ankommt. In diese Richtung bitte ich einmal Rettungsschirme aufzustellen und vielleicht sogar über Nacht einen Sondertopf einzurichten, statt die Rettung von Großbanken zu finanzieren. Bei letzterem sind Sie schneller zur Hand.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ländlicher Raum bedeutet auch Landwirtschaft. Wir haben zu diesem Haushaltsentwurf einen Antrag dahin eingebracht, die Vermarktungsstrukturen zu fördern und die Landwirte dabei zu unterstützen, ihre Produkte besser im Markt zu platzieren. Sie machen von der großen Politik her den Fehler, auf der einen

Seite den Abnehmern mit ihren Monopolstrukturen die Füße zu küssen, die Produzenten auf der anderen Seite aber als Billigliefereanten zu missbrauchen. Das ist in der Milchpolitik ebenso wie in der Fleischpolitik der Fall. Großen Schlachthofketten und großen Handelsunternehmen wird Tür und Tor geöffnet, während die kleinen Landwirte mit ihren Bündelungswünschen allein gelassen werden.

(Albert Füracker (CSU): Lüge! - Anhaltende Zusage der Abgeordneten Reserl Sem (CSU))

Helfen Sie den kleinen Landwirten bei der Bündelung der Milcherzeugung und tragen Sie dazu bei, dass kleine Schlachthöfe erhalten bleiben. Sorgen Sie nicht nur dafür, dass einige große Ketten die Märkte übernehmen, sondern stehen Sie auch an der Seite der kleinen Bauern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, es gilt, Fehlentwicklungen rechtzeitig zu erkennen. Sie haben die Fehlentwicklungen lange Zeit nicht erkannt. Das gilt auch für den Bereich der Gesundheitspolitik. Heute gehen die Hausärzte und die Fachärzte auf die Barrikaden, weil sie Angst davor haben, dass die Freiberuflichkeit der Ärzteschaft in Gefahr ist und die flächendeckende Versorgungsstruktur nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Die kommunalen Kliniken gehen vielfach Pleite und müssen verkauft werden. Sie sind gefordert, dieses Wegbrechen der Gesundheitsstrukturen gerade im ländlichen Raum zu verhindern, das heißt zu den alten Verträgen bei den Hausärzten zurückzukehren, für eine bessere Krankenhausfinanzierung und für Rahmenbedingungen, die den Haus- und Fachärzten helfen, zu sorgen. Das heißt auch einmal Klartext gegenüber den Krankenkassen zu reden, die sich seit Langem weigern, vernünftige Verträge mit den Ärzten auszuhandeln.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Letzten Endes bedeutet es ein klares Bekenntnis zu einer guten Versorgungsstruktur statt eine börsennotierte Gesundheitsmedizin und Gesundheitsindustrie, wie sie vor den Türen steht, zu protegieren. Vor allem die FDP ist gefordert, in diese Richtung die richtigen Weichen zu stellen. Die richtigen Weichen wurden in der Vergangenheit nicht gestellt, sonst wären diese Ärzte heute nicht auf den Barrikaden zu finden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir von richtigen Strukturen sprechen, werfe ich Ihnen auch vor, die Strukturentwicklung in der Energiepolitik lange Zeit falsch eingeschätzt zu haben. Es gab das große Ziel, alles zu privatisieren mit der Aus-

sage, dann werde es billiger. Man hat das Bayernwerk unnötig über Bord geworfen. Der Vorstoß des Ministerpräsidenten war im Grunde richtig, aber er ist leider wieder zurückgerudert, als die FDP geschimpft und gesagt hat, die Staatsregierung solle sich nicht in die Energiewirtschaft einmischen. Ich meine, sie muss sich einmischen, Herr Ministerpräsident!

Wir müssen daran festhalten: Wenn Eon, Gazprom oder andere nicht in der Lage sind, die beim Abschalten der Atomkraftwerke entstehende Lücke durch Gaskraftwerke zu ersetzen, ist es besser, seitens des Freistaates ein paar hundert Millionen in die Hand zu nehmen, um diese Lücke zu schließen, anstatt sich damit zufriedengeben, dass Gazprom oder Eon sagen: Das wollen wir nicht, also tun wir es nicht. Wir müssen dieses Ziel umsetzen, das ist unsere Aufgabe als bayerische Politiker.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Energiepolitik wurde in Bayern lange Jahre falsch aufgehängt, indem man nur auf die Atomlaufzeitverlängerung abzielte. Bis heute hat man nicht nur den Eindruck, sondern eigentlich den Anscheinsbeweis, dass für kleinere Strukturen kein besonderes Herz schlägt. Wenn der kleine Landwirt eine Biogasanlage baut, muss er lange betteln, bis er die Einspeisevergütung bekommt. Viel lieber stimmen Sie den Entschädigungen für die Offshore-Investoren zu, meine Damen und Herren, Investoren – ich sage das noch einmal -, die in Windanlagen vor der Küste investiert haben, aber ihren Strom nicht liefern können.

(Alexander König (CSU): Allerschlimmste Polemik, wirklich schlimm!)

Sie haben investiert, aber können den Strom nicht liefern, und bekommen auch noch Geld für den nicht gelieferten Strom. Für solche Dinge heben Sie die Hand, für nicht gelieferten Strom irgendeines Großinvestors.

(Alexander König (CSU): Infame Polemik!)

Sie sollten sich dafür einsetzen, dass kleine Dinge im Land geschehen, die den Kommunen helfen wie beispielsweise die Rückübertragung von Netzen in den Fällen, in denen es sinnvoll ist. Hören Sie auf mit Milliarden für Großinvestoren, die dem Bürger am Ende keinen Strom liefern, sondern nur für Planungen bezahlt werden.

(Alexander König (CSU): Übler Vergleich, üble Polemik!)

Wir müssen bei der Energiepolitik auf eine ehrliche Wende hin zu den Bürgern setzen. Da ist es ein geradezu politisches Trauerspiel, wie die erneuerbaren

Energien als die Preistreiber verschrien werden. Gleichzeitig werden die Kosten der Atomenergiewirtschaft ausgeblendet, obwohl wir doch überhaupt noch nicht abschätzen können, was in den nächsten Jahrhunderten auf uns zukommt. Hier wird dagegen die Meinung vertreten, dass es uns das Genick bricht, wenn sich ein paar Leute für erneuerbare Energien einsetzen. Meine Damen und Herren, uns wird am Ende nichts anderes übrig bleiben, als unsere Energieversorgung mit erneuerbaren Energien selbst zu bewerkstelligen. Wir müssen dabei verstärkt in die Energieeinsparung investieren. Es ist doch geradezu peinlich, wenn die Energiekommission, die nach Fukushima als überparteiliches Gremium eingerichtet wurde, um parteiübergreifend Lösungswege zu finden, nicht einmal ein paar Millionen Euro Zuschuss bekommt. Kein sinnvoller Vorschlag von dort, wie beispielsweise die energetische Gebäudesanierung oder ähnliches, hat Eingang in den Haushaltsentwurf gefunden. Man missbraucht diese Energiekommission dazu, dieses brisante Thema aus der Landtagsdebatte herauszuhalten, und versucht, ein Thema hinter verschlossenen Türen zu entschärfen, das unangenehm zu sein scheint. Am Ende heißt es dann: Außer Spesen nichts gewesen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Lasst diese Leute doch arbeiten, gewährt ihnen ein kleines Budget oder nehmt sie zumindest ernst. Und wenn dann von dort ein parteiübergreifender Vorschlag kommt, dem sie auch zugestimmt haben, für den dann aber kein Geld fließt, frage ich mich schon: Wieso sitzen die zusammen? Das alles ist symptomatisch für die letzten Jahre. Ich hatte zu Beginn dieser Legislaturperiode so sehr gehofft, bei diesem Thema das Parteibuch in der Tasche lassen zu können und stattdessen anhand von Themen entscheiden zu können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Anhaltende Unruhe - Lebhafter Widerspruch von der CSU)

Das gilt auch für andere Themen. Wenn von den FREIEN WÄHLERN beispielsweise der Vorschlag kam, die Studiengebühren abzuschaffen, haben Sie geradezu das Gegenteil vertreten. Sie haben immer das Gegenteil von dem gesagt, was wir gesagt haben. Vielleicht hätten wir etwas sagen müssen, was wir gar nicht wollten. Dann wären wir vielleicht dahin gekommen, wohin wir wollten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Mir tut es um viele gute Ideen leid, die auf der linken Seite des Plenums entstanden sind, die aber radikal niedergebügelt wurden. Für mich heißt Bürgernähe, auch einmal mit den anderen zu reden und nicht alles

niederzubügeln, was von der linken Seite vor diesem Graben kommt.

(Thomas Hacker (FDP): Ich habe kein Bügeleisen!)

Ich habe gesagt, dieser Graben solle keine Demarkationslinie sein, sondern ein Durchgang. Sie haben politisch etwas anderes praktiziert. Damit haben wir einige Jahre kostbarer Zeit verloren. Das ist meine klare Ansage.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ich habe vorhin gesagt, die Energiekommission sei eine Selbstbeschäftigungstruppe, um ein brisantes Thema aus der parlamentarischen Debatte herauszuhalten. Sie haben bis heute nicht viel für die Idee übrig, aus den erneuerbaren Rohstoffen Energie produzieren zu lassen und sich mit Speichertechnik für die Zukunft aufzustellen. Beim Aufbau der Atomenergie sind Milliarden und Abermilliarden in die Forschung und in den Aufbau der ersten Kernkraftwerke geflossen. Sie sollten nur einen Bruchteil dieses Engagements aufwenden, um die Speichertechnik salonfähig und praxistauglich zu machen. Wir haben die Technik. Diese Technik gibt es in Deutschland, nämlich die Methanisierung. Dann kommen aber sofort die Gegenargumente: Das ist zu teuer. Meine Damen und Herren, Sie finanzieren mit diesem Geld lieber die Atommüll-Endlagerung als die Zukunftstechnik.

Meine klare Botschaft an Sie: Bitte öffnen Sie diese Scheuklappen. Sagen Sie Ja zu mehr Speichertechnik. Machen Sie nicht nur eine Feigenblattpolitik, sondern sagen Sie Ja zu diesen erneuerbaren Energien. Zerschneiden Sie sich nicht den Kopf darüber, wie Sie den Sonnenstrom und den Windstrom deckeln können. Vor ein paar Jahren hat es noch geheißen: Die leisten keinen Beitrag. Dieser Beitrag sei verschwindend gering. Heute sagt man: Man muss die Einspeisung deckeln, damit sie nicht zu viel produzieren. Wir haben hier ein Luxusproblem. Bringen Sie diese Energie in die Speicherfähigkeit. Das ist unser Vorschlag an Sie.

Sagen Sie nicht wieder Nein. – Sie lächeln wieder. Sie schütteln wieder den Kopf. Was ist Ihre Alternative, außer am Ende den Atomstrom aus Tschechien zu holen?

(Karsten Klein (FDP): Lesen Sie unser Energiekonzept! Sie haben keine Ahnung!)

Bis vor einem Jahr wollten Sie die Laufzeit der Atomkraftwerke verlängern. Heute sagen Sie: Das geht nicht. Dieses Ziel der Energiewende werden wir viel-

leicht nicht erreichen. Sie wollen nicht. Sie zerbrechen sich den Kopf darüber, wie die Lobbyisten von gestern auch die Lobbyisten von morgen sein können, statt die Kommunen und die Bürger verdienen zu lassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, Sie haben diese Fehlentwicklung damals mit der Privatisierung der Bayernwerk AG selbst eingeleitet. Sie haben den Staat aus der Verantwortung entlassen. Heute stellen wir fest, dass wir an dieser Front nicht mehr handlungsfähig sind. Ich sage Ihnen ganz klar: Wir müssen in den nächsten Jahren in erster Linie das Niveau in Bayern dort sichern, wo wir Nachholbedarf haben. Wir müssen bei der Bildung und anderen Themen noch etwas draufsetzen.

Wir müssen aber auf alle Fälle verhindern, dass uns Strukturen wegbrechen, die heute so wichtig sind. Das sind die Gesundheitsversorgung, die Energieversorgung und das Verkehrsinfrastruktursystem, an dem die Staatsstraßen einen großen Anteil haben, für die wir mehr Mittel brauchen. Ich glaube nicht allen Statistiken, aber angeblich hat Bayern bundesweit den schlechtesten Zustand der Staatsstraßen vorzuweisen. Wir fordern mehr Mittel, um diese Strukturen zu erhalten. Es macht keinen Sinn, wenn auf Bayerns Straßen immer mehr Schilder zu sehen sind, mit denen die Autofahrer aufgefordert werden, aufgrund der Schlaglöcher langsamer zu fahren. Bitte machen Sie diese Löcher dicht, bevor Sie weitere Milliardenlöcher an anderer Stelle aufreißen.

Ich sage deshalb ein klares Nein zur Donaustaustufe. Für dieses Projekt sind mittlerweile rund 100 Millionen Euro an Planungs- und Gutachterkosten vergeudet worden. Hätten Sie mit den Bürgermeistern vor Ort gesprochen, hätten diese Ihnen kostenlos gesagt: Bitte staut mir das Wasser hier nicht an, weil mir sonst mein Gewerbegebiet absäuft. Nehmt das Geld lieber in die Hand und baut damit einen Hochwasserschutz. Sie werden – so hoffe ich – noch auf diese Lösung kommen. Sie haben jahrelang Zeit und Geld vergeudet. Sie haben trotzdem nichts anderes vorzuweisen, als heute zu sagen, wir müssten ergebnisoffen diskutieren, obwohl Sie schon jahrelang die vorgefertigte Meinung hatten, dass die Staustufe kommen müsse. Heute sehen Sie, dass nach jüngsten Umfragen nur 9 % der Bevölkerung in dieser Gegend für die C-280-Lösung sind. Der Rest ist entweder für die sanftere Ausbauvariante oder für gar keinen Ausbau.

Sollten Sie an der dritten Startbahn festhalten, wäre das die erste Fehlentscheidung. Sollten Sie an der Staustufe festhalten, wäre das die zweite Fehlent-

scheidung. Die Menschen wollen diese Größenwahnpolitik nicht. Lassen Sie Bürgernähe walten. Hören Sie auf die Leute. Hören Sie auf die Kommunalpolitiker, und nicht auf Ihre Gutachter mit zweifelhafter Herkunft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Tochtergesellschaften von Energieversorgern haben diese Gutachten erstellt. Da fragt man sich, wer hier welches Ziel verfolgt. Meine Damen und Herren, fragen Sie die Menschen; das sind die besten Gutachter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Genauso deutlich möchte ich an dieser Stelle die klare Ablehnung der dritten Startbahn durch die FREIEN WÄHLER bekräftigen. Herr Ministerpräsident, Sie sind immer ein Freund von Volksabstimmungen. Heute habe ich gelesen, dass CSU und FDP wohl eine Initiative in den Bundesrat einbringen wollen mit dem Ziel, über Themen der Europapolitik, beispielsweise über die Rettungspakete, Volksabstimmungen abhalten zu lassen. Wo jedoch Volksabstimmungen stattgefunden haben, wie zum Beispiel in München, respektieren Sie sie nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Genauso deutlich sage ich Ihnen: Wir brauchen nicht mehr Beton. Wir brauchen intelligente Anbindungen an den Flughafen. Wir brauchen Planungen und Realisierungen für eine Verbesserung des Bahnnetzes, um Kurzstreckenflüge innerhalb Deutschlands einzusparen und die Passagiere dieser Kurzstreckenflüge auf die Bahn zu bringen. Die Bahn darf nicht kaputtgehungert werden, damit man am Ende sagen kann: Das geht leider nicht. Vor allem brauchen wir keine dritte Startbahn. Was in 20 Jahren ist, soll in 20 Jahren entschieden werden.

Sie wissen, dass wir momentan die Voraussetzungen haben, um 400.000 Flugbewegungen abzuwickeln. Wir können noch auf 500.000 Flugbewegungen und darüber hinaus gehen. Hier besteht Spielraum nach oben. Respektieren Sie das, und nehmen Sie Abstand von dieser Planung. Wenn Sie aber bei der Landtagswahl ins Messer laufen wollen, dann schreien Sie möglichst lange und laut: Die CSU will die dritte Startbahn. Dann brauchen wir bei diesem Thema keinen Wahlkampf mehr zu machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der öffentliche Dienst ist eine weitere Baustelle.

(Widerspruch bei der CSU)

Wir brauchen in Bayern mehr Lehrer. Wir brauchen mehr Polizisten. Wir brauchen auch einen fairen Umgang mit diesen Leuten. Der öffentliche Dienst ist jahrelang an der Nase herumgeführt worden. Wir sind dort nicht so aufgestellt, wie wir aufgestellt sein könnten, wenn Sie die Forderungen der Berufsverbände und der Opposition ernster genommen hätten.

Meine Damen und Herren, Sie haben Jahre mit einer Polizeistrukturereform in der Hoffnung vergeudet, plötzlich würden irgendwelche Polizisten vom Baum springen, die es vorher nicht gab. Heute stellen Sie fest, dass nicht mehr Polizei auf der Straße ist. Sie haben Jahre dadurch verloren, dass Sie nicht rechtzeitig eine ausreichende Zahl junger Polizistinnen und Polizisten eingestellt haben. Damit haben Sie der inneren Sicherheit keinen Gefallen getan.

Meine Damen und Herren, Sie wollen jetzt 100 Millionen Euro in den Pensionsfonds einzahlen. Sie müssten noch 300 Millionen Euro drauflegen; erst dann wäre das Pensionsgefüge halbwegs sturmsicher. Sie haben einen geschönten Haushalt vorgelegt, der diese Folgekosten ausblendet, die uns in der Zukunft massiv treffen werden. Sie gaukeln uns eine Situation vor, in der wir Schulden zurückzahlen könnten, sorgen aber für die Folgekosten des öffentlichen Dienstes nicht vor. Anstatt so zu tun, als könnten Sie eine Milliarde zurücklegen oder zurückzahlen, sollten Sie ganz offen sagen: Dieses Geld ist aus dem System nicht anders als durch Bilanztricks herausholbar. Lassen Sie die Finger davon. Rechnen Sie ehrlich und geben Sie zu, dass die Entschuldung auf null bis zum Jahre 2030 vielleicht ein schöner PR-Gag war, aber mit der Realität nichts zu tun hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben immer wieder gefordert, auch die Kommunen an den Segnungen einer Entschuldung teilhaben zu lassen. Die Kommunen in Bayern können ihren Schuldenanteil leider nicht zurückführen, sondern er steigt jährlich. Auch hier lautet die Botschaft: Wenn wir abbauen, dann müssen wir symmetrisch abbauen. Es darf nicht sein, dass der Freistaat Bayern außen vor bleibt und fein dran ist und uns die Kommunen nichts angehen. Nein, die Kommunen müssen dabei mindestens genauso bedient werden.

Das werden sie aber nicht. Wir stellen fest, die Kommunen werden mit ihren Schuldenproblemen weiterhin nicht so ernst genommen, wie das sein müsste. Nehmen Sie Abschied von Ihren Entschuldungszielen an der Stelle; beginnen Sie erst einmal mit den Kommunen und schauen dann, was noch übrig bleibt. Wenn Sie so tun, als könnte man den Kommunen das Geld vorenthalten, muss ich feststellen, dass wir fi-

nanzpolitisch leider falsch aufgestellt sind, so schön der Traum einer Entschuldung auch ist.

(Reserl Sem (CSU): Von Nachhaltigkeit haben Sie keine Ahnung!)

Sie haben am Sonntag den Premierminister von Griechenland empfangen und sind jetzt zum schnurrenden Kätzchen mutiert. Früher haben Sie klare Kante gezeigt und deutlich gemacht, dass Sie diejenigen sind, die für eine solide Europapolitik kämpfen, aber jetzt haben Sie sich leider als Kätzchen unter den Rock schoß von Mutti geflüchtet.

(Ministerpräsident Horst Seehofer droht mit dem Finger – Allgemeine Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, Sie haben alles über Bord geworfen, was die Gründungsväter des Euro produziert haben. Sie haben über Bord geworfen, was Horst Köhler als damaliger deutscher Verhandlungsführer in die Verträge geschrieben hat: Jeder haftet für seine Schulden selbst. Sie haben über Bord geworfen, was Theo Waigel damals haben wollte: Jeder haftet für seine Schulden selbst.

Sie öffnen heute die Tür zur Vergemeinschaftung der Schulden. Sie öffnen die Tür zu einer Schuldengemeinschaft auf europäischer Ebene und kündigen gleichzeitig eine Klage gegen den Länderfinanzausgleich innerhalb Deutschlands an. Auf europäischer Ebene aber unterschreiben Sie Rettungspakete, wo Sie überall noch eine oder zwei Nullen gegenüber der deutschen Situation dranhängen müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich fordere Sie auf, entweder offen zu sagen, dass Sie die Schuldengemeinschaft innerhalb Europas wollen, wie Sie das derzeit durch Ihr Abstimmungsverhalten bekunden, oder das Gegenteil zu tun. In letzterem Fall dürfen Sie dann nicht die Hand für das letzte Griechenlandpaket mit über 40 Milliarden Euro heben. Im Sommer haben Sie noch jeden Eid darauf geschworen, dass das zweite Paket das letzte ist. Es ist aber noch nicht einmal Weihnachten geworden, und schon ist das dritte Paket gekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Karsten Klein (FDP): Was sagen die SPD und die GRÜNEN dazu, eure künftigen Koalitionspartner?)

- Dazu sage ich auch einen Satz; damit habe ich gar keine Probleme. Ich kreide hier auch der SPD und den GRÜNEN an, dass sie anscheinend mit dieser Umverteilung von unten nach oben kein Problem haben. Diese Euro-Rettungsschirme sind eine Umverteilung vom Steuerzahler, vom Sparer auf die große

Finanzindustrie. Sehen Sie sich einmal an, wer von den Rettungspaketen in letzter Zeit profitiert hat. Das sind die Finanzjongleure, die damals diese Staatsanleihen billig gekauft haben. Sie haben sie zum Nennwert von 15 v. H. gekauft und bekommen heute 30 v. H. dafür, weil das Zeug von Goldman Sachs & Co. auf Kosten des Steuerzahlers zurückgekauft wird. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Diese Rettungspolitik rettet nur die Renditeerwartungen der Finanzindustrie, aber leider nicht den kleinen Griechen. Ich sage das ganz offen: Wenn es Ihnen mit der europäischen Solidarität wirklich ernst wäre, dann müssten Sie Programme zur Verbesserung der Finanzsituation des Mittelstands und der Wirtschaft in den Kommunen in Griechenland machen, um damit die Wirtschaft anzukurbeln, anstatt irgendwelche maroden Papiere von den Großbanken für Milliardenbeträge zurückzukaufen. Davon hat der kleine Grieche nichts außer Ärger und den Vorwurf der deutschen Steuerzahler, er würde auf unsere Kosten leben.

(Alexander König (CSU): Wann kommen Sie wieder auf die bayerische Landespolitik zurück?)

Diese Rettungsschirm-Politik bedeutet keine Rettung für die kleinen Leute, sondern ist eine Umverteilung von unten nach oben. Wir als FREIE WÄHLER stehen weiterhin auf dem Standpunkt, dass jeder für seine Schulden selbst haften muss, wie das bei der Einführung des Euro versprochen wurde. In Griechenland, das ja nicht mehr haften kann, muss leider Gottes die Finanzindustrie mit dem Ofenrohr ins Gebirge schauen.

(Alexander König (CSU): Wie Sie das vortragen, ist das Demagogie!)

- Dann haben Sie jahrelang Demagogie betrieben. - Meine Damen und Herren, mit dieser Euro-Finanzpolitik stellen Sie die Weichen falsch, und das wird uns am Ende Kopf und Kragen kosten. Sie ruinieren damit die Geldwertstabilität, und das wissen Sie auch. Sie wissen, dass Sie auf dem falschen Dampfer sind, aber leider nicht mehr herunter können. Auch hier gilt: Kümmern Sie sich darum, Schlimmeres zu verhindern. Kümmern Sie sich darum, dass die deutschen und bayerischen Sparkassen und Genossenschaftsbanken nicht in diesen Strudel hineingezogen werden. Reden Sie mit denen, dann werden Sie hören: Bitte keine Bankenunion, bitte keine Haftungsunion. Ich prophezeie eines: Eine Haftungsunion wird in Kürze mit Ihrer Zustimmung kommen. Man wird sagen, dass man sich gegenseitig stützen muss. Sie werden auch die bayerischen Sparkassen in die Haftung für Goldman Sachs & Co. nehmen lassen. Sie hatten schon

bisher kein Problem damit, diese Leute über die Rettungsschirme zu bedienen.

Unsere Lösung ist ganz klar: Wir wollen an der bewährten Struktur festhalten, die wir heute haben.

(Alexander König (CSU): Was machen wir jetzt?)

Wir brauchen heute die Sparkassen und die Genossenschaftsbanken gar nicht in Haftung für die Unfälle der Großen zu nehmen. Lasst die in Ruhe, die solide gewirtschaftet haben, und lasst die Großen auch einmal für ihre Fehler selbst bezahlen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meinen Damen und Herren, das regionale Bankensystem ist noch einigermaßen sturmsicher, wenn wir als Politiker nicht das Dach davon herunterreißen. Lassen Sie also diese Dinge unangetastet, lassen Sie davon die Finger! Ich appelliere nochmals an Sie: Lassen Sie Sparkassen und Genossenschaftsbanken außerhalb der Eurokrise! Ziehen Sie die nicht mit hinein in der Hoffnung, dass dann noch ein paar Milliarden Euro fällig werden, dass wir diesen Wahnsinn dann noch ein paar Monate länger durchhalten können. Nein, wir müssen heute fordern, dass das System von unten her nach oben stabil und solide aufgebaut sein soll.

Dazu brauchen wir in Bayern die Landwirtschaft vor Ort; dafür brauchen wir eine Energiepolitik, die regionale Wertschöpfung zulässt; dafür brauchen wir eine gute Bildungspolitik; dafür brauchen wir eine vernünftige Verkehrsinfrastrukturpolitik; dafür brauchen wir eine Politik, die den Mittelstand nicht vergisst. Wir müssen die ländlichen Räume mitnehmen und dürfen die Probleme in den Städten nicht ohne Not durch immer mehr forcierte Zuwanderung vergrößern. Das heißt, wir müssen auch Mittel in den ländlichen Raum investieren, damit nicht alle jungen Leute in die Städte abwandern, wo sie die Mieten nicht bezahlen können.

Wir brauchen dafür auch eine solide Finanzpolitik. Das bedeutet, in die Zukunft und in die Strukturen zu investieren. Wir müssen in Bildung und Infrastruktur investieren anstatt in die Landesbank und in Großprojekte.

Bisher wurde noch gar nichts zu den ABS-Papieren gesagt, die Sie aus Amerika gekauft haben,

(Alexander König (CSU): Wir haben überhaupt keine gekauft, die Landesbank hat welche gekauft!)

die uns in den nächsten Jahren weitere Risiken in Milliardenhöhe einbrocken werden und die uns weitere

Milliarden kosten werden. Das sind schlummernde Zeitbomben. Bauen Sie also nicht ohne Not weitere schlummernde Zeitbomben, die uns viel Geld kosten. Streichen Sie die Großprojekte, die ich aufgezählt habe. Kümmern Sie sich um die Zukunft dieses Landes. Das ist Programm genug, und zwar nicht nur bis zur Landtagswahl 2013, sondern mindestens für die nächsten vier Jahre. Ich bitte Sie, diese Argumente nicht wieder vom Tisch zu wischen und darüber zu lachen, sondern diese Dinge ernst zu nehmen.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Vielen Dank, Herr Kollege Aiwanger. Wir setzen die Aussprache fort. Das Wort hat die Vorsitzende der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, Frau Kollegin Bause.

**Margarete Bause (GRÜNE):** Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich, lieber Markus Rinderspacher, habe vor Kurzem mit großem Interesse das Interview mit Bernd Weiß gelesen. Ich finde, er hat die Misere seiner eigenen Partei, der CSU, wunderbar auf den Punkt gebracht. Weil es so schön ist und weil es so treffend ist, zitiere auch ich gerne Herrn Weiß:

Ich frage mich, was hat die CSU inhaltlich die letzten vier Jahre auf den Weg gebracht. Viel ist das nicht. (...)

(Beifall den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Statt zu regieren, drehen wir uns seither nach dem Wind. (...)

Der Doppelhaushalt, den Sie uns heute vorlegen, ist der Beleg für genau diese Bewertung Ihres Kollegen Weiß. Der Doppelhaushalt ist zwar viele Seiten dick, er ist Milliarden schwer, und er ist mit viel Selbstbeweihräucherung getränkt, aber er steht unter dem Motto: Viel Geld, wenig Ideen, keine Linie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist auch die Devise Ihrer gesamten Politik, Herr Seehofer. Ihr Prinzip ist die Prinzipienlosigkeit. Ihre Überzeugung ist die Überzeugungslosigkeit. Ihre Orientierung ist die Orientierungslosigkeit.

(Alexander König (CSU): So gut kann es Bayern gar nicht gehen, dass Sie nicht solche Geschichten erzählen!)

Das Charakteristikum Ihrer gesamten Politik ist die völlige Beliebigkeit. Markus Rinderspacher hat es an-

hand vieler Beispiele aufgelistet. Das muss ich nicht wiederholen. Das Charakteristikum Ihrer Politik ist die völlige Beliebigkeit. Sie, Herr Seehofer, sind Spieler und Spielball in einem. Sie spielen mit allen Positionen. Es kann die sein, es kann die andere sein, aber Sie sind auch Spielball, denn Sie sind Getriebener. Sie gucken danach, wie gerade die Stimmung ist, wie gerade die Umfragewerte sind und welche Position gerade am besten ankommt. Damit sind Sie Spieler und Spielball in einem, aber kein Gestalter von Politik.

(Alexander König (CSU): Die wenigsten dieser Theorien sind wahr!)

Ihr Doppelhaushalt ist Ausdruck dieser Beliebigkeit. Er ist der Versuch, sich mit mehr oder weniger sinnvollen Geschenken bei möglichst vielen Wählern möglichst kurz vor der Wahl möglichst beliebt zu machen. Ihr einziges Ziel ist der Machterhalt für die CSU, koste es, was es wolle. Die FDP macht dabei auch noch brav mit. Ihre Politik kostet in der Tat etwas. Wir haben einen Haushalt auf Rekordhöhe, weil wir uns in Bayern trotz Unterbesetzung der Finanzbehörden über ein herausragend hohes Steueraufkommen freuen dürfen. Wir freuen uns über dieses hohe Steueraufkommen. Es ist hervorragend, es ist wunderbar. Damit könnte man wirklich etwas machen. Damit könnte man Versäumtes nachholen. Damit könnte man verdeckte Schulden abbauen. Damit könnte man Ungerechtigkeiten mindern. Damit könnte man nachhaltig investieren. Und damit könnte man mutig die Weichen für zukünftige Herausforderungen stellen.

Was machen Sie aber in dieser wirklich vorteilhaften Situation? Sie sind mit diesem Doppelhaushalt allenfalls in der Lage, Ihre eigenen Fehler und Versäumnisse zu korrigieren. Darauf komme ich später noch einmal. Wo ist Ihre Antwort auf die strukturellen Probleme? Welche Weichen stellen Sie denn für die Zukunft? Welche Vision haben Sie davon, wo unser Bayern in zehn Jahren stehen soll? Haben Sie denn eine Idee, wohin Sie Bayern in der Zukunft bringen wollen?

(Alexander König (CSU): Wir planen nicht nur für zehn Jahre, sondern bis 2030!)

Sie wollen immer nur so weitermachen wie bisher. Sie wollen in den ausgefahrenen Bahnen weitermachen. Damit werden Sie die Zukunft nicht gestalten können. Damit werden Sie für unsere Kinder keine lebenswerte Zukunft erreichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie nutzen die Gunst der Stunde nicht. Es ist eine Gunst der Stunde, dass wir so viele Milliarden zur Verfügung haben. Sie nutzen aber die Gunst der

Stunde nicht, weil es Ihnen nur um das Hier und Jetzt geht. Ihnen geht es nur um einen kurzfristigen Effekt. Ihnen geht es um die Show und das selbstgefällige Schulterklopfen. Sie haben keine Idee für eine gute Zukunft für Bayern, für eine gute Zukunft für die Menschen in Bayern.

(Georg Schmid (CSU): Ihr wollt eine andere Zukunft!)

Ihre einzige Idee, Herr Schmid, ist es, dass alles so weitergehen muss wie bisher und dass die CSU an der Macht bleiben muss.

(Georg Schmid (CSU): Stimmt doch nicht!)

Das ist wirklich armselig und das ist wirklich kein Zukunftsprogramm für Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN - Georg Schmid (CSU): Sie wollen an die Macht, und das ist auch kein Zukunftsmodell!)

Kommen wir zu Ihren Fehlern und Versäumnissen der Vergangenheit. Jahrelang haben Sie den Krippenausbau blockiert, weil die Realität in den Familien nicht zu Ihrer verstaubten Familienideologie gepasst hat.

(Alexander König (CSU): Wir bringen den Krippenausbau rasend schnell voran, Frau Kollegin! Nur in München sind die Plätze zu wenig!)

Letztendlich merken Sie, dass Sie sich mit dieser Position ins gesellschaftliche Abseits manövriert haben und jetzt bemühen Sie sich, das Versäumte endlich aufzuholen. Sie investieren ordentlich. Das muss man sagen. Allerdings sollten Sie nicht permanent die Zahlen frisieren, Herr König.

(Alexander König (CSU): Ich doch nie, Frau Bause!)

Ausnahmsweise sollten Sie einmal ehrlich sein, Herr König, denn das fällt Ihnen irgendwann einmal auf die Füße.

(Alexander König (CSU): Bitte den Beweis!)

Schauen Sie sich einfach die Zahlen des Statistischen Landesamts an. Bei der Betreuung der Kinder unter drei Jahren haben wir in Bayern eine Deckungsquote von gerade einmal 23 %, aber nicht die 40 %, mit denen Frau Haderthauer dauernd durchs Land läuft.

(Alexander König (CSU): Wie viel ist es in München?)

Wenn wir die Quote von 37 % erreichen wollen, die erforderlich ist, um den Rechtsanspruch zu erfüllen,

müssen wir in Bayern bis August nächsten Jahres noch 45.000 Plätze schaffen. Das werden Sie nicht schaffen. Da werden Sie nicht hinkommen. Dafür müssten Sie noch 60 % zusätzlich schaffen. Hier rächen sich Ihre jahrelangen Versäumnisse. Ihre Schönrechnerei hilft den Familien, die auf der Suche nach einem Krippenplatz sind, nichts. Zuerst haben Sie jahrelang die Realität verleugnet. Jetzt wollen Sie sich mit Ihrer atemlosen Aufholjagd selbst loben. Das ist eher peinlich und kein Ruhmesblatt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Den gesellschaftlichen Entwicklungen hinterherzulaufen, ist noch keine Tatkraft. Trotz dieser zusätzlichen Investitionen setzen Sie die Anreize an der falschen Stelle. Natürlich ist eine kostenfreie Bildung von der Kinderkrippe über die Schule bis hin zur beruflichen Bildung und zur Hochschule wünschenswert. Bevor wir die Beiträge für die Kinderkrippen und Kindertagesstätten senken können, müssen wir jedoch zuerst in die Qualität der Kindertagesstätten investieren. Das ist vordringlich. Das wünschen sich die Familien.

(Thomas Hacker (FDP): Also brauchen wir Studienbeiträge, damit wir das andere zuerst erledigen können!)

Da haben wir noch große Aufgaben vor uns. Wir brauchen kleinere Gruppen. Wir müssen in die Inklusion investieren. Wir brauchen verbesserte Rahmenbedingungen für die Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher. Wir brauchen eine bessere Bezahlung für den Knochenjob, den die Erzieherinnen und Erzieher leisten. Das sind nachhaltige Investitionen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Am Ende haben wir zwar schöne Kinderkrippen, es fehlen aber die Erzieherinnen, die sich um unsere Kinder kümmern.

(Thomas Hacker (FDP): Und hoffentlich auch mehr Erzieher!)

- Das war mit dem großen "I", das haben Sie nicht gehört.

Hinterherlaufen ist noch keine Tatkraft, Kolleginnen und Kollegen! Das gleiche Muster erleben wir bei den Ganztagschulen, beim DSL-Ausbau und bei der Energiewende. Erst blockieren Sie, dann verpennen Sie die Entwicklung, und am Ende wollen Sie sie schönreden. Dann übernehmen Sie die Konzepte der Opposition und tun so, als hätten Sie sie erfunden. Auch Folgendes ist bei Ihnen sehr beliebt: Zuerst streichen, rasieren und kürzen und dann, je näher der Wahltag kommt, nehmen Sie diese Kürzungen Schritt



für Schritt zurück und verkaufen das Ganze als großartiges und großzügiges Geschenk.

Ein Beispiel dafür ist der öffentliche Dienst, der heute schon des Öfteren erwähnt wurde. Zuerst haben Sie von der CSU die 42-Stunden-Woche eingeführt. Jetzt lassen Sie sich für die Rücknahme feiern. Was ist das für ein Geschenk? Zuerst nehmen Sie den Beamten etwas weg, und dann lassen Sie sich groß dafür feiern, dass Sie es wieder zurückgeben. Sie haben die Nullrunde für Beamte durchgezogen, die Eingangsbeholdung abgesenkt, die Leistungsbezüge ausgesetzt, die Wiederbesetzungssperre verlängert. Alles das wird jetzt kurz vor der Wahl rückgängig gemacht. Wenn Sie schon Geschenke verteilen, Kolleginnen und Kollegen, die Sie den Beschenkten vorher weggenommen haben, dann sollten Sie die Empfänger wenigstens nicht für so dumm halten, als würden sie diesen Trick nicht durchschauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren, ist zwar richtig. Eine zukunftsweisende Politik ist das noch nicht. Schmerzlich vermischen wir in Ihrer gesamten Politik und auch in diesem Doppelhaushalt Transparenz, Klarheit und Ehrlichkeit. Wieso ist es eigentlich eine schier unmögliche Detektivaufgabe, in diesem Haushalt herauszufinden, wie viele neue Lehrerstellen es tatsächlich an den Schulen gibt? Sie jubeln über Tausende neuer Stellen, aber vor Ort in den Schulen wurden keine neuen Lehrer gesehen. Sind diese Lehrer unterwegs in einem schwarzen Loch verschwunden, oder was sonst ist mit ihnen passiert? Fakt ist: Die Hälfte Ihrer so großartig verkündeten neuen Stellen schafft nur einen Ausgleich für die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche.

(Renate Will (FDP): Also jetzt!)

- So ist es. Fakt ist: Die Hälfte dieser neuen Stellen schafft nur einen Ausgleich für die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche. Fakt ist auch, Frau Will, dass die sogenannte demografische Rendite nur zur Hälfte in den Schulen belassen wird, obwohl Sie versprochen haben, sie in den Schulen zu belassen, und nicht zu 100 %. Sagen Sie den Schulen wenigstens die Wahrheit und betreiben Sie nicht dauernd Ihre Vernebelungsstrategie.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fakt ist auch, dass die Ausgaben für Bildung und Erziehung im Kultushaushalt in den letzten zehn Jahren prozentual nicht angestiegen sind. Sie loben sich hier selbst dauernd für die großartigen Erhöhungen im Bildungsetat, aber wenn man betrachtet, wie der Etat insgesamt gestiegen ist, merkt man, dass der Anteil

der Bildungsausgaben in den Schulen nicht in gleicher Weise angestiegen ist. Er ist proportional gleich geblieben oder sogar abgesunken. Sehen Sie sich einmal die Zahlen des Statistischen Landesamtes an. Der Anteil der Mittel aus dem Bildungs- und Erziehungshaushalt betrug im Jahr 2004 12,8 % des gesamten Haushaltes, im Jahr 2008 12,4 % des gesamten Haushaltes und im Jahr 2012 11,5 % des gesamten Haushaltes. In den nächsten beiden Jahren des von Ihnen so hoch gerühmten Doppelhaushaltes, in dem angeblich viel in die Bildung investiert wird, liegt der Anteil bei 11,8 % bzw. bei 11,7 %. Ich frage mich: Wo bleibt denn Ihre viel gerühmte Schwerpunktsetzung in der Bildungspolitik? Sie ist ein billiger Marketingtrick und sonst nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Energiewende. Zunächst zum Erfreulichen: Der Zuwachs an erneuerbaren Energien in Bayern ist beeindruckend. Bundesweit beträgt der Anteil circa 25 %, in Bayern circa 33 %. Das ist beeindruckend, und es zeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger die Energiewende wollen. Sie engagieren sich, sie investieren in saubere und sichere Energien. Demnach ist das Ziel, langfristig zu 100 % erneuerbare Energien zu nutzen, keine Illusion, wie Sie es jahrelang dargestellt haben, sondern dieses Ziel ist erreichbar, wenn man es in gute Hände nimmt und wenn man es gut gestaltet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieser erfreuliche Zuwachs bei den erneuerbaren Energien in Bayern ist einzig und allein den Bedingungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zu danken und keiner einzigen anderen Maßnahme auf Bundes- und auf Landesebene. Einzig und allein das Erneuerbare-Energien-Gesetz hat zu diesem raschen und dynamischen Ausbau geführt. Deswegen fordere ich Sie auf: Beenden Sie endlich Ihre unqualifizierten Angriffe auf das Erneuerbare-Energien-Gesetz und machen Sie sich mit uns auf den Weg, dieses wichtige und gute Gesetz zukunftsfest zu gestalten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Nach wie vor hakt es in Bayern allerdings bei der Windenergie. – Herr Zeil, schön, dass Sie da sind.

(Staatsminister Martin Zeil: Ich bin immer da!)

Wir warten seit mehr als einem Jahr darauf, dass Sie endlich den Wind-Atlas vorlegen. Immer noch liegt kein planungssicherer, vernünftiger und zuverlässiger Wind-Atlas für Bayern vor. Im Herbst letzten Jahres haben Sie uns versprochen, er solle vor Weihnachten erscheinen. Dann sollte er im Frühjahr erscheinen,

dann sollte er im Sommer erscheinen. Jetzt ist bald wieder Weihnachten, und der Wind-Atlas ist immer noch nicht da.

(Theresa Schopper (GRÜNE): Ein Dauergeschenk!)

Was machen Ihre Beamten im Ministerium den ganzen Tag über? Können Sie nicht endlich die Planungsgrundlage für die Windenergie auf den Weg bringen, damit die Kommunen endlich wissen, wie und wo sie hinsichtlich der Windenergie planen können? Es handelt sich um eine ausgewachsene Blamage Ihrer Politik, Herr Wirtschaftsminister.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wo bleibt denn, Herr Zeil, die Verteilnetzstudie? Auch auf diese warten wir seit Sommer, auch diese haben Sie uns versprochen. Wir müssen die Verteilnetze in Bayern ausbauen, und eine gute Planungsgrundlage bedarf erst einmal einer guten Studie. Auch darauf warten wir seit Monaten vergebens.

Was ist eigentlich mit dem Pumpspeicherkataster? Auch das haben Sie uns seit Ewigkeiten versprochen, und auch das liegt immer noch nicht vor. Also: Fehl-anzeige auf der ganzen Linie. Sie blockieren seit Monaten die Energiewende. Sie sind diesem Job nicht gewachsen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Und Sie blockieren wichtige Vorhaben für die Energiewende mit Ihrer Basta-Politik!)

Welchen tatsächlichen Stellenwert die Energiewende für die Fraktionen von Schwarz-Gelb in diesem Hause hat, haben wir bei den Haushaltsberatungen leider wieder erfahren müssen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Die kommen erst noch, Frau Bause, die Haushaltsberatungen!)

In der Energiekommission – Herr Aiwanger hat es schon erwähnt – haben Vertreter aller Fraktionen – und ich glaube, Sie auch, Herr Thalhammer – die vergleichsweise geringen Investitionen in vier zentralen Aufgabenbereichen der Energiewende gefordert und einen Beschluss darüber verabschiedet. Die vier zentralen Aufgabenbereiche lauten: Förderung der Kraft-Wärme-Koppelung zur Verbesserung der Versorgungssicherheit, ökologisch verträglicher Ausbau der Wasserkraft, verstärkte Forschung über die Stromspeicherung und schließlich ein Programm zur Unterstützung der Kommunen bei der energetischen Sanierung kommunaler Gebäude. Insgesamt beläuft sich die Umsetzung dieser Forderungen auf knapp 60 Millionen Euro jährlich für ein Generationenprojekt. An-

gesichts eines Haushaltes von mehr als 45 Milliarden Euro kann es wirklich nicht so schwer sein, 60 Millionen Euro für die Energiewende lockerzumachen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Was haben Sie gemacht? In der Energiekommission waren Sie noch dafür, und als es zum Schwur kam, haben Sie, Gelb und Schwarz, bei den Haushaltsberatungen dagegen gestimmt. So kommen Sie mit der Energiewende nicht weiter, in Ihre Hände kann man die Energiewende wahrlich nicht legen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD - Tobias Thalhammer (FDP): Es gab keine Abstimmung darüber!)

Das gleiche Trauerspiel gibt es bei der Energieeinsparung. Seit über 20 Jahren sagt uns der Oberste Rechnungshof – und alle klugen Menschen, die sich damit auskennen, wissen es –, dass wir bei der Gebäudesanierung endlich vorankommen müssen und wie wichtig Gebäudesanierung für den sparsamen Umgang mit Energie und für den Klimaschutz ist.

(Thomas Hacker (FDP): Dann verhindert halt im Bundesrat keine Gesetze, sondern lasst sie durchgehen!)

Was sagen die Zahlen in Ihrem Haushalt dazu? 2008 waren im Haushalt 30 Millionen Euro für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude vorgesehen.

(Thomas Hacker (FDP): Da könnten Sie mal ein Zeichen setzen, Frau Bause! Tun statt reden!)

- Herr Hacker, es ist gut, Sie kommen ja gleich dran.

2009 waren 45 Millionen für die energetische Sanierung vorgesehen, 2010 und 2011 waren 37,5 Millionen Euro vorgesehen und in diesem Jahr 2012 und für die nächsten beiden Jahre dieses Rekordhaushaltes, dieses Jubelhaushaltes, sind jämmerliche, läppi-sche 20 Millionen Euro für die energetische Sanierung vorgesehen. Das ist ein Trauerspiel.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben eine Verdreifachung der einschlägigen Mittel eingefordert, allerdings haben wir auch hierfür bisher keine Mehrheit bekommen.

Im Übrigen – das wissen Sie auch – machen sich diese Investitionen wirklich schnell bezahlt. Die Energiekosten für die öffentlichen Gebäude steigen nämlich schmerzhaft und dauernd an. Im Jahr 2007 hatten wir 300 Millionen Euro an Energiekosten für die öffentlichen Gebäude, im Jahr 2014 werden wir 425 Millionen Euro zu verzeichnen haben. Das ist eine Stei-

gerung von nahezu 50 %. Sie wissen doch, wo Sie sinnvoll zukunftsfähig und nachhaltig investieren müssen, nämlich in die energetische Sanierung. In diesem Zusammenhang sind die 20 Millionen Euro wirklich ein absolutes Armutszeugnis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist definitiv kein Haushalt für den Klimaschutz, kein Haushalt für die Energiewende, kein Haushalt für die Nachhaltigkeit und auch kein Haushalt für die Interessen unserer Kinder.

Ich will ein bisschen in die Zukunft schauen und überlegen, worum es heute geht. Wo muss man heute die Weichen stellen, damit wir auch in Zukunft ein gutes Leben haben werden? In welche Richtung müssen wir heute steuern, wenn wir die Grundlagen für ein gelungenes Leben für unsere Kinder legen wollen? In welcher Gesellschaft wollen wir in Zukunft leben? Dabei geht es erstens um einen konsequenten und wirksamen Klimaschutz. Dieser Klimaschutz beginnt bei uns und nicht erst dann, wenn alle weltweit mitmachen. Das Weltklima wird bei uns und auch durch uns gerettet. Wie heißt der Staatssekretär aus dem Wirtschaftsministerium noch einmal?

(Theresa Schopper (GRÜNE): Hessel!)

- Nein, das Finanzministerium.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Pschierer!)

- Ja genau, Herr Pschierer aus dem Finanzministerium.

(Unruhe)

- Ja mei, der Franz Josef Pschierer.

Letzte Woche hat Herr Pschierer gesagt, dass das Weltklima in China und nicht in Bayern gerettet werde. Da muss ich widersprechen. Das Weltklima wird auch bei uns und durch uns gerettet. Es wird nicht nur in China und Amerika gerettet. Klimaschutz heißt, eine andere Mobilitätspolitik zu gestalten mit weniger Straßen, mit weniger Start- und Landebahnen, mit weniger Beton in der Landschaft und weniger Flächenfraß.

(Tobias Thalhammer (FDP): Und weniger Wohlstand!)

Herr Thalhammer, stattdessen brauchen wir effiziente, umweltschonende, flexible, intelligente und vernetzte Lösungen. Klimaschutz heißt, eine andere Energiepolitik zu gestalten mit weniger Verschwendung, weniger Verbrennung und weniger Konzernmacht, liebe FDP. Stattdessen müssen wir langfristig

auf 100 % erneuerbare Energien setzen. Diese sollten so dezentral wie möglich erzeugt und so effizient wie möglich genutzt werden und in der Hand der Bürgerinnen und Bürger sowie der Kommunen liegen.

Klimaschutz heißt auch, eine andere Landwirtschaftspolitik zu gestalten mit weniger Massentierhaltung, weniger Antibiotika und weniger Belastung für Boden und Wasser. Stattdessen sollte auf gesunde Lebensmittel, Artenvielfalt und die Wertschätzung der Region gesetzt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens geht es um Lebensqualität. Die zukünftigen Kriterien für unseren Wohlstand und unsere Lebensqualität sind nicht "immer mehr", "immer schneller" und "immer weiter". Unseren zukünftigen Wohlstand und unsere Lebensqualität sichern wir eben nicht mit einem "Weiter wie bisher", nicht mit einem sinnentleerten Weiterlaufen in den alten Bahnen und schon gar nicht mit Wachstum um jeden Preis. Heute geht es um ganz andere Dinge, um Kreativität, um Gemeinsinn sowie um intelligente, vielfältige und vernetzte Lösungen. Es geht um den Erhalt von Vielfalt und unwiederbringlicher Natur. Deswegen fordere ich Sie noch einmal auf: Stoppen Sie endlich Ihren Plan, die Donau mit Staustufen auszubauen. Damit zerstören Sie das letzte Stück Fluss- und Auenlandschaft mit einer einzigartigen Vielfalt von Arten und Pflanzen. Unsere Kinder brauchen diese Vielfalt der Natur und keine weitere Wasserstraße in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht um Bescheidenheit statt Großkotzigkeit. Es geht um Teilhabe und Entfaltung aller in unserer Gesellschaft. Deswegen brauchen wir drittens auch eine andere Bildungspolitik. Wir brauchen eine Bildungspolitik, die Grundlagen für eine Schule schafft, in der die Besonderheiten und Talente jedes Einzelnen gesehen und gefördert werden. Wir brauchen eine Schule, die nicht im Gleichschritt durch den Stoff marschiert und in der unsere Kinder nicht unter Zeit- und Notendruck lernen müssen. Wir brauchen eine Schule, die die Unterschiedlichkeit der Kinder als Bereicherung wahrnimmt und sie eben nicht aussortiert. Heute geht es um Schulen, die den Eigensinn fördern. Sie fördern das Erleben von Gemeinschaft. Wir brauchen eine Schule, in der auch das Unangepasste und Unkonventionelle seinen Raum hat. Wir brauchen eine Schule, die auf Vertrauen und Eigenverantwortung statt auf Kontrolle und Belehrung setzt. All diese Fähigkeiten brauchen wir dringend für die Gestaltung unserer Zukunft, für die Herausforderungen, die vor uns stehen, und für die Verteidigung und Weiterent-

wicklung unserer Demokratie. Das Zauberwort heißt Beteiligung statt Bevormundung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beteiligung bedeutet nicht, dass man vorher schon weiß, was am Ende herauskommen soll. Beteiligung heißt, offen zu sein und Kontrolle abzugeben. Ich habe mich über die jüngste Äußerung von Ministerpräsident Seehofer gewundert. Wo hat er sich gerade versteckt? – Da ist er wieder. Herr Seehofer, Sie haben heute wieder so nett mit den Journalisten beim Weihnachtessen geplaudert. Am Ende haben Sie gesagt: Das können Sie alles schreiben. Es ist sehr bezeichnend und entlarvend, welches Verständnis von Bürgerbeteiligung Sie uns zum Besten geben. Herr Seehofer in der dapd-Meldung von heute: "Wenn wir also Mitgliederentscheide oder Bürgerbeteiligungen oder Ähnliches machen, dann soll das zum Nutzen, zum Mehrwert für die Christlich-Soziale Union sein – und nicht der Parteiführung in besonderer Weise auf die Finger schauen."

(Volkmar Halbleib (SPD): Das sagen Sie selber!)

Herr Seehofer, da entlarven Sie sich kolossal. Sie reden nur von der Mitmach-Partei und der Mitmach-Demokratie, wenn es Ihnen nutzt und Ihnen in den Kram passt. Dann sind Sie für Mitmachen und Beteiligung. Wenn es Ihnen schadet, wollen Sie davon nie etwas gewusst haben. Da zeigen Sie, wes Geistes Kind Sie sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Herr Seehofer, all Ihrer Freundlichkeit und Nettigkeit zum Trotz stehen Sie für ein autoritäres Politikverständnis und für eine Politik von oben herab. Aber diese Zeiten sind zum Glück vorbei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, wir GRÜNEN haben mit diesem Doppelhaushalt gezeigt, wie und wo man zukunftsweisend investieren muss: in Kinder, in Klimaschutz und in die Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Wir machen ehrliche und nachhaltige Politik. Wir machen auch eine ehrliche und nachhaltige Haushaltspolitik. Deshalb bauen wir die verdeckten Schulden ab und sichern den Pensionsfonds, bevor wir uns an die weitere Schuldentilgung machen. Unser grüner Haushalt ist ein ausgeglichener Haushalt ohne neue Schulden. Unser grüner Haushalt ist ein wirklicher Zukunftshaushalt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Eberhard Sinner (CSU): Märchenbuch!)

Ich danke allen herzlich, die daran mitgearbeitet haben. Allen voran danke ich unseren Haushälterinnen und Haushältern, Claudia Stamm und Eike Halitzky. Ihr habt in den letzten Wochen und Monaten einen Knochenjob geleistet. Ihr habt eine tolle Arbeit abgeliefert. Herzlichen Dank an euch.

Herr Seehofer, Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, Sie haben sich in den zurückliegenden Jahren darauf beschränkt, den Bestand zu erhalten, statt etwas Neues zu gestalten. Herr Seehofer, Sie haben heute das Bundesländerranking der "Wirtschaftswoche" angesprochen. Sie haben gesagt, Bayern stehe auf dem ersten Platz. Das ist richtig. Hinsichtlich des Bestands steht Bayern auf dem ersten Platz. Dieses Ranking hat jedoch zwei Teile. Ein Teil enthält den aktuellen Bestand und der andere Teil die Dynamik der Zukunftsentwicklung. Interessanterweise befindet sich Bayern im zweiten Teil, der die Zukunftschancen betrifft, auf dem mittleren achten Platz. Das sollte Ihnen doch zu denken geben. Sie können nicht so weitermachen wie bisher, wenn Sie die Zukunftschancen unseres Landes erhalten und gestalten wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit diesem Doppelhaushalt schreiben Sie Ihre Politik des "Weiter so" auch in den beiden kommenden Jahren fest. Kolleginnen und Kollegen, Bayern kann mehr, und die Bürgerinnen und Bürger wissen das. Im Herbst nächsten Jahres werden die Karten neu gemischt. Wir freuen uns darauf, und wir sind bereit.

(Lang anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Der nächste Redner ist Herr Kollege Hacker für die FDP-Fraktion. Ich darf Ihnen noch bekanntgeben, dass die CSU-Fraktion namentliche Abstimmung zum Einzelplan 02 beantragt hat. - Herr Hacker, Sie haben das Wort.

**Thomas Hacker (FDP):** Herr Präsident, Herr Ministerpräsident! Ich habe der Diskussion des heutigen Nachmittags aufmerksam zugehört und bin ihr gefolgt. Wir haben sehr interessante Redebeiträge der Opposition gehört. Aber jetzt, am Abend, bin ich etwas ratlos, wie die Parteien der SPD und der GRÜNEN gemeinsam mit ihrer Helferorganisation, den FREIEN WÄHLERN, einen Politikansatz für dieses Land schaffen wollen, wie sie bei dem Sammelsurium, das hier heute vorgetragen wurde, einen Politikansatz finden wollen und wie sie den Bürgerinnen und Bürgern eine Vision für die Zukunft dieses Landes geben wollen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir wissen von den Annäherungsversuchen, die Sie in den letzten 12, 14, 18 Monaten gemacht haben. Wir haben davon gehört, dass die SPD mit den FREIEN WÄHLERN eine Stadtrundfahrt durch München macht, natürlich per U-Bahn; da sieht man die Stadt nicht so gut, da ist es etwas dunkler. Dass man dann noch gemeinsam die Ferkel besucht, lasse ich nicht unerwähnt. Mit diesem Besuch will man nach außen ein schönes Bild abgeben, um den Städtern seine landwirtschaftliche Kompetenz zu zeigen. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, um Regierungsverantwortung zu tragen, braucht es mehr als Stadtrundfahrten im Dunkeln und Ferkelstreicheln auf dem Bauernhof.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Mein Taschentuch, liebe Frau Bause, hatte ich für Ihren Redebeitrag schon vorbereitet. Aber ich habe es nicht gebraucht. Sie können das Bild von Bayern noch düsterer malen. Heute jedoch waren Sie relativ zahm und harmlos.

Bei dem, was von anderer Seite gesagt wurde – ich denke an die wenigen landes- und haushaltspolitischen Aussagen des Kollegen Rinderspacher –, ist zu fragen: Wo ist denn der Vergleich? Wo ist denn das, was Bayern anders macht als andere Bundesländer? Wir haben jetzt – aus unserer Sicht dankenswerterweise – einen grün-roten Nachbarn. Grün-Rot versucht, sich an Landeshaushalte heranzuwagen. Die Baden-Württemberger Freunde sind darüber traurig, weil sie nicht mehr mitgestalten können und zusehen müssen, wie ihr Land Stück für Stück verliert. Die Kollegen in Brandenburg freuen sich, weil Unternehmen aus Baden-Württemberg in den Speckgürtel um Berlin abwandern. Das ist die Politik, die in Baden-Württemberg ganz konkret betrieben wird.

Wir gestalten Bayern. Wir bringen Bayern nach vorn. Das ist die Aufgabe unserer Regierungskoalition.

(Georg Schmid (CSU): Sehr gut, Thomas!)

Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg sieht die Schwerpunkte seiner Politik darin, dass er Radwege ausbaut – das ist sicherlich sehr sinnvoll –, dass er Froschteiche anlegt und Bienenstöcke an seinem Amtssitz schafft. – Keine Angst, ich will nicht zu den GRÜNEN gehen; auch ich habe einen Froschteich, ich habe auch Bienenstöcke. Aber dafür habe ich keine 70.000 Euro ausgegeben. Was in Baden-Württemberg betrieben wird, ist verfehlte Haushaltspolitik.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Was machen wir in Bayern denn anders? Wir achten auf Haushaltsdisziplin. Wir investieren. Wir investieren in Infrastruktur und Bildung. Wir stellen zusätzliche

Lehrer ein, wir setzen nicht wie Baden-Württemberg die Lehrer auf die Straße. Dort werden die Infrastrukturinvestitionen bis auf die Fahrradwege eingestellt.

Wir bringen Bayern nach vorn. Deswegen ist das Bundesland Bayern im Vergleich mit allen anderen Bundesländern einzigartig. Wir haben finanzpolitische Stabilität seit vielen Jahren, dazu Beweglichkeit, Kraft und Dynamik durch die Regierungskoalition. So bringen wir Bayern gemeinsam nach vorn, und wir werden das über den Herbst 2013 hinaus tun.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Warum legen wir denn Gelder zurück? Warum investieren wir in die Schuldentilgung? Warum tilgen wir in Bayern Schulden? Weil wir zukünftigen Generationen keine weiteren Lasten aufbürden wollen.

Die Landesbanksituation kennen wir alle. Da geht es um 10 Milliarden Euro, um die Kommunen zu schützen. Gerade Hubert Aiwanger – ich sehe ihn jetzt nicht – sagte: Wir müssen die Kommunen stärken. Über die Sparkassen haben wir die Kommunen durch die 10 Milliarden Euro gestützt. Das ist gut. Der Finanzminister hat lange und hartnäckig verhandelt. Es ist gut, dass wir in dem Beihilfeverfahren zu einem ordentlichen Ergebnis gekommen sind. Die ersten Zahlungen flossen in den Landeshaushalt zurück. Bei der WestLB schaut es hingegen düster aus. Da haben ja auch die Sozialdemokraten die Verantwortung getragen.

Wir tilgen Schulden. Bis 2030 werden wir Bayerns Schulden zurückgezahlt haben. Es ist doch klar, dass wir diesen Weg beschreiten wollen. Wir wollen Schritt für Schritt 1 Milliarde Euro im Jahr 2012, 520 Millionen Euro im Jahr 2013, 540 Millionen Euro im Jahr 2014 tilgen. Das ist der Plan und der Weg, den wir beschreiten. Wenn wir es geschafft haben, die Schulden zurückzuzahlen, haben wir den Spielraum wieder erreicht, den wir brauchen, um die zukünftigen Pensionsverpflichtungen einhalten zu können.

Heute zahlen wir über 1 Milliarde Euro Zinsen für Schulden. Wir können dieses Geld nicht für Investitionen ausgeben. Diese 1 Milliarde Euro bleibt nach Rückzahlung dann zur Verfügung, um die Pensionsverpflichtungen abzufedern. Mit 1 Milliarde Euro haben wir mehr Geld zur Verfügung, als alle anderen Planungsrechnungen für die jährliche Entnahme zur Abfederung der zukünftigen Pensionslasten bedeutet hätten. Wir sorgen vor. Wir sparen für die Pensionsverpflichtungen. Wir entschulden, damit die frei werdenden Mittel in der Zukunft sinnvoll verwendet werden können.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Das ist der Unterschied zwischen Bayern und anderen Bundesländern. Wir zahlen Schulden zurück. Wir investieren. Andere investieren in Zinszahlungen. Das ist der verkehrte Weg. Wir sind auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Inge Aures (SPD): Worüber reden Sie jetzt?)

- Wir sind jetzt beim Haushalt. Im Unterschied zu Herrn Rinderspacher spreche ich schon seit Beginn meiner Rede, liebe Frau Kollegin Aures, zum Haushalt.

Warum werden wir denn in der Zukunft den Länderfinanzausgleich kritisch analysieren, kritisch untersuchen? Wir, die Fraktionen der FDP in den Landtagen von Baden-Württemberg, Hessen und Bayern, haben gemeinsam ein Gutachten in Auftrag gegeben. Auch die Regierungen dieser drei Länder haben gemeinsam Gutachten in Auftrag gegeben und sind in der Auffassung überein gekommen: Das gegenwärtige Verfahren ist verfassungswidrig. Deswegen brauchen wir eine Veränderung. Es haben Gespräche stattgefunden. Unser Ministerpräsident hat über Monate hinweg immer und immer wieder mit den anderen Ministerpräsidenten gesprochen. Aber er stieß nicht auf die Bereitschaft, an dem bestehenden System etwas zu verändern. Also ist die logische Konsequenz, eine Klage einzureichen.

Wir alle wissen um das bestehende System. Wir wissen, dass ihm alle zugestimmt haben. Aber jetzt brauchen wir eine Neufassung. Denn 4 Milliarden Euro pro Jahr sind zu viel, wenn die anderen Bundesländer nicht bereit sind, ihre eigenen Haushalte in Ordnung zu bringen. Diese Haltung spricht nicht gegen die Schaffung von Chancengerechtigkeit in der Bundesrepublik. Wir sind solidarisch, aber nicht unbegrenzt. Die Klage wird deswegen Erfolg haben. Wir werden eine Neuausrichtung des Länderfinanzausgleichs bekommen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ja, in Bayern wird investiert. In Bayern wird auch in Infrastruktur investiert. Bayern ist das Bundesland, das die Kraft hat, große Infrastrukturprojekte durchzuführen. Wir haben in Sachen der zweiten Stammstrecke jetzt endlich mit gemeinsamem Schweiß, gemeinsamen Ideen und gemeinsamen Diskussionen über Monate und Jahre hinweg einen Weg beschritten, der die Finanzierung unter Dach und Fach gebracht und die Voraussetzungen dafür geschaffen hat, dass der Großraum München entlastet wird. Viele, die aus den ländlichen Räumen kommen, meinen zwar, hier würden lediglich Großinvestitionen im Zentrum der Landeshauptstadt getätigt, aber denen ist zu sagen: Die

zweite Stammstrecke ist für den ganzen Bereich zwischen Augsburg und Passau wichtig, wichtig für den Flughafen auch für den Bereich bis Regensburg. Hier werden Regionen miteinander verbunden. Durch das Nadelöhr München müssen wir hindurch.

Dass wir hier vorangekommen sind, verdanken wir Martin Zeil. Er ist hartnäckig drangeblieben. Es ist wichtig, dass wir eine Staatsregierung haben, die weiß, wohin sie will, und ihre Ziele nicht aus den Augen verliert.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Auch das Thema Flughafen wird auf der Agenda bleiben. Denn wenn wir über ländliche Räume und über die Entwicklung auch in der Oberpfalz und in Niederbayern und über die dort erzielten Erfolge sprechen, dann müssen wir uns klarmachen, dass der Flughafen ein wesentlicher Motor für die positive Beeinflussung der Zahlen zur Arbeitslosigkeit und zur Beschäftigung ist. Auch hier geht es nicht ausschließlich um Maßnahmen zugunsten der Landeshauptstadt, wie die Weisheit mancher Gegner es darstellt, sondern hier geht es um ganz Bayern. Deswegen erklären wir und bleiben dabei: Der Bau der dritten Start- und Landebahn ist für die zukünftige Entwicklung des Freistaates notwendig. Zukünftige Entscheidungen werden auch dafür sorgen, dass der Flughafen erweitert und ausgebaut wird.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dann komme ich zur Donau. Von der Opposition wird manchmal so getan, als sei die Regierungskoalition nicht handlungsfähig, als würden wir uns bei jeder Maßnahme, die wir gemeinsam durchführen, beieinander einhängen.

(Zurufe)

- Nein. Die Diskussion zwischen zwei Fraktionen, zwischen zwei Parteien, das Gespräch, die Idee weiterzuentwickeln ---

(Markus Rinderspacher (SPD): Vier Jahre dauert es!)

- Ja, aber bezüglich der Donau sind ja auch bereits Positionen im Koalitionsvertrag festgelegt. Wenn wir jetzt eine Lösung finden, die die naturnahe Nutzung ermöglicht, dann ist das, so meine ich, eine gute Lösung.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Daran sieht man auch, dass Koalition ein Aufeinander-Zugehen von Koalitionsparteien bedeuten kann, dass Koalition bedeutet, nach vorn zu kommen. Bayern kommt dank dieser Regierungskoalition aus CSU und FDP nach vorn.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wenn wir bei der Wirtschaftspolitik sind, dann ist es auch wichtig, dass wir einen Wirtschaftsminister haben, der einen klaren ordnungspolitischen Kurs hat, der ganz genau weiß, wo die Stärke dieses Landes liegt, nämlich beim Mittelstand, der sich kümmert, der unterstützt, der einen Neuanfang ermöglicht, der aber genauso Nein sagt, wenn es darum geht, Großkonzerne zu stützen, die aufgrund eigener Fehler in die Insolvenz geraten sind oder auf dem Markt nicht mehr ankommen. Genauso ist es ordnungspolitisch korrekt, hier Nein zu sagen. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Der Staat kann unterstützen, er kann Anschub leisten; aber der Staat wird nie derjenige sein, der es in der Wirtschaft richtet. Das sollen die Leute machen, die es am besten können. Die Unternehmer und die Unternehmen sind auch diejenigen, die die Arbeitsplätze schaffen.

(Beifall bei FDP und der CSU - Markus Rinderspacher (SPD): So wie bei Schlecker!)

- Ja, Sie wollten das Elend verlängern.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist zynisch gegenüber den Betroffenen bei Schlecker!)

Gerade, was Schlecker angeht, sollten Sie, Herr Rinderspacher, einmal mit der Agentur für Arbeit reden. Suchen Sie das Gespräch und fragen Sie, wie viele der Betroffenen bereits untergekommen sind.

(Markus Rinderspacher (SPD): Viel zu wenige!)

Deutlich über 50 % sind untergekommen.

(Zurufe der Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) und Markus Rinderspacher (SPD))

Schauen Sie sich doch auch einmal an warum das so ist: Weil die Gehälter bei Schlecker in der Schlussphase relativ hoch waren.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist doch zynisch für jemanden, der arbeitslos ist!)

Lassen Sie einmal die nächsten drei Monate ins Land gehen. Dann wird die Beschäftigungslage noch viel besser sein.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist eine Politik der Herzlosigkeit, die Sie hier machen!)

Was die Schlecker-Mitarbeiterinnen angeht, so darf man die Menschen nicht abstempeln, wegschieben, in einer Beschäftigungsgesellschaft wegsperren, sondern man muss ihnen die Chance auf eine aktive Teilnahme am ersten Arbeitsmarkt geben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Auf Arbeitslosigkeit!)

Das ist das Ziel unserer Politik.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Die Arbeitslosigkeit liegt in Bayern unter 4 %, die Jugendarbeitslosigkeit unter 3 %. Das sind doch die besten Belege dafür, dass unsere Politik in diesem Land, in diesem Freistaat Bayern, wirkt.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wie wollen wir nach vorn kommen? Wie schaffen wir es denn, diesen Wohlstand auch zu halten? Wir brauchen – das ist die Kehrseite der guten Wirtschaftsentwicklung – Fachkräfte. Das Thema der Fachkräftesicherung ist in den Vordergrund gerückt. Während wir vor fünf oder zehn Jahren – in Oberbayern ist es noch ein bisschen länger her, bei mir in Oberfranken noch nicht ganz so lange – dringend nach Möglichkeiten der Ausbildung für junge Menschen gesucht haben – es gab mehr junge Menschen, die in den Ausbildungsmarkt gehen wollten, als Plätze –, so ist es heute umgekehrt. Selbst in Oberfranken ist es heute umgekehrt. Das ist die große Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Deswegen müssen wir in die Bildung investieren. Da reicht nicht ein klein wenig, wie es Herr Aiwanger beschrieben hat, sondern da brauchen wir noch kräftigere Investitionen. Wir müssen ganz vorn anfangen, bei der frühkindlichen Bildung, beim Krippenausbau.

(Maria Noichl (SPD): Dann fangen Sie einmal an! Dann machen Sie einmal!)

Wir kommen in Siebenmeilentiefeln voran. Ich habe Ihnen schon erklärt, dass Bayern nach der letzten Analyse von Frau Schröder das beste West-Bundesland ist. Das Verhältnis von Bedarf und Angebot an Krippenplätzen ist in Bayern so gut wie in keinem anderen Bundesland. Lieber Herr Rinderspacher, dabei kann ich auch nicht nur Quoten miteinander vergleichen. Ich muss mir schon noch anschauen, ob es vielleicht auch ein Gemeindeleben oder familiäre Strukturen gibt. Wir wollen nicht vorschreiben, wie die Kinder betreut sind. Wir wollen Angebote schaffen. Wir wollen Möglichkeiten schaffen.

(Zurufe der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE) und Isabell Zacharias (SPD))

Aber die Entscheidung müssen die Eltern treffen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wer sonst?)

Deshalb dürfen Sie nicht nur ausschließlich kleine Quoten miteinander vergleichen, sondern dann müssen Sie schon die ganze Wahrheit sagen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Es ist wichtig, im Kindergarten weiter nach vorn zu kommen. Eine Abwägung ist wichtig, es muss gefragt werden. Was machen wir zuerst? Gehen wir in die Beitragsfreiheit? Gehen wir in kleinere Gruppen? Wir haben uns für beides entschieden. Beides ist richtig. Wir brauchen eine höhere Qualität. Wir brauchen Erzieherinnen und, Frau Bause, auch Erzieher im Kindergarten. Wir müssen beim Thema der Bezahlung vorankommen. Wir brauchen gerade am Anfang die notwendigen Mittel. Deswegen bleiben wir auch bei unserem klaren Bekenntnis zu Studienbeiträgen.

(Maria Noichl (SPD): Schauen wir einmal!)

Das Geld, das der Staat einnimmt, muss zuerst in die frühkindliche Bildung investiert werden. Hier holen wir auf, aber hier sind wir noch lange nicht am Ende. Das muss weitergehen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Die Ganztagschulen, die flexible Grundschule, die Kooperationsschule, die eigenverantwortlichen Schulen, die Hochschulen, die die Exzellenz des Landes auch nach außen tragen, die zum Magneten werden für ausländische Studierende, die zu uns kommen, die am Bildungsstandort, am Wissenschaftsstandort mitwirken, ihn voranbringen – all das sind Aufgaben, die wir in den vergangenen vier Jahren angegangen und bei denen wir deutlich nach vorn gekommen sind, bei denen wir noch viel Herzblut und – der Herr Finanzminister mag es verschmerzen – auch noch viel Geld investieren müssen. Wenn wir Ganztagschulangebote am besten in der gebundenen Ganztagschule über das ganze Land ausrollen, dann wissen wir, dass wir hierfür zusätzliche Lehrerkapazitäten brauchen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ausrollen! Bei fünf Prozent! - Volkmar Halbleib (SPD): Das sind beinahe mehr Prozent als bei der FDP!)

- Das heißt "Roll-out". Ich habe einen Anglizismus eingedeutscht. Verzeihung. – Es geht deutlich voran, bei der offenen Ganztagschule noch schneller als bei der gebundenen; aber wir kommen voran. Wir stellen die Mittel, die notwendig sind, zur Verfügung. Hierbei haben wir in den vergangenen vier Jahren deutlich

aufgeholt und wir werden in den nächsten Jahren gemeinsam mit dem Koalitionspartner noch weiter aufholen.

Unsere klare Aussage lautet - weil wir auch um Haushaltsklarheit ringen und diese einführen wollen -, dass man zusätzliche Lehrer nicht unbedingt verbeamtet muss.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die sollen gleich Sozialversicherungsbeiträge zahlen? Verabschieden Sie sich vom Berufsbeamtentum? Was sagt denn da der Koalitionspartner? Das wäre ein interessanter Beitrag!)

Auch das ist eine Möglichkeit, um die zukünftigen Pensionslasten in den Griff zu bekommen: bereits heute die Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen und die Schule wirklich in die Eigenverantwortung zu entlassen und sie so weiterzuentwickeln.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben einen Wirtschaftsminister, der erkannt hat, wie groß gerade für die ländlichen Räume die Notwendigkeit des Breitbandausbaus ist. Stufe eins: Grundversorgung. Haken dran; erledigt. Stufe zwei: Notifizierung erteilen. Das gehen wir an. Hierfür stellen wir Mittel zur Verfügung: 400 Millionen Euro für zwei Jahre. Das Programm ist auf fünf Jahre gerechnet. Hier geben wir die Unterstützung für die Kommunen, nach vorn zu gehen. Die Kommunen gerade im ländlichen Raum brauchen auch diese Unterstützung, damit sie sich dem demografischen Wandel entgegenstemmen können.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

So wie Bayern insgesamt an Bevölkerung zunimmt, so werden auch die Regionen wieder an Bevölkerung zunehmen.

(Zuruf der Abgeordneten Inge Aures (SPD))

- Frau Aures, Sie wissen es wahrscheinlich: Unser Heimatbezirk Oberfranken hat im letzten Jahr das erste Mal seit vielen Jahren einen positiven Zuwanderungssaldo gehabt. Nach einem Ausbluten – 2.000, 1.200, 700 – sind im letzten Jahr 600 Menschen nach Oberfranken gezogen. Der Turnaround ist geschafft.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist regional sehr unterschiedlich!)

Wir sind es, die den jungen Menschen in den Regionen die Chance geben, nach vorne zu gehen.



(Beifall bei der FDP und der CSU - Zurufe der Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD), Markus Rinderspacher (SPD) und Inge Aures (SPD))

Meine Damen und Herren, der vorliegende Doppelhaushalt ist das Ergebnis intensiver Beratungen zwischen den Koalitionsfraktionen. Er enthält die Schwerpunktsetzung, die wir gemeinsam im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Die große Überschrift sind die Bildungsinvestitionen gewesen. Der Doppelhaushalt ist die Fortsetzung der Maßnahmen, die wir bisher getroffen haben. Heute geben wir über ein Drittel des Staatshaushalts für die Bildung aus. Im Jahr 2014 werden es weit über drei Milliarden Euro mehr sein, die wir gegenüber dem Haushalt 2008 für die Bildung ausgeben. Das Angebot, das diese Regierungskoalition aus FDP und CSU den Bürgern mit dem vorliegenden Doppelhaushalt macht, ist ein Angebot der Kraft, der Stärke, der Chancengerechtigkeit, der Entwicklungsmöglichkeiten, der Selbstbestimmung, auch der Freiheit. Das ist immer verlockender als das Sammelsurium an Themen, das Sie heute angeboten haben. Ich bin zuversichtlich, dass die Regierungskoalition bis zum September existieren wird

(Lachen bei den GRÜNEN und der SPD)

und vor allem auch darüber hinaus; denn die Bürgerinnen und Bürger haben es verdient.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der FDP und der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Vielen Dank, Herr Kollege Hacker. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Ihr liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2013/2014, Einzelplan 02, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/13806 mit 16/13825 und 16/14898 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses auf Drucksache 16/14946 zugrunde. Der Einzelplan 02 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Annahme empfohlen, allerdings mit der Maßgabe von Änderungen. Darüber gibt die Drucksache 16/14946 Auskunft. Die Abstimmung soll in namentlicher Form erfolgen. Abstimmungsgrundlage ist der Einzelplan 02 mit den vorgeschlagenen Änderungen. Für die Abstimmung sind die Urnen bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann jetzt begonnen werden. Fünf Minuten stehen hierzu zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 18.00 bis 18.05 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die fünf Minuten sind vorüber. Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Darf

ich um Ihre Aufmerksamkeit bitten: Wem gehört dieser Autoschlüssel, Marke BMW? Er liegt seit vier Stunden hier herum. Autoschlüssel mit Büroschlüssel. Er liegt bei mir. Schauen Sie nach.

Wir ermitteln das Abstimmungsergebnis außerhalb des Plenarsaals, und ich gebe es Ihnen im Anschluss sofort bekannt. Wir fahren einstweilen in der Tagesordnung fort.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung  
zur Änderung des Bayerischen  
Besoldungsgesetzes (Drs. 16/15035)  
- Erste Lesung -**

Der Gesetzentwurf soll ohne Aussprache an den federführenden Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes überwiesen werden. Andere Wünsche zu Zuweisungen sehe ich nicht. Dann ist das so beschlossen.

Wer der Überweisung an den Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen. Der Gesetzentwurf ist damit dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes zur Beratung überwiesen.

Wir müssen jetzt vielleicht zwei oder drei Minuten warten, dann haben wir das Abstimmungsergebnis und können dann auch diesen Tagesordnungspunkt anständig zu Ende bringen. In fünf bis spätestens zehn Minuten sind sie dann frei. Solange bitte ich noch um etwas Geduld.

Nachdem Sie so diszipliniert hier sind, erlaube ich mir, noch einen weiteren Tagesordnungspunkt aufzurufen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten  
Dr. Manfred Weiß, Dr. Florian Herrmann,  
Alexander König u. a. (CSU),  
Markus Rinderspacher, Harald Schneider, Helga  
Schmitt-Bussinger u. a. und Fraktion (SPD),  
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim  
Hanisch u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),  
Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.  
a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),**

**Dr. Andreas Fischer, Jörg Rohde, Julika Sandt  
und Fraktion (FDP)  
zur Änderung des Bayerischen  
Verfassungsschutzgesetzes (Drs. 16/14712)  
- Zweite Lesung -**

Auch dazu findet keine Aussprache statt. Wir kommen sofort zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 16/14712 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit auf Drucksache 16/15098 zugrunde. Der federführende Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz stimmt bei seiner Endberatung ebenfalls zu. Ergänzend schlägt er vor, in § 2 als Datum des Inkrafttretens den "1. Januar 2013" einzufügen.

Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Ergänzung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist dem Gesetzentwurf zugestimmt worden. Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gleich die Schlussabstimmung durch, und zwar in einfacher Form. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Niemand. Enthaltungen? – Auch niemand. Damit ist das Gesetz so angenommen. Es trägt den Titel "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes".

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich noch gemäß § 26 Absatz 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass die FDP-Fraktion mitgeteilt hat, dass anstelle des Kollegen Dr. Bertermann ab 1. Januar 2013 Herr Kollege Freiherr von Gumpenberg neues Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden ist. Ich bitte um entsprechende Kenntnisnahme. Heute Abend können wir das dann feierlich begehen.

Dann darf ich Ihnen noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 02 bekannt geben: Mit Ja haben 92 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 52.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Damit ist der Einzelplan 02 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt.

(Siehe Anlage 2)

Außerdem wird noch folgende Beschlussfassung vorgeschlagen:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist jetzt die letzte Übung. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – So beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/14946 weise ich darauf hin, dass der Änderungsantrag Drucksache 16/14898 seine Erledigung gefunden hat.

Die Beratung des Einzelplans 02 ist abgeschlossen.

Wir haben die Tagesordnung für heute abgearbeitet. Ich wünsche eine schöne Weihnachtsfeier. Wir sehen uns morgen um 9.00 Uhr in alter Frische wieder.

(Schluss: 18.12 Uhr)

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.12.2012 zu Tagesordnungspunkt 3: Haushaltsplan 2013/2014;  
Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Ministerpräsidenten und Staatskanzlei

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Ackermann</b> Renate		X	
<b>Aiwanger</b> Hubert			
<b>Arnold</b> Horst		X	
<b>Aures</b> Inge		X	
<b>Bachhuber</b> Martin	X		
Prof. Dr. <b>Barfuß</b> Georg	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. <b>Bauer</b> Peter		X	
Prof. Dr. <b>Bausback</b> Winfried	X		
<b>Bause</b> Margarete		X	
Dr. <b>Beckstein</b> Günther			
Dr. <b>Bernhard</b> Otmar	X		
Dr. <b>Bertermann</b> Otto	X		
Dr. <b>Beyer</b> Thomas			
<b>Biechl</b> Annemarie	X		
<b>Biedefeld</b> Susann		X	
<b>Blume</b> Markus	X		
<b>Bocklet</b> Reinhold	X		
<b>Breitschwert</b> Klaus Dieter	X		
<b>Brendel-Fischer</b> Gudrun	X		
<b>Brunner</b> Helmut			
Dr. <b>Bulfon</b> Annette	X		
<b>Dechant</b> Thomas			
<b>Dettenhöfer</b> Petra	X		
<b>Dittmar</b> Sabine			
<b>Dodell</b> Renate	X		
<b>Donhauser</b> Heinz	X		
<b>Dorow</b> Alex	X		
Dr. <b>Dürr</b> Sepp			
<b>Eck</b> Gerhard	X		
<b>Eckstein</b> Kurt	X		
<b>Eisenreich</b> Georg	X		
Dr. <b>Fahn</b> Hans Jürgen			
<b>Felbinger</b> Günther		X	
Dr. <b>Fischer</b> Andreas	X		
Dr. <b>Förster</b> Linus			
<b>Franke</b> Anne		X	
<b>Freller</b> Karl	X		
<b>Füracker</b> Albert	X		
Prof. Dr. <b>Gantzer</b> Peter Paul			
<b>Gehring</b> Thomas		X	
<b>Glauber</b> Thorsten		X	
<b>Goderbauer</b> Gertraud	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Görlitz</b> Erika	X		
Dr. <b>Goppel</b> Thomas	X		
<b>Gote</b> Ulrike			
<b>Gottstein</b> Eva		X	
<b>Güll</b> Martin			
<b>Güller</b> Harald			
Freiherr von <b>Gumppenberg</b> Dietrich			
<b>Guttenberger</b> Petra	X		
<b>Hacker</b> Thomas	X		
<b>Haderthauer</b> Christine			
<b>Halbleib</b> Volkmar		X	
<b>Hallitzky</b> Eike		X	
<b>Hanisch</b> Joachim		X	
<b>Hartmann</b> Ludwig			
<b>Heckner</b> Ingrid	X		
<b>Heike</b> Jürgen W.	X		
<b>Herold</b> Hans	X		
Dr. <b>Herrmann</b> Florian	X		
<b>Herrmann</b> Joachim			
Dr. <b>Herz</b> Leopold		X	
<b>Hessel</b> Katja	X		
Dr. <b>Heubisch</b> Wolfgang			
<b>Hintersberger</b> Johannes			
<b>Huber</b> Erwin	X		
Dr. <b>Huber</b> Marcel	X		
Dr. <b>Hünnerkopf</b> Otto	X		
<b>Huml</b> Melanie	X		
<b>Imhof</b> Hermann	X		
<b>Jörg</b> Oliver	X		
<b>Jung</b> Claudia			
<b>Kamm</b> Christine		X	
<b>Karl</b> Annette		X	
<b>Kiesel</b> Robert	X		
<b>Klein</b> Karsten	X		
<b>Kobler</b> Konrad	X		
<b>König</b> Alexander	X		
<b>Kohnen</b> Natascha		X	
<b>Kränzle</b> Bernd	X		
<b>Kreuzer</b> Thomas			
<b>Ländner</b> Manfred	X		
Freiherr von <b>Lerchenfeld</b> Ludwig	X		
Graf von und zu <b>Lerchenfeld</b> Philipp	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Lorenz</b> Andreas	X		
Prof. <b>Männle</b> Ursula	X		
Dr. <b>Magerl</b> Christian		X	
<b>Maget</b> Franz		X	
<b>Matschl</b> Christa	X		
Dr. <b>Merk</b> Beate			
<b>Meyer</b> Brigitte	X		
<b>Meyer</b> Peter		X	
<b>Miller</b> Josef	X		
<b>Müller</b> Ulrike		X	
<b>Mütze</b> Thomas		X	
<b>Muthmann</b> Alexander		X	
<b>Naaß</b> Christa			
<b>Nadler</b> Walter	X		
<b>Neumeyer</b> Martin	X		
<b>Nöth</b> Eduard	X		
<b>Noichl</b> Maria		X	
<b>Pachner</b> Reinhard	X		
Dr. <b>Pauli</b> Gabriele			
<b>Perlak</b> Reinhold		X	
<b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich			
Prof. Dr. <b>Piazolo</b> Michael		X	
<b>Pohl</b> Bernhard			
<b>Pointner</b> Mannfred		X	
<b>Pranghofer</b> Karin		X	
<b>Pschierer</b> Franz Josef	X		
Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph		X	
<b>Radwan</b> Alexander	X		
<b>Reichhart</b> Markus		X	
<b>Reiß</b> Tobias	X		
<b>Richter</b> Roland			
Dr. <b>Rieger</b> Franz	X		
<b>Rinderspacher</b> Markus		X	
<b>Ritter</b> Florian			
<b>Rohde</b> Jörg	X		
<b>Roos</b> Bernhard		X	
<b>Rotter</b> Eberhard	X		
<b>Rudrof</b> Heinrich	X		
<b>Rüth</b> Berthold			
Dr. <b>Runge</b> Martin		X	
<b>Rupp</b> Adelheid		X	
<b>Sackmann</b> Markus			
<b>Sandt</b> Julika	X		
<b>Sauter</b> Alfred	X		
<b>Scharfenberg</b> Maria		X	
<b>Schindler</b> Franz			
<b>Schmid</b> Georg	X		
<b>Schmid</b> Peter			
<b>Schmitt-Bussinger</b> Helga			
<b>Schneider</b> Harald		X	
<b>Schöffel</b> Martin	X		
<b>Schopper</b> Theresa		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Schorer</b> Angelika	X		
<b>Schreyer-Stäblein</b> Kerstin	X		
<b>Schuster</b> Stefan			
<b>Schweiger</b> Tanja			
<b>Schwimmer</b> Jakob	X		
<b>Seidenath</b> Bernhard	X		
<b>Sem</b> Reserl	X		
<b>Sibler</b> Bernd	X		
<b>Sinner</b> Eberhard	X		
Dr. <b>Söder</b> Markus			
<b>Sonnenholzner</b> Kathrin		X	
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig	X		
<b>Sprinkart</b> Adi			
<b>Stachowitz</b> Diana		X	
<b>Stahl</b> Christine		X	
<b>Stamm</b> Barbara	X		
<b>Stamm</b> Claudia		X	
<b>Steiger</b> Christa			
<b>Steiner</b> Klaus	X		
<b>Stewens</b> Christa	X		
<b>Stierstorfer</b> Sylvia	X		
<b>Stöttner</b> Klaus	X		
<b>Strehle</b> Max	X		
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Strobl</b> Reinhold		X	
<b>Ströbel</b> Jürgen	X		
Dr. <b>Strohmayr</b> Simone			
<b>Taubeneder</b> Walter	X		
<b>Tausendfreund</b> Susanna		X	
<b>Thalhammer</b> Tobias	X		
<b>Tolle</b> Simone			
<b>Unterländer</b> Joachim	X		
Dr. <b>Vetter</b> Karl		X	
<b>Weidenbusch</b> Ernst	X		
<b>Weikert</b> Angelika			
Dr. <b>Weiß</b> Bernd			
Dr. <b>Weiß</b> Manfred	X		
Dr. <b>Wengert</b> Paul		X	
<b>Werner</b> Hans Joachim		X	
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna		X	
<b>Widmann</b> Jutta			
<b>Wild</b> Margit		X	
<b>Will</b> Renate	X		
<b>Winter</b> Georg	X		
<b>Winter</b> Peter	X		
<b>Wörner</b> Ludwig		X	
<b>Zacharias</b> Isabell		X	
<b>Zeil</b> Martin	X		
<b>Zeitler</b> Otto	X		
<b>Zelmeier</b> Josef	X		
Dr. <b>Zimmermann</b> Thomas	X		
<b>Gesamtsumme</b>	92	52	0

## Mitteilung

### zu Tagesordnungspunkt 3

#### Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 02:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Erstellung eines Masterplans zur Energiewende (Kap. 02 02 neuer Tit.)  
Drs. 16/13806
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung (Kap. 02 03 Tit. 531 21)  
Drs. 16/13807
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Repräsentative Verpflichtungen der Staatsregierung (Kap. 02 03 Tit. 535 01)  
Drs. 16/13808
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Förderung lokaler Fernsehangebote (Kap. 02 05 Tit. 683 01)  
Drs. 16/13809
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Keine Ausgaben zur Erforschung der öffentlichen Meinung (Kap. 02 03 Tit. 526 22)  
Drs. 16/13810
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Deutliche Kürzung der Mittel für Öffentlichkeitsarbeit der Staatskanzlei (Kap. 02 03 Tit. 531 21)  
der repräsentativen Verpflichtungen der Staatsregierung (Kap. 02 03 Tit. 535 01)  
und der Kosten für Orden und Ehrenzeichen (Kap. 02 03 Tit. 540 01)  
Drs. 16/13811
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Förderung der internationalen Beziehungen statt Unterhaltung teurer Repräsentanzen (Kap. 02 03 TG 53)  
Drs. 16/13812
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Wertevermittlung statt Werte-PR! (Kap. 02 03 Tit. 526 54 und 533 54)  
Drs. 16/13813
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Weniger Preisverleihungen (Kap. 02 04 Tit. 547 01 und 681 01, Kap. 02 05 Tit. 547 01 und 681 01, Kap. 15 05)  
Drs. 16/13814

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Keine Dauersubventionierung der Anbieter privater lokaler Fernsehprogramme!  
(Kap. 02 05 Tit. 683 01)  
Drs. 16/13815
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Bedarfsgerechte Förderung der Medien-Messen  
(Kap. 02 05 Tit. 685 01)  
Drs. 16/13816
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Gezielte Förderung der Medienkompetenz  
(Kap. 02 05 Tit. 686 07; Kap. 05 02)  
Drs. 16/13817
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Gezielte Förderung künstlerisch und qualitativ hochwertiger Softwareentwicklung im Bereich Spiele  
(Kap. 02 05 Tit. 892 02; Kap. 15 05)  
Drs. 16/13818
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Mediennetzwerk Bayern  
(Kap. 02 05 TG 55)  
Drs. 16/13819
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Annette Karl u.a. SPD  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Streichung der Mittel für den Zukunftsrat  
(Kap. 02 03 Tit. 526 13)  
Drs. 16/13820
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld u.a. SPD  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Streichung der Mittel für die so genannte Erforschung der öffentlichen Meinung  
(Kap. 02 03 Tit. 526 22)  
Drs. 16/13821
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld u.a. SPD  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Reduzierung der Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung  
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)  
Drs. 16/13822
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld u.a. SPD  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Kürzung der Mittel für so genannte Informationsaufgaben der Staatskanzlei  
(Kap. 02 03 Tit. 531 22)  
Drs. 16/13823
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld u.a. SPD  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Rückzahlung von Haushaltsmitteln, die für Parteizwecke missbraucht wurden  
(Kap. 02 03 neuer Tit.)  
Drs. 16/13824
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld u.a. SPD  
Haushaltsplan 2013/2014;  
hier: Streichung der Mittel für den Wertekongress  
(Kap. 02 03 Tit. 533 54)  
Drs. 16/13825